

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



24. März 1984
Jg. 5 Nr. 6

G 7756 D Preis:
2,50



*„Früher war ich nach der Arbeit müde,
heute bin ich kaputt!“*



BRD/DDR: Der Wolf hat Kreide ge-
fressen Seite 11



Neonazis: Die Politik der Bundes-
regierung mobilisiert und stützt
die Faschisten und ihr Terrorpoten-
tial Seite 13



EG-Gründung: Errichtung einer Ba-
stion gegen die Revolutionen in
Osteuropa Seite 36

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesell-
schaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Auszubildende: Durch die Vernichtung des Jugendarbeitsschutzes wird das Lehrstellenprogramm erst richtig effektiv	4
ÖTV-Bundesjugendkonferenz: Notwendige Festlegungen wurden nicht getroffen	4
Auszüge aus dem Jugendarbeitsschutzgesetz und dem Entwurf von Bundesregierung und Bundesrat	6
Einzelhandel: Graf Lambsdorff nimmt Ladenschlußgesetz ins Visier ..	7
Hessen: Novellierung des Personalvertretungsgesetzes	7
IG Metall: Kursänderung in einigen Punkten erforderlich	8
Für Niedriglöhne höchste Teuerung ...	9
US-Vorwahlen: Reaktion erfreut, da Gewerkschaften isoliert	9
Ausländerpolitik: In 70 Städten Aktionen gegen die geplante Verschärfung des Ausländergesetzes	10
BRD/DDR: Der Wolf hat Kreide gefressen	11
Bundestag, 15.3.84: "Lage der Nation"	12
Neonazis: Die Politik der Bundesregierung mobilisiert und stützt die Faschisten und ihr Terrorpotential	13
NPD-Verbot: rechtsstaatlich begründet, nützt es nichts	14
Universität Kiel: NS-Mediziner sollte geehrt werden	16
Die "Deutschland-Stiftung": Reakti-näre Verbindungssteller von CDU/CSU zu Faschisten	17
Nachrichten aus der Arbeiterbewegung	18
Internationaler Frauentag: Gegen Mütterlichkeitsideologie, Lohnabbau und Kriegsvorbereitungen	19
Prozesse 21.5.: Freispruch für Antifaschisten	19
Schulpolitik Baden-Württemberg: Die Reaktion greift an – Leh-rergewerkschaft in der Krise	20
Bremen: Proteste gegen geplante Schulschließungen	21
Öffentlicher Dienst: Arbeitszeitverkürzung nach Hamburger Art	21
Automobilindustrie Baden-Württemberg: Rekordbilanzen, enorme Rationalisierungen, Ausdehnung der Betriebsarbeitszeit	22
Rationalisierung in der Metallwirtschaft	23

CSU VERLIERT DURCHWEGS

München. Genaue Aussagen über ganz Bayern sind noch nicht möglich, da viele Einzelzahlen noch nicht vorliegen. Aber soviel scheint festzustehen: Die CSU hat nicht nur in den Großstädten verloren, sondern auch auf dem Land. Teilweise nahmen ihnen dort ausgetretene oder ausgeschlossene CSUler bis zu 30% ab. Die Grünen sind so ziemlich in allen Stadträten und vielen Kreisräten vertreten und kamen teilweise in CSU-Hochburgen auf dem Land bis auf 27% (Stadt Regen im Bayerischen Wald). Die "Republikaner" waren nur in einem Wahlkreis zum "Testlauf" angetreten: Sie erreichten in Sonthofen auf Anhieb 8,3% (Bundeswehr-Garnisonsstadt). Diese 8% haben sie jetzt zur Zielschnur für die Landtagswahlen 1986 in Bayern erklärt.

In München setzt sich der neue Stadtrat zusammen: SPD 35 Sitze, CSU 34, Grüne 6, FDP 4, Münchner Block 1. Die CSU hat gegenüber 1978 ganze 8% verloren und damit auch ihre absolute Mehrheit. Im Falle einer Zusammenarbeit zwischen SPD und Grünen ergäbe sich ein Verhältnis von 41 zu 39 (plus der Stimme des noch zu wählenden Oberbürgermeisters). Weder CSU-OB Kiesel noch Kronawitter (SPD) haben hier die absolute Mehrheit im ersten Wahlgang erreicht, Kiesel hat 12% verloren. Die DKP hat mit

0,6% den Einzug ins Rathaus nicht geschafft und gegenüber 1978 0,4% verloren, was mit der erstmaligen Kandidatur der Grünen zusammenhängen dürfte. Die Faschistenliste von NPD und "Münchner Initiative Ausländerstopp" hat insgesamt sogar etwas weniger Stimmen bekommen, als die NPD 1978 alleine (beide Male 0,6%).

Nach Ministerpräsident Strauß hätte die "Streichung der sozialen Leistungen" durch die Bonner Regierung bei diesen Verlusten eine große Rolle gespielt. In der Bonner "Wendepolitik" liegen die Gründe sicher nicht allein. Sicherlich aufgrund der Auseinandersetzungen in der CSU (s. Pol.Ber. 5/84, S.36) ist es der CSU nicht gelungen, während des ganzen Wahlkampfes überhaupt ihre eigenen Mitglieder zu mobilisieren. In München dürfte dem Versuch der CSU, den sozialen Wohnungsbau ganz zu beseitigen, immer mehr gerade von den unteren Lohngruppen im Reproduktionsbereich aus der Tasche zu ziehen und vor allem auch eine Reihe staatlicher Unterdrückungsmaßnahmen in dieser Stadt zu beschließen, eine deutliche Abfuhr erteilt worden sein. Die Legitimation dieser rigorosen Maßnahmen gegen die Lohnabhängigen ist der CSU verweigert worden. (Süddeutsche Zeitung, Münchner Merkur jeweils vom 19. und 20.3.84, FAZ vom 20.3.84, Münchner Stadtanzeiger vom 20.3.84. – kag)

H. Gaßmann (IGM) nach 2 Monaten Haft begnadigt

Hamburg. Anfang März wurde der seit dem 5.1. 1984 im Hamburger Gefängnis einsitzende IGM-Gewerkschaftssekretär von einer aus vier SPD-Senatoren gebildeten Senatskommission begnadigt. Wegen angeblicher Spionage für die DDR wurde er zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt, eine Revision lehnte der Bundesgerichtshof ab. Antragsteller des Gnadengesuches war J. Schmude, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Daß Schmude der Hamburger Justizbehörde das Gesuch vorgelegt hat, belegt den anhaltenden Widerstand in der Hamburger IG Metall und in Kreisen der SPD gegen die Aburteilung, der auch bewirkte, daß Hermann Gaßmann nach wie vor bezahlter Funktionär der IG Metall Hamburg ist. Tatsächlich war die Anklageerhebung auf dermaßen windige Konstruktionen gestützt, daß ihr politischer Zweck offen zu Tage trat. Verfolgt wurde eine gewerkschaftliche Richtung, die den regierungs-offiziellen Revanchismus gegen die DDR bekämpfte. – Die CDU nannte die Begnadigung eine "verantwortungslose, rechtlich höchst

bedenkliche Fehlentscheidung". Die Senatskommission habe "ein rechtskräftiges Urteil unterlaufen" und sich "grober Mißachtung des Hanseatischen Oberlandesgerichts und des Bundesgerichtshofes" schuldig gemacht. Der CDU dränge sich der Eindruck auf, "daß man nur über ausreichende politische Kontakte verfügen muß, um bald wieder entlassen zu werden." Das Schlimmste sei: "Wenn wegen Spionage Verurteilte nach so kurzer Zeit wieder auf freien Fuß gesetzt werden, ist dies eine Herausforderung zur Nachahmung." Der Ärger ist berechtigt, die Begnadigung ist ein Erfolg gegen die Reaktion. – (wal)

Hans Apel Spitzenkandidat in Westberlin

Hans Apel soll für die SPD gegen den Regierenden Bürgermeister Diepgen antreten, nicht nur, weil er prominenter ist und immerhin Erfahrung als Bundesminister der Finanzen und der Verteidigung aufweisen kann. Hans Apel zeichnet aus, daß alle jene gesellschaftlichen Kräfte, die insbesondere eine "Politik über die Stadt hinaus" wünschen, sich durch Hans Apel vertreten fühlen dürfen. "Politik über die Stadt hinaus", d.h. zunächst

ANZEIGE

Arbeitsmaterialien. Nationalismus und Stellung der Klassen dazu. Erstellt von der Delegierten-Arbeitsgruppe 1.1. im Auftrag der 3. ordentlichen Delegiertenkonferenz des BWK, 52 Seiten, 5,50 DM.

Arbeitsmaterialien zu: Imperialismus und 3. Welt, Reformismus/Einheitsfront, Entschließung zur Frauenbewegung und zur Kommunalpoli-

Deutschland- und Europa-Politik. Und damit hat Apel seine Karriere begonnen.

1955 ist Hans Apel in die SPD eingetreten, 1958 nahm er seine Tätigkeit als Sekretär der sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments auf. 1961 wird er vom Sekretär zum europäischen Beamten in der Funktion eines "chef de division", zuständig für Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Prompt erscheint er 1964 mit seinem Buch: "Europas neue Grenzen". 1965 erreicht Apel für die SPD in seinem Hamburger Wahlkreis ein Direktmandat und wird von seiner Fraktion für die nächsten vier Jahre im Europäischen Parlament eingesetzt.

tik, erstellt von Delegierten-Arbeitsgruppen der 3. ordentlichen Delegiertenkonferenz des BWK, 49 Seiten, 5,50 DM.

Material zu: Revolution und Konterrevolution im östlichen Europa nach 1945, erstellt von der Delegierten-Arbeitsgruppe 1.2. der 3. ordentlichen Delegiertenkonferenz des BWK, 34 Seiten, 4,50 DM.

Zu bestellen bei: Verlag GNN
Kamekestr. 19, 5000 Köln 1

Nach der Bundestagswahl wird er stellv. Fraktionsvorsitzender und rückt 1970 in den Bundesvorstand seiner Partei vor.

Die SPD hat nicht nur das Programm, sondern durchaus auch das Personal für eine Fortsetzung der Weizsäcker-Politik. Allemaal ist die Übereinstimmung mit der CDU in „deutschlandpolitischen Fragen“, wie die letzten Bundestagsdebatten zeigen, groß. Zu hoffen wäre, daß die Grün-Alternativen den Kandidaten Apel zum Anlaß nehmen, einen Trennungsstrich zu ziehen, und nicht auch noch mit alternativer Deutschlandpolitik aufwarten. — (brr)

Grüne Kandidatur zum Europäischen Parlament

"NEUE IDEEN" FÜR DIE EG?

Man muß befürchten, daß sich die GRÜNEN mit ihrer Entscheidung, bei den Wahlen zum Europäischen Parlament am 17. Juni zu kandidieren, auch selbst einen Bärendienst erwiesen haben. Der Bundesparteitag Anfang März lieferte keine stichhaltigen Begründungen für eine Kandidatur. Zwar bietet die verabschiedete Präambel eines Wahlprogramms mit ihrer Kritik an der "Unterordnung Westeuropas unter die politische und militärische Globalstrategie der USA in Gestalt der NATO" und mit ihrer Propaganda für eine "gesamteuropäische Friedensordnung" Anhaltspunkte für "alternativen" europäischen Chauvinismus. Doch hatten alles in allem die "Europafreunde" unter den GRÜNEN keine große Stunde. Denn andererseits legten sich die GRÜNEN ausdrücklich fest gegen "den Versuch einer Weiterentwicklung der EG zu einer westeuropäischen Supermacht". Doch hier beginnt auch ihr Dilemma: Den GRÜNEN ist nicht entgangen, daß im Mittelpunkt eben jenes Versuches — das Europäische Parlament steht. Eine Konsequenz zogen sie daraus, indem sie sich gegen die "Bestrebungen der etablierten Parteien für eine Erweiterung der Kompetenzen des Europa-Parlaments" wenden. Damit befinden sie sich immerhin weit links von der sog. "Friedensliste", einer Ausgeburt von DKP und Demokratischen So-

zialisten, die sich am 18. März gegen die Kandidatur der GRÜNEN und ohne auch nur ein Fünkchen Kritik an EG bzw. "Vereinigtem Europa" konstituierte. Die andere, sich eigentlich aufdrängende Konsequenz jedoch, Europäische Parlament durch Boykott der Wahlen zu schwächen, haben die GRÜNEN ernsthaft nicht einmal in Erwägung gezogen. Wegen der Rückerstattung der Wahlkampfgelder? Ein teurer Spaß! Da nicht anzunehmen ist, daß das Wählervolk der GRÜNEN "europafreudiger" ist als die Delegierten des Bundesparteitags, wird sich die Partei zu beträchtlichen Mobilisierungsanstrengungen zur Überwindung der 5%-Klausel genötigt sehen. Der Mobilisierungszwang scheint um so größer, als im Falle des Scheiterns Auswirkungen auf die nachfolgenden Kommunal- und Landtagswahlen, vor allem in NRW, denkbar sind. Wie aber werden die GRÜNEN das Problem lösen, daß sie mit einer Kritik an EG und Europäischen Parlament mobilisieren wollen, die sich zur Mobilisierung nun wirklich nicht gut eignet? Die bürgerliche Presse, die für solche "Schwierigkeiten" einen Riecher hat, begann prompt damit, die GRÜNEN mit der Anforderung zu konfrontieren, "neue Ideen nach Straßburg zu bringen" (Nürnberger Nachrichten). Der Druck in dieser Richtung wird wachsen — wird ihm die grün-alternative Kritik an der EG weichen? — (scc)

Mönninghoff: Betriebsbesetzung gegen Stilllegungspläne 23

Elektroindustrie: Expansion mittels Lohnsenkung 23

Siemens Bauelemente: 400 Mio. DM für ein neues Halbleiterwerk 24

Zivildienst: Arbeitsbedingungen eines Zivildienstleistenden: "Ihr könnt froh sein, daß ihr Zivildienst leisten dürft" 25

Kriegsdienstverweigerung von 1960 bis heute 26

Stichwort: Zivildienstgesetz 27

Internationale Nachrichten 28

EG: BRD-Imperialisten wünschen Beiseitigung der europäischen Grenzen .. 29

Frankreich: Wachsender Widerstand gegen Reallohnsenkung 29

Rücktritt Trudeaus: Gelingt die konservative Machtübernahme? 30

Brasilien: Freisprüche für Gewerkschaftsführer 30

Südafrika/Mosambik: Imperialisten erzwingen Sicherheitsabkommen 31

Iran/Irak: Arabische Liga droht dem Iran 31

Türkei: 9,04 DM Lohn am Tag — Traumparadies für die Imperialisten .. 32

Unterstützung für die verfolgten Gewerkschafter in der Türkei ist dringlich! 33

Aus Kultur und Wissenschaft 34

Nazikunst: Ausstellung gegen faschistische Plastik in der Düsseldorfer Kunsthalle 34

Ausländerpolitik als Krimistaffage ... 34

Ein Märchen als Agententhriller 34

Faschismuskritik: eher liberal 35

BRD-Geschichtswissenschaft: Preußisch-deutsche Lügen über den Zollverein 35

EG-Gründung: Errichtung einer Bastion gegen die Revolution in Osteuropa 36

Bleistiftzeichnung 37

Druckindustrie: Nettolohnentwicklung und Rationalisierung 38

Neue Lohnstruktur Druckindustrie: Abgruppierungen vorprogrammiert 39

Die Reaktion will die IG Druck isolieren und zerschlagen 39

Titelbild: Gabelstaplerfahrer im Hafen — aus Linolschnittmappe zur 35-Stunden-Woche — im, Kunstgruppe Hamburg

Durch die Vernichtung des Jugendarbeitsschutzes wird das Lehrstellenprogramm erst richtig effektiv

Mit den Ergebnissen ihres Lehrstellenprogramms verbreitet die Regierung einen gewissen Glanz. Im letzten Sommer, als abzusehen war, daß die Jugendarbeitslosigkeit weiter stark zunehmen würde und damit die Möglichkeit der Reaktion, ihren ideologischen Zugriff auf die Jugend zu sichern, stark abnahm, forderte sie Kapitalisten, öffentliche Verwaltungen und Handwerkskammern auf, zusätzlich 30000 Lehrstellen zu schaffen. Diesem Appell sind die Aufgeforderten nachgekommen. In ihrem Berufsbildungsbericht 1984 verkündet die Regierung jetzt laut, daß sie trotz schlechter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen „ein herausragendes Ergebnis in der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen“ erreicht habe. Dazu muß man wissen, wie sie Angebot und Nachfrage errechnet: „In den Abgrenzungen des Berufsbildungsförderungsgesetzes umfaßt die Nachfrage die Anzahl der am 30. September bei den Arbeitsämtern gemeldeten, Ausbildungsplätze suchenden Bewerber und die Anzahl der neuabgeschlossenen Ausbildungsver-

träge. Das Angebot umfaßt nach dem Berufsbildungsförderungsgesetz die Anzahl der am 30. September bei den Arbeitsämtern gemeldeten, unbesetzten Ausbildungsplätze und die Anzahl der neuabgeschlossenen Ausbildungsverträge.“ Immer wieder hat der DGB darauf hingewiesen, daß die wirkliche Lage mit dieser Methode nicht erfaßt ist. Die Zahl der arbeitslosen Schulabgänger taucht in dieser Statistik z.B. erst gar nicht auf.

Nicht so beliebt in Regierungsdarstellungen ist die Tatsache, daß absolut mehr Jugendliche denn je unvermittelt blieben. 1983 waren es mit 31000 mehr als 1982. Fast 64% davon sind Mädchen. Die Regierung beschränkt sich gern auf die Erfolgsmeldung, daß 1983 bis Jahresende das Rekordangebot von rund 70000 Ausbildungsstellen bestand. Unbedingt vermerkt werden muß, daß sie dabei die rund 22000 durch Sondermaßnahmen geschaffenen Stellen einrechnet, die sich allesamt durch schlechte Arbeitsbedingungen, Kürzung des praktischen Teils der Ausbildung durch Verschieben auf

Vollzeitschulen und generell durch gedrücktes Ausbildungsentgelt auszeichnen. In ihrem Maßnahmenkatalog im Berufsbildungsbericht verspricht die Regierung den Kapitalisten „weitere Überprüfung ausbildungsrelevanter Vorschriften“. An die Tarifvertragsparteien richtet sie den auf Lohnsenkung zielenden „Appell“, „bei ihren Tarifabschlüssen die schwierige Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt und die Notwendigkeit zu berücksichtigen, zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen“. Der Appell offenbart ihre Absicht, die junge Generation gegen die ältere zu hetzen und so den Kampf um ausreichende Lohnerhöhung zu spalten.

Niemand soll denken, die Bemühungen der Regierung zielten darauf ab, allen Jugendlichen eine Ausbildung zu verschaffen, und daß es sich dafür lohne, Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und der Bezahlung hinzunehmen. Die Bundesregierung hat sich deutlich verwahrt gegen das Ansinnen der von ihr selber eingesetzten Kommission, die den sechsten Jugendbe-

ÖTV-Bundesjugendkonferenz: Notwendige Festlegungen wurden nicht getroffen

Die 15. Bundesjugendkonferenz der ÖTV war stark geprägt durch die im Augenblick stattfindende Diskussion zum Thema „Arbeitszeit verkürzen“. Zu diesem Themenkomplex lagen die meisten und umfangreichsten Anträge vor. Diese Diskussion soll demnächst auf einer zentralen „Arbeitszeitkonferenz“ abgeschlossen werden.

Gegen die Angriffe der Kapitalisten und der Reaktion auf die berufliche Ausbildung wurde kein Antrag verabschiedet, der einen erfolgreichen Weg zur Gegenwehr versprechen könnte. Zum Komplex „berufliche Bildung“ wurde ein Antrag beschlossen, der eine Aufzählung von Ansprüchen an die Ausbildung formuliert, die als gewerkschaftliche Forderungen schon länger bekannt sind. Es lagen weitere Anträge vor, die sich gegen die Ausbildung entsprechend den Interessen und Anforderungen der Kapitalisten wandten, sie wurden aber nur als Material verabschiedet. In einem dieser Anträge wird beispielsweise für die berufliche Bildung „eine Finanzierung, die aus-

schließlich von den Unternehmen getragen wird“, als Ziel genannt (Antr. 76).

Zum Jugendarbeitsschutzgesetz wird im Antrag 96 u.a. gefordert:

- Verbot der Feiertags-, Samstags- und Sonntagsarbeit,
- Verbot der Beschäftigung an Berufsschultagen,
- Verbot der Akkordarbeit,
- Streichung aller Ausnahmen von der Nacharbeit,
- Streichung der Ausnahmeregelung des § 21“

Dies sind wesentliche Festlegungen, um die ein Zusammenschluß notwendig ist, um das Schlimmste zu verhindern. Das Problem war und ist für die Gewerkschaftsjugend, daß diese Forderungen nicht von der gesamten Gewerkschaftsbewegung energisch vertreten wird, womit sie an Kraft gewinnen würde. Die ÖTV-Jugend hat damit ihre Erfahrungen durch die Auseinandersetzungen um den Manteltarifvertrag (MTV/A) 1979 bis 1982. Diesem Zustand kann man gewiß nicht Rech-

nung tragen, wenn man noch folgenden Antrag verabschiedet:

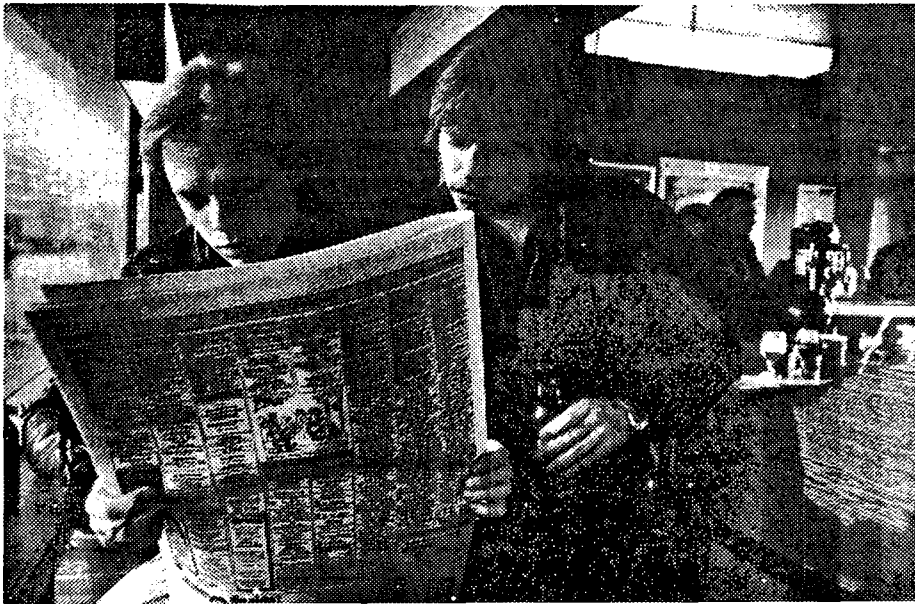
„Die Bundesjugendkonferenz fordert den ÖTV-Hauptvorstand auf, entsprechende Verschlechterungen des JArbschG über tarifvertragliche Regelungen aufzufangen.“

Die ÖTV-Jugend konnte in den Auseinandersetzungen um den MTV/A die

Arzt- und Zahnarzthelferinnen fordern KEINE KÜRZUNG DES BERUFSSCHULUNTERRICHTS!



Hamburg, 15.6.83: Arzt- und Zahnarzthelferinnen protestieren gegen Angriffe auf den Berufsschulunterricht.



Jugendliche sollen mit Erwachsenen um den Ausbeuter konkurrieren.

richt Mitte Februar abgeliefert hat. Die Kommission empfiehlt u.a.: „Um die ungleich höheren Barrieren für Mädchen beim Übergang von der Schule in die Ausbildung und die anschließende Berufsausübung zu beseitigen, hält die Kommission die Einführung einer gesetzlich verankerten Berufsbildungspflicht für alle Jugendlichen, verbunden mit einem Finanzierungskonzept für die berufliche Bildung, für erforderlich. Durch sie muß der Abschluß

in einem anerkannten und auf dem Arbeitsmarkt angebotenen Berufsfeld garantiert sein.“ Obwohl dieselbe Kommission Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen als Ausbildungsmöglichkeit nicht ablehnt und der Aufhebung des geschlechtsspezifischen Arbeitsschutzes zugunsten eines von den Gewerkschaften nicht mehr kontrollierbaren personenbezogenen Arbeitsschutzes das Wort redet, reicht ihre Idee, allen Jugendlichen eine verwertbare Ausbil-

Einbeziehung der Auszubildenden in der Krankenpflege in den MTV nicht durchsetzen, gerade die Jugendlichen in diesem Bereich sind durch die vorgesehenen „abweichenden Regelungen“ im JArbschG besonders betroffen. Dies einmal durchgesetzt, durch tarifvertragliche Regelungen in absehbarer Zeit rückgängig zu machen, klingt sehr idealistisch. Nötig wäre doch eher die Aufforderung an den Hauptvorstand, eine Kampagne gegen die Absichten der Bundesregierung zum JArbschG schnellstens einzuleiten, damit dies nicht als alleiniges Problem der Jugendbe- und verhandelt wird, wie bekannterweise bei der Auseinandersetzung um den MTV/A der Fall war.

Erfreulicher sind die beschlossenen Anträge zur Diskussion um das Thema „Arbeitszeit verkürzen“. Eine Abfuhr erhielt die Strömung, tarifliche Forderungen an volkswirtschaftlichen Daten u.ä. fest zu machen und zu begründen. In dem Antrag für die 35-Stunden-Woche wird zwar stark beschäftigungspolitisch argumentiert, aber unter dem Punkt „35 Stunden und gesundheitlicher“ Verschleiß folgende Feststellung getroffen:

„Der Anstieg der Produktivität durch verbesserte Maschinen führte

zur intensiveren Verausgabung der menschlichen Arbeitskraft und zu längerfristigen gesundheitlichen Schäden“ und „daß sich der Verschleiß der menschlichen Arbeitskraft durch den Arbeitsprozeß zuspitzt hat“. Dazu werden auch einige Belege angeführt. Wichtig ist auch noch die Festlegung „voller Lohnausgleich unverzichtbar“, die Begründung aber leider schwach. Dieser Antrag bildet in der Diskussion in der ÖTV sicher einen positiven Beitrag.

Zu der Auseinandersetzung um den Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen ist im beschlossenen Antrag 124 die Aufforderung an die Sowjetunion, ihre SS20 abzubauen und zu verschrotten, gestrichen. Folgendes ist im Antrag festgehalten: „... im gesellschaftlichen Umfeld der Bundesrepublik tritt die Gewerkschaft ÖTV für *einseitige* Abrüstungsschritte der BRD ein.“ (Herv. i. Orig.) Es wird die Senkung des Rüstungsinhalts gefordert und „alle Militarisierungstendenzen wie öffentliche Rekrutenvereidigungen, Großmanöver ... entschieden abgelehnt.“

Quellenhinweis: Geschäftsbericht, Anträge, Entschlüsse der 15. Bundesjugendkonferenz der ÖTV; Sonderinformationen 1/79 - 7/80 zum Manteltarifvertrag für Auszubildende bei Bund, Ländern und Gemeinden

dung zu garantieren, hin, um die Regierung für die persönliche Freiheit auf die Barrikaden zu treiben: „Der Erfolg der Beratung und Motivierung der Jugendlichen insgesamt zur freiwilligen Aufnahme einer Berufsausbildung zeigt sich darin, daß der Anteil am Altersjahrgang, der keine formale berufliche Qualifikation erreicht, deutlich rückläufig ist. Deshalb lehnt es die Bundesregierung ab, auf dem Wege einer *gesetzlichen Berufsausbildungspflicht* Jugendliche zu einer Ausbildung zwingen zu wollen, die diese nicht wünschen ... Einer solchen Berufsausbildungspflicht ... stehen auch verfassungsrechtliche Bedenken unter dem Gesichtspunkt der Freiheit der Berufswahl entgegen.“ Mit der Verfassung also will die Regierung zuschlagen, um einen bestimmten Prozentsatz von Jugendlichen ohne jede Ausbildung zu erhalten.

Ende Februar haben Bundesrat und Bundesregierung gemeinsam eine nochmals deutlich verschärfte Fassung für die Novellierung des 1976 beschlossenen Jugendarbeitsschutzgesetzes vorgelegt. Der veränderte Entwurf ist darauf zugeschnitten, die Herzen all derjenigen Anwender von jugendlicher Arbeitskraft, denen die Regierung nicht schon auf dem Verordnungswege durch Ausnahmen von der Beschäftigung zu normalen Zeiten, wie den Bäckern, hat helfen können, für die Jugend zu gewinnen. Er eröffnet dem Fischbrötchenunternehmer mit mehreren Buden wie dem Einzelhandel und der Industrie mit Schichtbetrieb neue Aussichten. Nicht nur wird die normale tägliche Arbeitszeit aus ihren Grenzen verschiebbar gemacht, sie kann auch verlängert werden. Mit der Begründung, auch Lehrlinge in den Genuss des Frühschlusses an Wochenenden kommen zu lassen, kann ihre Arbeitszeit täglich auf 8,5 Stunden verlängert werden, in einer Woche auf 44 Stunden, wenn der Durchschnitt von 40 Stunden innerhalb von zwei Monaten erreicht wird. Arbeit im Betrieb soll auch an Berufsschultagen möglich sein. Das Verbot der Samstagsarbeit wird vollständig beseitigt, das Verbot der Sonntagsarbeit für das Gaststätten- und Schaustellergewerbe und für die Landwirtschaft fast gänzlich. In all diesen Punkten hat die Bundesregierung ihre Pläne vom September 1983 ausgeweitet. Gekrönt hat sie ihre Bemühungen um die Flüssigmachung jugendlicher Arbeitskraft jedoch mit den in den Entwurf vom 28.2. 1984 eingeführten Tariföffnungsklauseln. Diese sehen vor, daß eine „abweichende tarifvertragliche Regelung“ durch den Betriebsrat abgeschlossen werden kann, wenn der Kapitalist nicht tarifgebunden ist und sogar durch Einzelvereinbarung, wenn auch keine Arbeitnehmervertretung besteht. Dies ist die

Auszüge aus dem Jugendarbeitsschutzgesetz und dem Entwurf von Bundesregierung und Bundesrat

Im folgenden Auszüge aus der geltenden Fassung des Jugendarbeitsschutzgesetzes (JArbSchG) und dem Entwurf von Bundesregierung und Bundesrat (Entwurf).

JArbSchG (§8) Dauer der Arbeitszeit. (1) Jugendliche dürfen nicht mehr als acht Stunden täglich und nicht mehr als 40 Stunden wöchentlich beschäftigt werden. (2) Wenn in Verbindung mit Feiertagen an Werktagen nicht gearbeitet wird, ... darf die ausfallende Arbeitszeit auf die Werktage von fünf ... Wochen ... verteilt werden ... Die tägliche Arbeitszeit darf ... achteinhalb Stunden nicht überschreiten.

Entwurf (§8) (2a) Wenn an einzelnen Werktagen die Arbeitszeit auf weniger als acht Stunden verkürzt ist, können Jugendliche an den übrigen Werktagen ... achteinhalb Stunden beschäftigt werden.

JArbSchG (§9) Berufsschule. (1) Der Arbeitgeber hat den Jugendlichen für die Teilnahme am Berufsschulunterricht freizustellen. Er darf den Jugendlichen nicht beschäftigen ... 2. an Berufsschultagen mit einer Unterrichtszeit einschließlich der Pausen von mindestens fünf Stunden.

Entwurf (§9) ... 2. an einem Berufsschultag mit mehr als 5 Unterrichtsstunden von mindestens je 45 Minuten, einmal in der Woche.

JArbSchG (§12) Schichtzeit. Bei der Beschäftigung Jugendlicher darf die Schichtzeit ... 10 Stunden, im Bergbau unter Tage 8 Stunden, im Gaststättengewerbe 11 Stunden nicht überschreiten.

Entwurf (§12) ... Bei der Beschäftigung Jugendlicher darf die Schichtzeit ... 10 Stunden, im Bergbau unter Tage 8 Stunden, im Gaststättengewerbe, in der Landwirtschaft, in der Tierhaltung, auf Bau- und Montagestellen 11 Stunden nicht überschreiten.

JArbSchG (§14) Nachtruhe. (1) Jugendliche dürfen nur in der Zeit von 7 bis 20 Uhr beschäftigt werden. (2) Jugendliche über 16 Jahren dürfen, soweit es zur Erreichung ihres Ausbildungszieles erforderlich ist, 1. im Gaststättengewerbe bis 22 Uhr, 2. in Bäckereien und Konditoreien ab 5 Uhr, in der Binnenfischerei ab 5 Uhr, in Molkereien ab 6 Uhr, im Bergbau und in Hüttenwerken ab 6 Uhr ausgebildet werden. (3) Jugendliche über 16 Jahren dürfen 1. in Familienbetrieben des Schaustellergewerbes bis 22 Uhr, 2. in mehrschichtigen Betrieben ab 6 Uhr und bis 23 Uhr außerhalb eines Berufsausbildungsverhältnisses, 3. in Kinderheimen ab 6 Uhr, 4. in der Landwirtschaft ab 6 Uhr und, wenn sie vom Arbeitgeber in die häusliche Gemeinschaft aufgenommen sind, mit dem Melken ab 5 Uhr beschäftigt werden

(5) ... Nach vorheriger Anzeige an die Aufsichtsbehörde dürfen ferner in mehrschichtigen Betrieben Jugendliche über 16 Jahre außerhalb eines Berufsausbildungsverhältnisses ab 5.30 Uhr oder bis 23.30 Uhr beschäftigt werden, soweit sie hierdurch unnötige Wartezeiten vermeiden können.

Entwurf (§14) Nachtruhe. (1) Jugendliche dürfen nur in der Zeit von 6 bis 20 Uhr beschäftigt werden. (2) Jugendliche über 16 Jahre dürfen 1. im Gaststätten- und Schaustellergewerbe bis 22 Uhr, 2. in mehrschichtigen Betrieben bis 23 Uhr, in der Landwirtschaft ab 5 Uhr oder bis 21 Uhr, 4. in Bäckereien und Konditoreien ab 5 Uhr beschäftigt werden. (3) Jugendliche über 17 Jahren dürfen in Bäckereien ab 4 Uhr beschäftigt werden ... (5) ... dürfen ferner in mehrschichtigen Betrieben Jugendliche über 16 Jahre ab 5.30 Uhr oder bis 23.30 Uhr beschäftigt werden, soweit sie hierdurch unnötige Wartezeiten vermeiden können.

JArbSchG (§16) Samstagsruhe ... (2) Zulässig ist die Beschäftigung Jugendlicher an Samstagen nur (folgen 10 Ausnahmen, d. Verf.)

Entwurf (§16) Samstagsruhe (Als 11. Ausnahme, d. Verf.): 11. in Reparaturwerkstätten für Kraftfahrzeuge.

Quellenhinweis: Arbeitsgesetze, dtv 5006; Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Jugendarbeitsschutzgesetzes, Bonn, 28.2.1984

Regel in den Handwerksbetrieben, in denen zwei Drittel aller Jugendlichen ausgebildet werden. Zweck dieser Regelung ist, die geplante Verschlechterung der Arbeitszeitgesetzgebung auf

Anzeige

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!

POLITISCHE BERICHTE - EXTRA

16. März 1984

G 7756 D Preis: 1,50 DM

Revision der Bildungspolitik

Die Kapitalisten wollen die "Flexibilisierung" der Ausbildung	Seite 1
Änderung der Qualifikationsstruktur: Zunehmende Polarisierung in Arbeitstiere und antreibende Arbeitsplaner	Seite 8
Reaktionäre Sammlungsbewegung	Seite 11
1978: "Mut zur Erziehung" ein konterrevolutionäres Programm	Seite 17
Revision der Lehrpläne	Seite 24
Biologie	Seite 25
Deutschunterricht zur Unterdrückung der sprachlichen Ausdrucksfähigkeit	Seite 33
Berufliches Schulwesen: Schwerpunkt Ausrüstung auf Hilfsarbeitertätigkeit	Seite 37
Begabungstheorie - ideologische Rechtfertigung der ewigen Dauer kapitalistischer Ausbeuterherrschaft	Seite 45
Kapitalistische Hochschulpolitik: Finanzielle Abhängigkeit, Rechtlosigkeit, Verkürzung der Studiengänge und inhaltliche Ausrichtung	Seite 50
Die Kriegsziele der westdeutschen Imperialisten - verpflichtender Lerngegenstand an den Schulen	Seite 55
"Friedenserziehung an den Schulen" - Propagierung vaterländischen Mehrwillens	Seite 68

Herausgegeben im Auftrag der 3. ordentlichen Delegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK), v.a.S.d.P., Susanne Lambrecht, Kamekestr. 19, 5000 Köln I, Tel. 0221/517376

Politische Berichte Extra: „Revision der Bildungspolitik“, 72 Seiten, 1,50 DM. Zu beziehen über: GNN-Verlag, 5000 Köln, Kamekestr. 19

die ganze lohnabhängige Bevölkerung zu erstrecken. Nur wirken sie gegenüber Jugendlichen, die wenig Lebens- erfahrung haben und aufgrund der hohen Jugendarbeitslosigkeit in einer besonderen Drucksituation sind, besonders infam. Was soll bei einem Vertrag direkt zwischen Kapitalist und Lehrling anderes herauskommen als die Ermöglichung hemmungsloser Ausbeutung und der Haustierstatus des Lehrlings.

Die lohnabhängigen Familien wird es inwendig zerreißen, wenn die Schranken des Normalarbeitstages für alle ihre Mitglieder eingerissen sind. Die Familie kann sich permanent im Arbeitsprozeß befinden. Selbst die Ökonomisierung durch die gemeinsame Haushaltsführung ist hin, werden doch kaum gemeinsame Mahlzeiten möglich sein, wenn der Erste morgens um 2 Uhr aufsteht, um die entfernte Ausbildungsstelle beim Bäcker zu erreichen, oder etwas später, um die Mitfahrgelegenheit zur Baustelle nicht zu verpassen, und wenn der Letzte nachts von der Schicht kommt. Das Elend wird faßlich, wo sich sinkende Löhne mit steigenden Reproduktionskosten kreuzen.

In einigen Punkten ist die Kritik des DGB völlig unschädlich für die Kapitalisten. Die in seiner Stellungnahme vom Oktober geäußerte Vermutung,

die Jugendschutznovelle solle den Kapitalisten nur dazu dienen, ihre zahlreichen Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz nachträglich zu legalisieren, geht am Kern der Sache vorbei. Mit ihren „Verstößen“ haben die Kapitalisten und die kleinen Bourgeois ausgetestet, welche Schutzbestimmungen ihre Profite am meisten behindern und wollen nun erprobte „Ausnahmen“ in allgemeine ihnen durch Gesetz gesicherte Regeln umgewandelt sehen. Die Auffassung, daß im „Einzelfall“ mehr Auszubildende eingestellt würden „auf Kosten von tariflich bezahlten Vollzeitkräften“ hat der DGB seitdem nicht wesentlich geändert. Wenn dieses Jugendschutzgesetz in Kraft tritt und die Regierung zugleich ihr Lehrstellenprogramm weitertreibt, ist damit zu rechnen, daß sich für die Kopffzahl der Beschäftigten nichts Positives ergibt, sondern bloß eine Verringerung der Lohnsumme, die den Beschäftigten zufließt, so daß sich die forcierte Schaffung von Ausbildungsstellen als zusätzliches Mittel der Verelendung der Arbeiterbevölkerung und als zusätzliche Erschwerung der nötigen Einheit im Lohntarifkampf erweisen würde.

Quellenhinweis: Berufsbildungsbericht 1984, Hrsg. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft; Sechster Jugendbericht und Stellungnahme der Bundesregierung, Bundestagsdrucksache 10/1007; Stellungnahmen des DGB zur Änderung des Jugendarbeitsschutzgesetzes vom 25.10.1983 u. 29.2.1984 - (anl, row, rül)

Graf Lambsdorff nimmt Ladenschlußgesetz ins Visier

Am 22. Februar hat die Bundesregierung ein ganzes Bündel von Gesetzesvorhaben gebilligt, die eine aus Vertretern der Bundesregierung, der Landesregierungen, des Städtetags und von Kapitalistenverbänden gebildete „Entbürokratisierungskommission“ der Bundesregierung vorgelegt hatte. Der Bundeswirtschaftsminister soll nun bis zur parlamentarischen Sommerpause aus diesen Vorschlägen einen oder mehrere Gesetzesentwürfe zur „Entbürokratisierung“ der Vorschriften für den Bereich Handel und Gewerbe vorlegen. In einer Übersicht des Bundeswirtschaftsministeriums ist der Inhalt der bevorstehenden Gesetzesinitiativen umrissen. Es handelt sich um:

- „Befreiung des Verkaufs von Waren des täglichen Bedarfs aus ‚fahrbaren Läden‘ und des Straßenverkaufs von Presseerzeugnissen von der Reise-gewerbekartenpflicht“ und
- „Verringerung des umfangreichen Katalogs der im Reisegewerbe bestehenden Vertriebsverbote auf das für den Verbraucherschutz unbedingt notwendige.“

Beides ermöglicht den Vertrieb einer wachsenden Anzahl von Waren zu beliebigen Zeiten. Auf das Reisegewerbe treffen nämlich weder das Ladenschlußgesetz noch irgendwelche Tarifverträge zu, auch keine für allgemein verbindlich erklärten. Den „Reisenden“ des Grafen Lambsdorff sollte man sich nicht etwa als Schnürsenkelverkäufer mit Pappkoffer vorstellen! „Fahrbar“ muß sein Laden sein, groß darf er sein, und Arbeitnehmer beschäftigen darf er auch. Kurz: er darf

Kapitalist sein. Bisher durften nur persönlich selbständige Inhaber einer Reisegewerbekarte als reisende Händler tätig sein. Nach den Plänen des Bundeswirtschaftsministeriums genügt es demnächst (vorerst bei Volkfesten) aber, wenn der Arbeitgeber eine Reisegewerbekarte hat. Vom Gesetz her gesehen unterscheiden dann also den uneingeschränkt tätigen Reisegewerbekapitalisten und die vom Ladenschlußgesetz beschränkte Kaufhof AG tatsächlich nur noch die Rollen unter den Verkaufsräumen.

„Weitere Vorhaben der Entbürokratisierung“ nennt das Bundeswirtschaftsministerium die geplanten Änderungen des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb. Angestrebt ist hier unter anderem:

- die Aufhebung der Begrenzung von Sommer- und Winterschlußverkäufen auf diese Jahreszeiten und
- die Aufhebung des generellen Verbots von Sonderverkäufen.

Dies bedeutet zwar nicht, daß das Ladenschlußgesetz formell durchbrochen wäre, wohl aber, daß die kurzfristige Steigerung der Verkaufstätigkeit und die damit verbundene höhere Verwertung von Arbeitskraft völlig ins Belieben der Handelskapitalisten gestellt wird. Dieser im Einzelhandel bereits häufig herrschende Zustand soll zur Norm werden, nämlich zum Gesetz.

Alle diese Gesetzesänderungen höhlen das geltende Ladenschlußgesetz aus, um dieses alsbald auch formell zu Fall zu bringen. Das Bundeswirtschaftsministerium hat dies ausdrücklich als Schlußfolgerung seiner Initiati-

ven genannt und die Federführung dem Arbeitsminister Norbert Blüm überlassen. „Das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) schließt bei den geplanten ‚Entregulierungen‘ im Handel auch eine Überprüfung der Ladenschlußzeiten nicht aus“, berichtete am 6.3. das „Handesblatt“ über die Ergebnisse der Kabinettsberatungen.

Die Gewerkschaft HBV hat sich bisher gegen alle Versuche, das Ladenschlußgesetz zu durchlöchern oder abzuschaffen, öffentlich gewandt. Sie hat auch Entwürfe für Tarifverträge gegen die Teilzeitarbeit bzw. zur Umwandlung von Teilzeitarbeitsplätzen in Vollzeitarbeitsplätze vorgeschlagen.

Diese Haltung der HBV zu unterstützen, ist im Interesse aller DGB-Gewerkschaften. Gelingt es der Bundesregierung und den Kapitalisten, die Arbeitszeit im Einzelhandel aufgrund der geplanten Gesetze auf die Wochenenden und die Abend- und Nachtstunden auszudehnen, so ist dies nicht bloß übertragbar auf andere Gewerke, es ermöglicht dort auch den Kapitalisten die leichtere Einführung von Schichtarbeit und von Samstagsarbeit mit dem Argument, daß dies die Reproduktionsmöglichkeiten der Arbeiterfamilie gar nicht mehr behindere und sowieso die Leute im Einzelhandel länger arbeiten. Die Gewerkschaften im DGB sollten deshalb die Lohnabhängigen im Einzelhandel und die Gewerkschaft HBV unterstützen und öffentlich gegen diese „Entbürokratisierungs“-Pläne der Bundesregierung Stellung nehmen.

Quellenhinweis: Bundespresse- und Informationsamt (Hrsg.), Aktuelle Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik Nr. 16/84, März 1984; Handelsblatt, 6.3.84 – (sch)

Hessen

Novellierung des Personalvertretungsgesetzes

Noch vor den Landtagswahlen im September 1983 haben die Grünen einen Gesetzentwurf zur Novellierung des hessischen Personalvertretungsgesetzes in den Landtag eingebracht. Er ist identisch mit dem Vorschlag des DGB-Landesbezirks Hessen. Die SPD-Fraktion veröffentlichte einen eigenen Entwurf. Beide wurden 1984 auf einer Funktionärskonferenz des ÖTV-Bereichs Hessen erörtert, der SPD-Entwurf beschlossen. Wenn die SPD auch insbesondere in Fragen der Mitbestimmung hinter die Forderungen des DGB und der Grünen zurückfällt, enthält er doch Fortschritte im Verhältnis zum bestehenden Gesetz.

Dies beginnt mit einem nützlichen Zusatz zum §60 (3). Schlägt der Personalrat im Rahmen seines Mitbestimmungsrechts eine Maßnahme vor, gilt



Bei den sowieso schon äußerst schlecht bezahlten Lohnabhängigen im Einzelhandel wollen Bundesregierung und Kapitalisten mit der Aufhebung des Ladenschlußgesetzes und weiterer „Entbürokratisierung“ Schranken gegen intensivere Arbeit beseitigen und den Normalarbeitstag weiter aushöhlen.

die „Maßnahme als gebilligt, wenn nicht der Dienststellenleiter innerhalb der genannten Frist die Zustimmung schriftlich verweigert“. Dann soll der Themenkreis, der vom Dienststellenleiter in den gemeinsamen Besprechungen mit dem Personalrat zu erörtern ist, erweitert werden um Maßnahmen der Wirtschaftlichkeitsprüfung und der Rationalisierung sowie Vergabe von Arbeiten und Privatisierung (§55, 4).

Mitbestimmungs- anstatt wie bisher Beratungsrecht wird bei Verwaltungsanordnungen und Erlassen für innerdienstliche soziale und personelle Angelegenheiten gefordert (§57a). Die Mitbestimmung bei „Anlagen zur automatisierten Verarbeitung personenbezogener Daten der Beschäftigten“ und sonstigen technischen Einrichtungen, die geeignet sind, das Verhalten oder die Leistung der Beschäftigten zu überwachen, soll nicht nur bei Einfüh-

rung und Anwendung, sondern auch bei Änderung und Erweiterung gelten (§61 (1)). Das ist insofern wichtig, als die Personalräte Handhabe bekämen gegen die Ausdehnung bereits bestehender Personalerfassung, z.B. auf Fehlzeitstatistiken oder Leistungserfassungen.

Allerdings volle Mitbestimmung bei Personalplanung, Arbeitsverteilungs- und Organisationsplänen oder wenigstens bei Grundsätzen der Stellenzuweisung sowie bei Arbeitsplatz- und Dienstpostenbewertung, wie der DGB es fordert, das geht der SPD zu weit. Mitbestimmung fordert sie nur bei technischen Rationalisierungsmaßnahmen, die den Wegfall von Planstellen zur Folge haben, und Privatisierung von bisher durch Beschäftigte der Dienststelle wahrgenommenen Aufgaben. Vielleicht gibt es da in einer Koalitionsvereinbarung noch Möglichkeiten? – (sci)

persönlicher Arbeitszeit“, welches die IGM zu Recht als Standpunkt des Siemens-Personalchefs Schlitzberger angreift. (siehe unten)

Was Steinkühler als Schlüssel zum Kompromiß bezeichnet, ist ein, im Hause Siemens bereits wahr gewordener, Angriff auf den freien Samstag.

Die IGM muß ihren Standpunkt zur Samstagsarbeit klar machen. Sie muß enthüllen, daß die gesetzlichen Vorbe-reitungen für die allgemeine Einführung der Conti-Schicht mit den Arbeitszeitvorlagen aus dem Hause Blüm bereits getroffen werden. Geschieht dies nicht, so wird eine Mobilisierung von Belegschaften für die 35-Stunden-Woche Wunschvorstellung bleiben. Wer kämpft schon für das Recht, künftig auch samstags und vielleicht sonntags arbeiten zu müssen?

2. Kritik der Vorruhestandsregelung!

Die von der Regierung vorgelegte Vorruhestandsregelung ist in wichtigen Punkten der IGM keine Kritik wert. Die Vorruhestandsregelung ist ja zeitlich befristet, die Jahrgänge nach 1930 werden nicht in den Genuß dieser Regelung kommen. Einer Herabsetzung des Rentenalters ist das nicht einmal ähnlich. Das ist Absicht, denn eine Herabsetzung des gesetzlichen Rentenalters, auf Jahrgänge beschränkt, wäre rechtlich schwierig. Eine Herabsetzung ist auch nicht beabsichtigt, im Gegenteil, die Gewerkschaften müssen darüber Klarheit schaffen, daß alle Fachleute für die nächsten Jahrzehnte eine Heraufsetzung des gesetzlichen Rentenalters für ausgemachte Sache halten. Die sog. „Vorruhestandsrege-

IG Metall

Kursänderung in einigen Punkten erforderlich

Die Mobilisierungsschwierigkeiten der IGM im sog. „Kampf für die 35-Stunden-Woche“ sind beträchtlich. Unserer Meinung nach muß die IGM einige Korrekturen vornehmen, sonst wird sie eventuelle Urabstimmungsziele nicht erreichen oder, wenn sie erreicht würden, einen harten Arbeitskampf nicht durchsetzen. Folgende Positionen müssen geklärt werden:

1. Ein klares Nein zur Samstagsarbeit!

Der Baden-Württemberg-Ausgabe der „Metall-Nachrichten“ (Nr. 23, 14.3. 1984) ist das nebenstehende Fak-simile entnommen. Damit wäre, so scheint es, endlich ein Anhaltspunkt gegeben, die drohende allgemeine Einföhrung der Samstagsarbeit zu bekämpfen. Der Standpunkt der IGM zur Samstagsarbeit wäre danach: ein klares Nein!

Der Leser des „Handelsblatt“ vom 19.3. 1984 erfährt über den Standpunkt der IGM in dieser Sache leider was anderes. F. Steinkühler, der den unleugbar hohen Belastungen seines Amtes immer weniger gewachsen scheint, hat sich dort wie folgt geäußert:

„Ein eventueller Kompromiß müsse aber selbstverständlich diese Komponenten haben: Verkürzung der Wochenarbeitszeit und Lohnausgleich, wobei die Arbeitgeber selbst einbringen könnten, wie diese Arbeitszeit verteilt werden könnte. Die legitimen Interessen der Arbeitgeber könnten z.B. sein, menschliche Arbeitszeit von der Betriebsmittelzeit zu trennen. Wenn es dazu Möglichkeiten gibt, sind wir

bereit, darüber zu reden, wenn dadurch Arbeitsplätze geschaffen würden. Nicht diskutieren könne man allerdings: über die Wiedereinföhrung des 6-Tage-Woche.“

Was ist die „Trennung von menschlicher Arbeitszeit und Betriebsmittelzeit“, über die F. Steinkühler zu reden bereit ist? Nichts anderes als das „Auseinanderkoppeln von betrieblicher und

Elektroriese will Samstagsarbeit einföhren

Samstags gehört Vati Siemens?

Künftig soll bei Siemens wieder samstags gearbeitet werden. Außerdem sollen durch Schichtarbeit die Maschinen und Anlagen möglichst rund um die Uhr benützt werden.

Mit „Auseinanderkoppeln von betrieblicher und persönlicher

Arbeitszeit“ umschreibt Siemens-Personalchef Hans Schlitzberger (Firmen-Jargon: Schlitzohr) die geplante intensivere Ausnützung des Kapitals. Kein einziger zusätzlicher Arbeitsplatz würde dadurch geschaffen, im Gegenteil könnte die seit Jahren praktizierte Ver-

nichtung von Arbeitsplätzen bei Siemens verstärkt fortgesetzt werden.

Arbeiter und Angestellte müßten nach den Vorstellungen Schlitzbergers nach Feierabend und übers Wochenende für Siemens einsatzbereit sein.

Diese „flexible Arbeitszeit nach Siemens-Art“ bedeutet in Wirklichkeit, daß Siemens-Arbeitnehmer wie Angehörige eines Call-girl-Rings stets abrufbereit sein müssen. Wenn man gebraucht wird, muß man da sein, wenn man nicht gebraucht wird, kann man heimgehen.

Siemens will also neben der Samstagsarbeit Überstunden ohne Überstundenzuschläge und Kurzarbeit ohne Kurzarbeitergeld einföhren und schlägt diese Zumutungen auch noch unverfroren als alternatives Konzept zur 35-Stunden-Woche vor.

Doch die IG Metall läßt sich er-rungene Rechte nicht nehmen. Wir haben unter dem Motto „Samstag gehört Vati mir“ für die 40-Stunden-Woche gekämpft. Dies gilt auch für Siemens. Auch 1984.

Warnstreiks sind zulässig

Warnstreiks sind ein zulässiges Mittel in der Tarifkonfliktbewältigung und werden durch die Bundesratsentscheidung des LAG (Freiburg) bestätigt. Die Klage des badischen Arbeitgeberverbandes voll zurückgewiesen. Das LAG entscheidet.

Warnstreiks sind ein zulässiges Mittel in der Tarifkonfliktbewältigung und werden durch die Bundesratsentscheidung des LAG (Freiburg) bestätigt. Die Klage des badischen Arbeitgeberverbandes voll zurückgewiesen. Das LAG entscheidet.

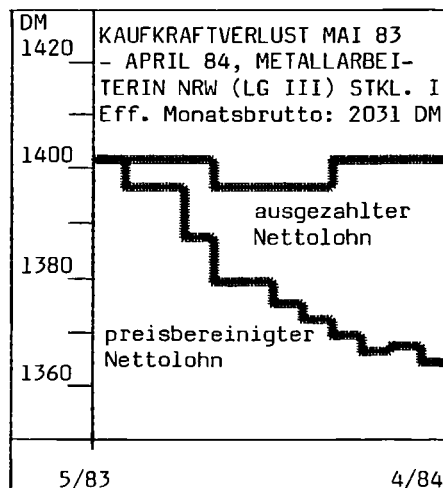
Warnstreiks sind ein zulässiges Mittel in der Tarifkonfliktbewältigung und werden durch die Bundesratsentscheidung des LAG (Freiburg) bestätigt. Die Klage des badischen Arbeitgeberverbandes voll zurückgewiesen. Das LAG entscheidet.

Für Niedriglöhne höchste Teuerung

Die Lebenshaltungskosten ziehen wieder an. Hatte die Reaktion im Herbst noch gegen die Lohnbewegungen mobil gemacht mit dem Verweis auf sinkende Preissteigerungsraten und die zwei vor dem Komma, so hat sich nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes die Lebenshaltung der privaten Haushalte im Februar 1984 im Vergleich zum Vorjahr um 3,1% verteuert.

Der ermittelte durchschnittliche Anstieg der Lebenshaltungskosten sagt wenig aus. Aus den aufgeschlüsselten Ergebnissen der Statistik geht hervor, daß die Ausgaben für die Niedriglöhner und überhaupt die Bezieher von niedrigen Einkommen noch mehr gestiegen sind. So sind die Mieten gegenüber dem Vorjahr um 3,4 bis 4,1% teurer geworden, die Ausgaben für Heizöl um 8,8%, die Ausgaben für Tafeläpfel um 37,3% und für Kartoffeln um 42%. D.h. die Lohnabhängigen, deren Einkommen ohnehin kaum zum Leben reicht,

müssen weitere lebenswichtige Nahrungsmittel aus ihrer Reproduktion streichen, weil sie immer unerschwinglicher werden und weil Wohnung und Heizung einen ständig wachsenden Teil des Einkommens aufzehren. Bei sin-



Zur Berechnung: Bruttoverdienst LG III Frauen Metallindustrie NRW von 10/83 als konstant unterstellt. Preisbereinigter Nettolohn nach Abzügen unter Berücksichtigung des Lebenshaltungskostenindex ermittelt.

kenden Reallöhnen und besonderer Verteuerung der Lebenshaltung für die Bezieher niedriger Einkommen sind drastische Einbrüche der Reproduktion die Folge.

Das Schaubild stellt das Absinken der Kaufkraft des Lohnes einer Metallarbeiterin in der untersten Lohngruppe seit Mai '83 dar. Zugrundegelegt wurde ein gleichbleibender Effektivverdienst von 2031 DM monatlich (LG III Frauen, Metallindustrie NRW, Okt. '83). Der preisbereinigte Nettolohn ist berechnet auf Basis des amtlichen Anstiegs der Lebenshaltungskosten für alle privaten Haushalte; tatsächlich ist die Kaufkraft in den unteren Lohngruppen noch stärker gesunken. Der so errechnete Kaufkraftverlust von Mai '83 auf April '84 ist mit 37 DM oder 2,7% zu beziffern. Eine auch effektiv wirksame Tarifloohnerhöhung von 3,5% kann diesen rechnerischen Verlust kaum ausgleichen, geschweige den tatsächlichen Anstieg der Lebenshaltungskosten auffangen.

Quellenhinweis: FAZ vom 7.3.84; Effektivlohnerhebungen Stat. Landesamt NRW

lung“ ist kein „erster Schritt zur Senkung der Lebensarbeitszeit“, sie dient als Testfall für eine *Verlängerung* der Lebensarbeitszeit, gekoppelt mit der Möglichkeit, früher auszusteigen. Praktische Folge wäre eine Rentensenkung genau für jene Lohnabhängigen, die wenig verdienen und als erste kaputt sind, weil sie die schwerste Arbeit haben. Die IGM muß demgegenüber für eine Herabsetzung des gesetzlichen Rentenalters, mindestens aber für eine allgemeine, jahrgangsunabhängige Fassung der Vorruhestandsregelung eintreten. In Anbetracht des enormen Verschleißes der Arbeitskraft und der sehr vielen Arbeiten, die schon von einer erst 50jährigen Arbeitskraft kaum noch ausführbar sind, wird der äußere Anschein sonst unbedingt für die Richtigkeit der Forderung nach Verkürzung der Lebensarbeitszeit sprechen und die IGM als uneinsichtig, verbockt, erscheinen lassen.

3. Mindesthöhung des Lohnes!

Angeblich ist ja Allgemeingut, daß für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich gekämpft wird und für nichts anderes. Wir möchten gerade diejenigen, die konsequent für die 35-Stunden-Woche bei vollem usw. kämpfen, darauf aufmerksam machen: Inzwischen verlangt eine solche Forderung eine Kampagne zur Nachbesserung, zur Heraufsetzung der Lohnforderung der IGM. Im dem derzeit stehenden Forderungsrahmen von 3% bis 3,5%, wie ihn der Hauptvorstand der IG Metall schon Ende letzten

Jahres festgelegt hat, ist ein Lohnausgleich nicht mehr möglich. Die IGM, die jetzt schon geraume Zeit im tariflosen Zustand zubringt, wird sich zur Lohnforderung eindeutig erklären müssen, bevor sie auf eine Urabstimmung zugeht.

Da in diesem Jahr ganz einwandfrei feststeht, daß niedrige Einkommen einer höheren Teuerung unterliegen und weil die Teuerungsrate sich deutlich seit Aufstellung der Forderung geändert hat, wäre es denkbar, die Ergänzung des bestehenden Forderungsrahmens durch einen relativ hohen Mindestbetrag in die Debatte zu bringen. Immerhin eine Chance ist also noch für den Lohnausgleich da.

4. Diskussion der Erfolgskriterien

Bis jetzt ist in dieser Kampagne die „Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft“ von den Wortführern beider Seiten anerkannter Kompromißgrund. Der Plan, die imperialistische Position der BRD auszubauen und zu festigen, verfällt nicht der gewerkschaftlichen Kritik, sondern höchstens, daß dies auf Kosten der sog. „Schwachen“ geschehen soll. Die Reaktion hält dagegen, daß gerade und nur im Aufschwung auch die Schwachen was verdienen könnten. Wenn der Kampf um die 35-Stunden-Woche in der BRD zu einem industriellen Normalarbeitstag von 24 Stunden und einer Normalarbeitswoche von sieben Tagen führt, so wäre das nicht nur für die Arbeiterbevölkerung der BRD ein Nachteil. Das so (vielleicht) ermöglichte Auf-

schwungvergnügen des BRD-Kapitals würde die Konkurrenten anstacheln, sich ihrerseits was zur Steigerung der Arbeiterausbeutung einfallen zu lassen, Rückwirkungen auf die BRD wären alsbald zu spüren. Die praktische Mißachtung aller Gebote des proletarischen Internationalismus, die für sozialdemokratische Politik so typisch ist, darf nicht prägendes Merkmal dieser Bewegung sein.

Quellenhinweis: Regionale Materialien der Agitation der IGM; eigene Meldungen; Handelsblatt - (maif, wom)

US-Vorwahlen

Reaktion erfreut, da Gewerkschaften isoliert

„Unsere Partei muß lernen, mit den Unternehmern zu arbeiten. Profit ist *kein* schmutziges Wort. Demokraten müssen ihren Ruf überwinden, sie seien gegen Verteidigungsausgaben. Amerika *braucht* eine starke Verteidigung.“ Das sind einige der Losungen, mit denen der Bewerber für die Präsidentschaftskandidatur der Demokratischen Partei, Gary Hart, Anfang März im US-Bundesstaat Georgia auftrat.

Ende letzter Woche hatte die Demokratische Partei auf Vorwahlen (in denen nur Parteimitglieder Wahlrecht haben) oder auf Parteiversammlungen 688 der 3933 Delegierten bestimmt, die im Juli auf dem Parteikonvent endgültig abstimmen sollen, welcher Kandi-

dat der Demokraten am 6.11. bei den Präsidentschaftswahlen gegen Reagan antritt. 312 dieser Delegierten waren auf Mondale festgelegt, 207 auf Hart, 37 auf den schwarzen Kandidaten Jackson, 132 auf keinen Kandidaten.

Über diese Konstellation schon kurz nach Eröffnung der Vorwahlen ist die bürgerliche Presse äußerst zufrieden, insbesondere über die Aussicht, den politischen Einfluß der Gewerkschaften in der Demokratischen Partei weiter verringern zu können. „Amerikas Gewerkschaften setzen im Wahlkampf auf das falsche Pferd“, triumphierte das „Handelsblatt“ am 15. März. Mondale, unter dem Plantagenbesitzer Carter schon einmal Vizepräsident der USA, hatte schon früh erklärt, er wolle „US-Arbeitsplätze“ durch Importschranken gegen japanische Autos, EG-Stahl usw. „schützen“, und so den



Präsidentschaftsbewerber Gary Hart

Gewerkschaftsbund AFL-CIO für die Unterstützung seiner Kandidatur gewonnen.

Gary Hart attackiert ihn nun genau wegen dieser Unterstützung durch die Gewerkschaften: Mondale sei ein Mann von „Interessengruppen“. Ansonsten tritt Hart für eine bundesweite Mehrwertsteuer und die weitere Senkung der Einkommenssteuer ein – eine Reform, die die Lohnabhängigen in den unteren Lohngruppen schwer treffen, die Kapitalisten dagegen weiter entlasten würde –, ist gegen die Aufstellung atomarer MX-Langstreckenraketen, stattdessen für einen Ausbau der „Schnellen Eingreiftruppen“. Ein durch und durch reaktionäres Programm also, für das er trotzdem insbesondere unter Studenten und unter besser verdienenden Mittelklassen Anhänger gewinnt. Mondale reagiert auf die Erfolge Harts mit immer heftigeren Distanzierungen von den Gewerkschaften und wirft Hart seinerseits nun vor, er vertrete eine „unklare Sicherheitspolitik“.

Quellenhinweis: Wall Street Journal, 1. – 15.3.; Handelsblatt, 15.3.; taz, 16.3. – (rül)

Ausländerpolitik

In 70 Städten Aktionen gegen die geplante Verschärfung des Ausländergesetzes

Mit regionalen Demonstrationen in Westberlin, Köln und Stuttgart, an denen jeweils etwa 1500 Leute teilnahmen, sowie zusätzlichen Kundgebungen und Informationsständen in fast 70 anderen Städten endete am Samstag, dem 17.3., die Aktionswoche gegen Ausländerfeindlichkeit, zu der der „Aktionsausschuß Frankfurter Appell“ aufgerufen hatte.

Daß sich zahlreiche Organisationen auf gemeinsame Aktivitäten einigen konnten und sich an so vielen verschiedenen Orten gegen Chauvinismus und Rassismus wandten und die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Ausländerbehörden wegen ihrer reaktionären Politik gegenüber den Ausländern und insbesondere die geplante Verschärfung des Ausländergesetzes angriffen, ist sehr wichtig. Die Aufmerksamkeit der Bevölkerung war groß, so daß durch die Aktionswoche Druck auf die Bundesregierung ausgeübt wurde.

Die Bundesregierung sah sich veranlaßt, ihre Ausländerpolitik zu verteidigen. Regierungssprecher Boenisch erklärte am 12.3., die Initiatoren erreichten mit ihren utopischen Forderungen das Gegenteil ihrer Bemühungen, nämlich neue Ausländerfeindlichkeit. „Wer Zuzugsbeschränkungen und

Rückkehrhilfen verteuert, gefährdet den sozialen Frieden.“

Die GRÜNEN im Bundestag haben die Presseerklärung der Bundesregierung gegen die Aktionswoche ausdrücklich zurückgewiesen: „Die Bundesregierung unterstellt der Aktionswoche und dem Koordinationsbüro des Frankfurter Appells ‚böswillige Falschinformation‘, obwohl sie selber die Verdrängungspolitik gegenüber der ausländischen Bevölkerung in einer Weise, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt, durchführt und damit die Grundlage für das neue Gesetz schafft.“

Die Bundesregierung reagiert so gereizt auf die Aktionswoche, weil sich in dieser Frage Ansätze eines gemeinsamen Vorgehens gegen die Politik der Bundesregierung abzeichnen. Zusätzlich zu den Unterzeichnern des Frankfurter Appells (unter anderen die GRÜNEN, DKP, Volksfront, VVN usw.) nahmen an einer Reihe von Orten Gewerkschaftsuntergliederungen an den Kundgebungen, Veranstaltungen und Demonstrationen teil. In Köln forderte die Rednerin des Aktionsbündnisses das Wahlrecht für die ausländische Bevölkerung. Sie führte aus, daß die Angriffe der Kapitalisten und der Regierung auf die Ausländer Teil



Hannover. An einem „Tribunal zu Ausländerpolitik in Niedersachsen“ nahmen am Samstag, dem 17.3., 350 Leute teil. Dazu hatten unter anderen die Humanistische Union, Jusos, Judos, die GRÜNEN, DKP, Volksfront, KB und die GEW aufgerufen. Die Jury, der der Richter am Amtsgericht Hildesheim, Vultejus, das SPD-Mitglied Rauhaus, die Landtagsabgeordnete der GRÜNEN Schuran und andere angehörten, untersuchte während des ganzen Tages verschiedene Fälle aus der Praxis der Ausländerbehörden in Niedersachsen und befand die Landesregierung wegen „menschenverachtender Politik“ gegenüber den Ausländern für schuldig.



Westberlin. Auf der Demonstration waren Forderungen nach Freilassung aller politischen Gefangenen in der Türkei und in der BRD stark vertreten. Die Beteiligung von Anhängern der Alternativen Liste war schwach.

eines Angriffs auf alle Lohnabhängigen seien. GEW und IG-Metall hatten sich an dem Aktionsbündnis beteiligt. Für die IG-Metall sprach auf der Kundgebung eine türkische Gewerkschafterin. In Westberlin nahmen an einer Podiumsdiskussion zu der Forderung: „Wahlrecht für Ausländer“ Vertreter der SPD, der SEW, der GEW und der Volksfront teil. Die SPD wandte sich in solchen Veranstaltungen gegen „Überspitzungen“ und lehnte die Forderung nach generellem



Köln. An der Demonstration beteiligten sich viele Gewerkschaftsmitglieder. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und die IG Metall riefen zu Demonstration und Kundgebung mit auf.

Wahlrecht für Ausländer ab, fand dafür aber wenig Unterstützung.

Die Ansätze für eine Zusammenarbeit gegen die reaktionäre Ausländer- und Asylpolitik der Bundesregierung sind erfreulich. Allerdings bestehen zwischen den beteiligten Organisationen noch recht unterschiedliche Vorstellungen über die einzuschlagende Politik. Manche Kundgebungsredner griffen nicht die Politik der bürgerlichen Parteien an, sondern verlangten



Stuttgart. Am 10.3. wurden vor einer CDU-Landtagswahlveranstaltung in der Hanns-Martin-Schleyer Halle mit Kohl Wahlprüfsteine der Aktionseinheit verteilt. Am 17.3. demonstrierten 1500.

Mitleid mit den Ausländern. Die Alternative Liste in Westberlin unterstützte die Aktionswoche kaum.

Auf einer Aktionskonferenz am 7./8. April in Frankfurt wollen die Organisationen, die den Frankfurter Appell unterstützen, weitere Aktivitäten gegen die geplante Verschärfung des Ausländergesetzes beraten. Die Volksfront setzt sich dafür ein, daß ein Schwerpunkt die Forderung nach dem Wahlrecht für Ausländer wird.

Quellenhinweis: Eigene Berichte; Pressematerialien des „Koordinationsbüros Frankfurter Appell“, Mainzer Landstraße 239-241, 6000 Frankfurt - (clm)



Freiburg. Am Samstag, dem 10.3., wurde die Aktionswoche gegen Ausländerfeindlichkeit von den beteiligten Gruppen mit verschiedenen Ständen in der Innenstadt eröffnet. Zu einer gleichzeitig stattfindenden Landtagswahlkundgebung der FDP mit Genscher, Baum und Morlok auf dem Rathausplatz zog eine Maskentruppe der Volksfront mit Schildern wie: „Nur weil wir Juden verbrannt haben, heißt das nicht, daß wir keine Asylanten verbrennen“ oder „Türken brauchen keine Familie“. Die Polizei versuchte später, das Auftreten der Maskenträger zu verhindern, weil der erste Bürgermeister Strafantrag wegen Volksverhetzung gestellt habe.

BRD/DDR Der Wolf hat Kreide gefressen

Die Bundesregierung versucht neuerdings, den Eindruck zu erwecken, als sei ihr an einem entspannten Verhältnis zur DDR gelegen. Verschiedene Minister und Abgeordnete reisen in die DDR, Honecker ist zu einem Staatsbesuch eingeladen und der für „Innerdeutsches“ zuständige Staatsminister im Kanzleramt Philipp Jenninger deutete jüngst sogar an, daß die Bundesregierung unter Umständen bereit sei, in der Frage des Grenzverlaufs an der Elbe mit sich reden zu lassen, ja selbst über die Auflösung der „Zentralen Erfassungsstelle für Gewalttaten an der innerdeutschen Grenze“ in Salzgitter lasse man mit sich verhandeln.

Ein Wandel? Noch im letzten Jahr versuchte die Union, ihren Anhang mit offen revanchistischen Forderungen

nach Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 zu mobilisieren – blieb dabei aber eher erfolglos. Wer sich nun ein Bild machen möchte, ob die Bundesregierung von ihren aggressiven Wiedereinverleibungsansprüchen gegen die DDR abgerückt ist oder ob sie bloß Kreide gegessen hat, dem sei die Lektüre des Protokolls des Deutschen Bundestages vom 15.3. 1984 zur „Lage der Nation“ (s.u.) empfohlen. Daraus geht hervor:

Erstens: Die Bundesregierung hält unverrückbar am Wiedervereinigungsanspruch fest. Zweitens: Sie ist nicht bereit, die Staatsbürgerschaft der DDR und die Grenzen der DDR anzuerkennen. Drittens: Sie weigert sich ausdrücklich, Botschafter mit der DDR auszutauschen. Viertens: Sie will sich weiterhin in die Angelegenheiten der DDR einmischen.

Z.B. Erfassungsstelle in Salzgitter: Die Bundesregierung erwartet vor einer Auflösung von der DDR einen weitgehenden Verzicht auf die Sicherung ihrer Grenze zur BRD. Dafür erhielt die DDR dann nicht etwa die Zusicherung, daß DDR-Bürger vor der Strafverfolgung durch BRD-Staatsanwälte sicher sind. Die staatstragende Große Koalition, die der DDR ein solches Angebot macht, will allenfalls auf eine *Zentralisierung* dieser Einmischungstätigkeit

verzichten, wie aus folgender Erklärung des SPD-Fraktionsvorsitzenden Vogel vor dem Bundestag hervorgeht:

„Für die Aufklärung und Verfolgung von Straftaten sind ohnehin in jedem Fall die Staatsanwaltschaften zuständig, und keiner will, daß das Legalitätsprinzip nicht auch in dieser Richtung seine Anwendung findet.“

Fünftens sei erwähnt, daß die Bundesregierung für den Fall eines Honecker-Besuches ein Gesetz vorbereitet, das Staatsgäste von einer Strafverfolgung ausnimmt. Damit bringt die Bundesregierung zum Ausdruck, daß sie prinzipiell auch in Zukunft gegen jeden DDR-Bürger Strafverfolgungsansprüche aufrecht erhält.

Schließlich weiß sich die Bundesregierung in der Verfolgung ihrer Absichten im Grundsatz einig mit der SPD-Opposition. Nur der Abgeordnete der GRÜNEN hat sich erfreulicherweise gegen Expansionsabsichten der BRD und für die Anerkennung der DDR ausgesprochen.

Die großdeutsche Koalition aus Union, FDP und SPD, die sich vergangenen Monat aus Anlaß der Verabschiedung einer gemeinsamen deutschlandpolitischen Erklärung bildete (1) und die in der Bundestagsdebatte am 15.3. der FDP-Abgeordnete Hoppe als „das deutschlandpolitische Ereignis

des letzten Jahrzehnts im Deutschen Bundestag“ würdigte, hat ganz anderes im Sinn als eine Aufweichung der Annektionsansprüche der BRD nach Osten. Uns scheint, daß dieses staatstragende Parteienbündnis vielmehr daran arbeitet, die Opposition gegen die Expansionsabsichten des westdeutschen Imperialismus in einer Welle von „Nationalgefühl“ und „deutsch-deutscher Gemeinschaft“ zu ertränken.

(1) Pol. Ber. 5/84; weiterer Quellenhinweis: Bundestagsprotokoll 10/59 – (alk, rül)



Windelen im Bundestag: „Wir haben auch die Zusammenarbeit mit den Organisationen der Vertriebenen und Flüchtlinge ... aus dem Rang des Nebensächlichen gehoben ...“

Bundestag, 15.3.84: „Lage der Nation“

Helmut Kohl, CDU/CSU:

„... Zur Lage der Nation gehört als erstes die Feststellung, daß die *deutsche Teilung* bittere Wirklichkeit für die Deutschen ist ... Die *Einheit der Nation* ist und bleibt lebendig ... Erstens. Die *Freiheit* ist der Kern der Deutschen Frage. Der nationale Auftrag bleibt gültig und erfüllbar: in einem vereinten Europa in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden ... Zweitens. Die *deutsche Nation* ist Wirklichkeit im Bewußtsein der Deutschen. Geprägt durch eine vielhundertjährige gemeinsame geschichtliche Erfahrung im Herzen Europas, begreifen wir Deutsche ganz selbstverständlich die Einheit der Nation ... Fünftens. Wir müssen Europa einigen, um auch für Deutschland die *Einheit in Freiheit* zu vollenden“.

Dr. Vogel (SPD):

„... Die Entwicklung der letzten Jahre hat auch die vier Elemente dessen gefestigt, was die *Substanz der Nation* ausmacht, nämlich die *Geschichts-, die Sprach-, die Kultur- und die Gefühlsgemeinschaft* ... hat auch in der Bundesrepublik selbst die Frage nach unserer nationalen Identität, nach unserem *nationalen Bewußtsein*, nach unserem nationalen Selbstverständnis an Bedeutung gewonnen ... wir müssen uns wieder verstärkt unserer eigenen Geschichte zuwenden ... Wir müssen uns wieder stärker als Gemeinschaft und nicht nur als eine zufälli-

ge Ansammlung mehr oder weniger beziehungslos nebeneinander lebender Individuen begreifen. Und zu dieser Gemeinschaft gehören eben in unserer Situation auch die Menschen im *anderen deutschen Staat* ... zu alledem hat sicher auch die *Friedensdiskussion* der vergangenen Jahre beigetragen ...“

Dr. Waigel (CDU/CSU):

„... Es gibt nur eine einheitliche *deutsche Staatsangehörigkeit*, die zugleich Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland ist. Sie schließt die Anerkennung einer eigenen DDR-Staatsangehörigkeit aus, auch deren Respektierung, wie dies neuerdings verharmlosend genannt wird. Und die *Ständigen Vertretungen* in Bonn und Ost-Berlin können nicht zu Botschaften aufgewertet werden ... Die Elbgrünze ... kann nicht nach den Vorstellungen der DDR statusrechtlich neu geregelt werden ... Wir halten daran fest, daß *zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR keine völkerrechtlichen Beziehungen* bestehen können wie zwischen Staaten, die füreinander Ausland sind ... Die *nationale Schutz- und Sorgspflicht der Bundesrepublik Deutschland* umfaßt auch die Deutschen in der DDR, umfaßt auch die 1,2 Millionen Deutschen in den Gebieten östlich von Oder und Neiße und umfaßt auch die 3 Millionen Menschen deutscher Volkszugehörigkeit, die in anderen Ländern des Warschauer Paktes leben“.

D. Schneider (GRÜNE):

„... Eigentlich ist Bundesrepublik ja nur ein provisorischer Staat mit einer provisorischen Hauptstadt und einem von den Siegermächten unterschriebenen Grundge-

setz mit der Bestimmung, sich eines Tages auf die DDR auszudehnen ... bestimmen die Auffassungen, die damals in der Nachkriegszeit geprägt wurden, immer noch die offizielle Deutschlandpolitik ... Ich halte aber auch die völkerrechtliche Anerkennung der DDR für einen möglichen deutschen Beitrag zum Frieden“.

Dr. Schmude (SPD):

„... Falsche Erwartungen wollen wir bei diesem Thema von vornherein ausschließen. Deshalb stellen wir Sozialdemokraten klar ... daß mit einer Umwandlung der *Ständigen Vertretungen* beider Staaten in Botschaften nicht zu rechnen ist. Beide Staaten sind füreinander nicht Ausland ... Weil beide Staaten füreinander nicht Ausland sind, steht auch bei der Staatsangehörigkeit eine rechtliche Änderung nicht an ... Ein Deutscher aus der DDR, der zu uns kommt und auf Dauer hier leben will, ist für uns kein Fremder“.

H. Hupka (CDU/CSU):

„... Gemeinsam gehen wir davon aus, daß entsprechend dem Wort aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 ‚das Deutsche Reich fortexistiert‘. Es ist *Deutschland in den Grenzen des 31. Dezember 1937* ... So wie das tausendjährige Reich, von Hitler verkündet, eine unverantwortliche Torheit war, ist der ewige Hitler, an dem alles und jedes gemessen wird, nicht minder eine Torheit. Wir sollten endlich aus dem Schatten Hitlers heraustreten, wie es zu Recht unser Fraktionsvorsitzender Dr. Alfred Dregger wiederholt gefordert hat“.

Quellenhinweis: Deutscher Bundestag, Protokoll, 15.3.84, (Hervorhebungen im Original, d. Verf.)

Die Politik der Bundesregierung mobilisiert und stützt die Faschisten und ihr Terrorpotential

Auffällig ist, daß die Bundesregierung und die Regierungsparteien das weitere Treiben der Neonazis nicht verhindern und Aktivitäten von Faschisten stützen. Nach dem Verbot der Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA) Ende letzten Jahres durch das Bundesinnenministerium konnte diese Neonazi-Bande in der ganzen Bundesrepublik weiter Versammlungen durchführen und ihre Hetze betreiben. Die Neonazis gründeten eine „Traditionsgemeinschaft ehemaliger ANS/NA-Angehöriger“ und bauten Leserkreise ihrer mit dem geänderten Namen „Neue Front“ versehene Zeitschrift in verschiedenen Städten auf. In Würzburg gründeten sie den „Unabhängigen Wählerkreis Würzburg“ und versuchten, zu den Kommunalwahlen zu kandidieren. Der Kandidat war identisch mit dem ehemaligen Kandidaten der verbotenen „Aktion Ausländerrückführung“.

In München verletzten Neonazis mit einer Schreckschußwaffe einen Bundestagsnachrücker der GRÜNEN, der auf einer Veranstaltung sprach. In Brackwede bei Bielefeld ließ die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung L. Funcke zu, daß der Neonazi-Führer Kühnen auf einer Versammlung der Kirche sprechen und seine rassistischen Hetzreden gegen ausländische Arbeiter halten konnte.

Die Bundesregierung rehabilitierte im letzten Jahr die Nachfolgeorganisation der verbrecherischen Waffen-SS, die „Hilfsorganisation auf Gegenseitigkeit“ (HIAG), und gab bekannt, daß sie die SS-HIAG nicht mehr als „rechtsradikal“ einstuft.

Einen Angehörigen der SS-HIAG, CDU-Mitglied und Abgeordneter im Stadtrat von Münden (Niedersachsen), schlägt die CDU jetzt provokativ als Beisitzer im Göttinger Prüfungsausschuß für Kriegsdienstverweigerer vor. Der Vorgeschlagene ist Lehrer am Mündener Gymnasium und hatte 1978 an Schüler Fotokopien von Nazi-Broschüren verteilt. Die Landesregierung hatte das damals erfolgte Disziplinarverfahren niedergeschlagen.

In faschistischen Verlagen der Bundesrepublik erscheinen Zeitungen und Bücher, in denen der Nazi-Terror und der Völkermord an jüdischen Menschen geleugnet oder bagatellisiert wird. Die Regierung lehnte einen Gesetzentwurf ab, durch den das Leugnen und Verharmlosen des Massenmordes an Juden durch das Nazi-Regime von Amts wegen verfolgt werden

muß. Der Parlamentarische Staatssekretär im Justizministerium erklärte: Das Gesetz sei einseitig gegen rechts und nicht gleichzeitig gegen links gerichtet. Strauß sah die „Meinungsfreiheit“ gefährdet. Bundeskanzler Kohl unterstrich die Unterstützung der Faschisten, als er auf der letzten Frankfurter Buchmesse an einem der Faschisten-Verlage, dem Türmer-Verlag, sich die Bücher ansah, u.a. eins zur Freilassungsforderung für den Kriegsverbre-

monstration offen auf. Erinnert sei auch an die gemeinsame Mobilisierung, als die „Konservative Aktion“ am 17. Juni letzten Jahres versuchte, im Westberliner Stadtviertel Kreuzberg mittels eines Aufmarsches eine Pogromhetze zu entfachen, was antifaschistische Kräfte verhindern konnten. Bundespräsident Carstens hat die „Konservative Jugend“, den Jugendverband der „Konservativen Aktion“, auf seine Reise mit in die USA genom-

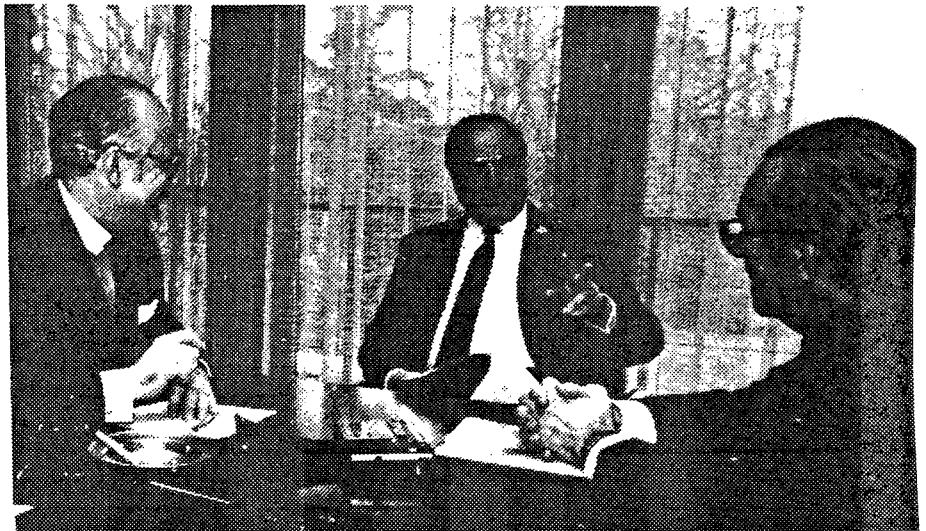


Bild aus dem „Deutschland-Magazin“. Originalunterschrift: „Gespräch über Deutschland“. Von links nach rechts: H. Klein, CSU-MdB, Kohl, Ziesel.

cher Hess. Kohl macht sich stark für die Freilassung.

In Fallingb. lehnte die CDU eine gemeinsame Erklärung mit dem DGB gegen den Bundesparteitag der NPD in Fallingb. letzten Oktober ab. Sie wollte die richtige Feststellung in der Erklärung gestrichen sehen, die NPD sei „neonazistisch und antidemokratisch, schürt Haß auf ausländische Arbeitnehmer“.

Auf seiner Israel-Reise nahm Bundeskanzler Kohl den Altfaschisten Ziesel, Geschäftsführer der Deutschlandstiftung, die von Alt- und Neonazis durchsetzt ist, mit. Gegen die Kritik von Bundestagsabgeordneten der GRÜNEN deckte Kohl seine Aufwertung der Faschisten: „Über das, was Sie hier vortragen, ist die Geschichte in Wahrheit längst hinweggegangen.“

Gemeinsame Mobilisierungen von CDU/CSU und Faschisten haben stattgefunden. Erinnert sei an den Breschnew-Besuch 1982. Die CDU/CSU mobilisierte zu einer Gegendemonstration nach Bonn. Die NPD und Neonazi-Organisationen unterstützten das und traten in der CDU/CSU-De-

men und dafür gesorgt, daß die Vertreter vom US-Vizepräsidenten Bush empfangen wurden.

Das, was als einzelne, voneinander unabhängige Vorkommnisse erscheinen mag, mit kleinerem oder auch größerem Gewicht, ist die notwendige Folge und Auswirkung einer planmäßigen Politik. Warum duldet die Regierung nicht nur, sondern fördert die Faschisten und Neonazis bis hin zu gemeinsamen Tätigkeiten? Die Politik der Regierung zielt auf die Herstellung einer Volksgemeinschaft. Die Volksgemeinschaft bedeutet die weitgehende Unterdrückung der Interessen der Arbeiterklasse zugunsten des kapitalistischen Gesamtinteresses, des Interesses an sehr viel besseren Bedingungen für die Profitaufhäufung und der Vorbereitung der imperialistischen militärischen Aggression. Gleiche Interessen bestehen zwischen Regierung und Faschisten nach innen gegen die Arbeiterklasse bis hin zur Zerschlagung der Arbeiterbewegung und nach außen in der Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion. Gemeinsame Anschauungen über die Volksgemeinschaft beste-

NPD-Verbot: rechtsstaatlich begründet, nützt es nichts

In der Diskussion um die Forderung nach einem Verbot der NPD und aller faschistischen Organisationen gibt es unter den antifaschistischen und revolutionären Organisationen verschiedene Auffassungen. Hauptsächlich wird eingewandt, daß, soweit solche Verbote tatsächlich ausgesprochen werden müssen wie gegen die ANS/NA, dies keine entschiedene Verfolgung der Faschisten und Einschränkung ihrer Betätigung zur Folge hatte, solche Verbote also nichts nützen und eher dazu führen, Gründe für Verbote linker und revolutionärer Organisationen auszubrüten. Durch die politische Praxis in der BRD werden solche Einwände bestätigt.

Dem ersten Parteienverbot des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG), Verbot der SRP 1952, folgte unmittelbar der Antrag der Bundesregierung auf Verbot der KPD. Die führenden Funktionäre der SRP finden sich kurz darauf in der Spitze der Deutschen Reichspartei wieder. Nach Aufhebung des Lizenzierungszwanges kann die DRP ihr Programm offen an den Zielen der NSDAP orientieren. Dagegen werden Mitglieder der KPD noch vor dem Verbot durch das BVerfG mit hohen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen eingesperrt. Wie weit der legale Rahmen für Verbreitung rassistischer Forderungen, für Zerschlagung der Gewerkschaften und Völkermord inzwischen ist, zeigt auch eine Antwort aus dem Innenministerium auf einen Protest ge-

gen HIAG-Aufmärsche (SS-Traditionsverbände): „Im übrigen verbürgt das Grundgesetz allen Deutschen, auch den Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS, die Grundrechte der Versammlungsfreiheit (Art. 8) und der Vereinigungsfreiheit (Art. 9).“

Solche Stellungnahmen der Regierung stehen im Widerspruch zur geltenden Rechtslage (siehe Dokumente), und man braucht sie auch nicht einfach hinzunehmen.

In der Diskussion über den Nutzen einer Verbots-Kampagne gegen die NPD muß aber auch die Frage berücksichtigt werden: Warum legen die faschistischen Organisationen und ihre Presse ein derartiges Gewicht auf die Forderung nach Aufhebung des NSDAP-Verbotes, wenn sie doch soviel rechtsstaatlichen Schutz genießen? Die ANS/NA hat dies zu einer ihrer Hauptziele erklärt. Während des Bundestagswahlkampfes 1964 wurden Vertreter der NPD-Spitze vom Oberbürgermeister in Coburg (FDP) im Rathaus empfangen. Der ehemalige NPD-Vorsitzende Winter schreibt dazu: „Diese amtliche Stelle war für uns sehr wichtig, wir waren damit sozusagen demokratisch salonfähig geworden, in einer Zeit, in der alles über uns ‚Rechtsradikale‘ herfiel.“

Außerdem müßte eine Diskussion um Nutzen und *Begründung* von Verboten faschistischer Organisationen berücksichtigen, daß in allen bisherigen Verboten stets der „Angriff auf die Verfassung“ und die „fdGO“ maßgeblich waren. Dieser von der

westdeutschen Bourgeoisie von Anfang an praktizierte Schachzug dient klar dem Kampf gegen „Extremismus“ überhaupt, in der Praxis halt bekanntlich gegen links.

Mit folgenden Dokumenten-Auszügen soll ein Beitrag dazu geleistet werden, die Diskussion um Verbot der NPD auszuweiten, Begründungen heranzuziehen, die aufzunehmen sich BVerfG und Innenministerium gerade beharrlich weigern. Ein Verbot der Ziele – Rechtfertigung von Kriegsgriinden, Aufruf zum Völkermord und Mord an Kommunisten und Ausländern – würde direkt dazu führen, daß das Konstrukt „fdGO“ in der Verfassung zur Unterdrückung von Klassenkämpfen stumpf und der Angriff auf die Politik der regierenden Reaktion erleichtert würde. Diesen Zusammenhang sollten wir doch aber suchen und populär machen.

Das Urteil von Nürnberg 1946: „Diese Anklage legt den Angeklagten Verbrechen gegen den Frieden zur Last, die durch Planen, Vorbereitung, Einleitung oder Durchführung von Angriffskriegen, die zugleich auch Kriege unter Verletzung internationaler Verträge, Vereinbarungen und Zusicherungen waren, begangen wurden; ferner Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit ... Der Gerichtshof ist ferner von der Anklagebehörde ersucht worden, alle erwähnten Gruppen oder Organisationen im Sinne des Statuts für verbrecherisch zu erklären.“

Diese waren: Die Reichsregierung, das Korps der Politischen Leiter der NSDAP, die Schutzstaffeln der NSDAP (SS) einschließlich des Sicherheitsdienstes (SD), die geheime Staatspolizei (Gestapo), die Sturmabteilungen der NSDAP (SA) und der Generalstab und das Oberkommando der

hen darin, daß die Volksgemeinschaft keine „Sonderinteressen“ der Arbeiterklasse dulden könne, daß das Ziel ein großes und starkes Deutschland sei, daß die „Volkselite“ über das gemeine Volk herrschen müsse. Eine Volksgemeinschaft zu erzwingen, dafür benötigt die Regierung die Mobilisierung des terroristischen Potentials der Faschisten gegen die Arbeiterklasse.

Die Gemeinschaft in den Interessen und den Anschauungen drückt sich darin aus, daß CDU/CSU-Politiker und Faschisten gemeinsame Institute, Einrichtungen und Verbindungsstellen aufgebaut haben. Hier brüten sie gemeinsam Überlegungen aus zum Einwirken auf das Personal in wichtigen gesellschaftlichen Bereichen, u.a. Bundeswehr, Hochschule, Kirchen, Schulen, Publizistik. Diese Zusammenarbeit wird deutlich an der engen personellen Verflechtung zwischen CDU/CSU und Kreisen, die offen einen „autoritären“ Staat fordern, nationali-

stisch-völkischen Gruppierungen, faschistischen und neonazistischen Organisationen. So war Wissebach, bis 1980 CDU-Mitglied der Bundestages, der „Schriftleiter“ der SS-HIAG-Bandszeitung. Wissebach ist im letzten Jahr verstorben. Verteidigungsminister Wörner war 1975 Referent auf einer Veranstaltung der SS-HIAG, Thema: „Wie sicher ist die Bundeswehr?“

Das CSU-Mitglied Bossle, Professor in Würzburg, unterhält das „Institut für Demokratieforschung“. Hier beraten CDU/CSU-Politiker mit Faschisten, die auch aus dem Ausland kommen, über „Prozeß- und Strukturbedingungen der parlamentarischen Demokratie“. CSU-Europaparlamentarier Otto von Habsburg gehört zu dem Kreis, von ihm gehen die Verbindungen zum „Europäischen Dokumentations- und Informationszentrum“ in Madrid, von wo aus die Kontakte zu spanischen, portugiesischen, griechischen, italienischen Faschisten organi-

siert werden. Habsburg ist Ehrenpräsident dieses Zentrums, er ist auch Präsident der Paneuropa-Union.

In dem „Hilfskomitee Südliches Afrika“ arbeiten CDU/CSU-Politiker mit den NPD-Faschisten offen zusammen. CSU-Huyn, zuständig in der Bundestagsfraktion für Außenpolitik und Aufrüstung, ist dabei. Kontakte von dem Institut gehen zum faschistischen Hochschulring Tübinger Studenten. Dieser Tübinger Hochschulring wurde von der Wehrsportgruppe Hoffmann mehrfach als Kontaktmöglichkeit angegeben. G. Köhler, beteiligt an dem Attentat auf dem Münchner Oktoberfest 1980, traf mehrmals mit dem Vorstandsmitglied Heinzmann zusammen.

Wichtige Verbindungsstellen im Bereich der Publizistik sind die Zeitschriften „Deutschland-Magazin“ der Deutschland-Stiftung von Ziesel und die Zeitschrift „criticon“, deren Herausgeber von Schrenck-Notzing Groß-

Deutschen Wehrmacht.

Die Angeklagten sind auf Grund von Art. 6 des Statuts des internationalen Gerichtshofes angeklagt:

„b) Kriegsverbrecher: nämlich Verletzungen des Kriegsrechts und der Kriegsbräuche. Solche Verletzungen umfassen, ohne jedoch darauf beschränkt zu sein, Ermordung, Mißhandlung oder Verschleppung zur Zwangsarbeit ... der Zivilbevölkerung, Ermordung oder Mißhandlung von Kriegsgefangenen ... Raub öffentlichen oder privaten Eigentums ...

c) Verbrechen gegen die Menschlichkeit: nämlich Ermordung, Ausrottung, Versklavung, Verschleppung oder andere an der Zivilbevölkerung vor Beginn oder während des Krieges begangene unmenschliche Handlungen; oder Verfolgung aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen ... unabhängig davon, ob die Handlung gegen das Recht des Landes, in dem sie be-

gangen wurde, verstieß oder nicht ...“

Artikel 10 des Statuts lautet: „Ist eine Gruppe oder Organisation vom Gerichtshof als verbrecherisch erklärt worden, so hat die zuständige nationale Behörde jedes Signatars das Recht, Personen wegen ihrer Zugehörigkeit vor nationalen, Militär- oder Okkupationsgerichten den Prozeß zu machen. In diesem Fall gilt der verbrecherische Charakter der Gruppe oder Organisation als bewiesen und kann nicht bestritten werden.“

Mit Ausnahme der SA wurden alle Organisationen als verbrecherisch im Sinne des Statuts bezeichnet. Generalstab und Oberkommando konnten nicht als „Gruppe“ gelten.

Grundlage für den Auftrag des Internationalen Gerichtshofes war das *Potsdamer Abkommen*. Das Gesetz Nr. 2 des Kontrollrates verlangt die Auflösung und Liquidierung der Naziorganisationen und verbietet

Neugründungen unter anderen Namen.

Bestandteil des Generalvertrages zwischen den westlichen Alliierten und der BRD über die Aufhebung des Besatzungsrechts ist die Festlegung, daß vom *Kontrollrat* erlassene Rechtsvorschriften weder aufgehoben noch geändert werden dürfen.

Art. 139, *Grundgesetz*: „Die zur ‚Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus‘ erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen des Grundgesetzes nicht berührt.“

Urteil des BVerfG vom 27.9.1951, (BVerfGE 1,5ff): „Leitsatz: Entscheidungen, die aufgrund der Rechtsvorschriften zur Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus ergehen, können mit der Verfassungsbeschwerde nicht angefochten werden ... Sie unterliegen somit nicht der Nachprüfbarkeit des Bundesverfassungsgerichtes auf ihre Verfassungsmäßigkeit. Der Verfassungsrechtsweg ist für Eingriffe auf Grund dieser Gesetze daher ausgeschlossen ...“

Stellungnahme der Bundesregierung an die UN 1970: „6. Das ausdrückliche Verbot von nazistischen Organisationen und die Tatsache, daß man nazistischen Tendenzen vorbeugt, folgern gleichermaßen aus dem Grundgesetz und zwar in der Richtung, daß die von den alliierten und deutschen Behörden zur Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus in Kraft gesetzte Gesetzgebung auch weiterhin in Kraft ist.“

Quellenhinweis: Das Urteil von Nürnberg 1946, dtv Dokumente, München 1979; Reinhard Kühnl, *Die NPD, Struktur, Programm und Ideologie einer neofaschistischen Partei*, Berlin 1967; *Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart*, Bd. IV; *Waffen-SS in der Bundesrepublik, Eine Dokumentation der VVN*, Ffm 1978



Bild: Demonstration Pfingsten 1983 in Bad Hersfeld gegen den Aufmarsch der „SS-Leibstandarte Adolf Hitler“. Aus Bad Hersfeld vertrieben, wollen dieselben Verbände in Bad Harzburg vom 18. – 20.5.84 aufmarschieren. Der Protest hat den Stadtrat zu einem Veranstaltungsverbot veranlaßt.

aktionär bei WMF ist. Er gehört zum internationalen Redaktionskomitee von „La Destra“, einer Zeitung, die zur italienischen Faschistenpartei MSI gehört. Die Faschisten von „criticon“ unterstützen insbesondere die „nationalen Revolutionäre“.

Die personelle Verflechtung (1) gibt Hinweise darauf, daß auf Grundlage gemeinsamer Interessen und Anschauungen gemeinsame Tätigkeiten in praktischen Fragen der Politik stattfinden. Festzustellen ist eine gezielte Einwirkung der Regierung auf die faschistischen Kräfte. Der Übergang bei der Ausländerpolitik von Zimmermanns Ausbau der besonderen Unterdrückung der ausländischen Arbeiter über die Professoren des „Heidelberger Manifestes“ und ihre rassistische Hetze gegen eine „Überfremdung des deutschen Volkes“ zu den Morden der Neonazi-Banden an ausländischen Arbeitern und Asylanten ist fließend. Die Regierungspolitik mobilisiert die Fa-

schisten, erkennbar ist das Interesse, daß die Faschisten tätig werden, da das der Regierungspolitik nutzt.

Die Regierung drängt auf die Änderung des deutschen Geschichtsbildes. Ihr geht es um die Rehabilitierung des faschistischen Expansionskrieges und seiner Ziele. Die Erkenntnis der Verbrechen der deutschen Imperialisten und ihrer Naziführung steht einer umfassenden imperialistischen Mobilisierung für dieselben Kriegsziele entgegen. Bundeskanzler Kohl wiederholt beständig in diesem Zusammenhang, daß „eine neue Generation herangewachsen ist“. Die „neue Generation“ habe also mit den Verbrechen der deutschen Imperialisten nichts mehr zu tun. Aber an die „deutsche Geschichte“ und die Expansionsziele der deutschen Imperialisten soll die „neue Generation“ gebunden bleiben. Kohl äußerte beim Besuch des israelischen Parlamentes zu Abgeordneten: „... man kann sich nicht lossagen, man trägt das

Blut der Familie, die Erbanlage. Alles das fließt auch in eine spätere Generation ein. Und deswegen ist es klar, daß man sich hier der Geschichte stellt.“ Das Blut der deutschen Familie soll die Geschichte bestimmen, gerade die zukünftige. Die Erbanlage verpflichtet: Auf ein Neues! Die Richtung des Marsches soll dieselbe sein.

Deswegen rehabilitierte die Bundesregierung die SS-HIAG, die Nachfolgeorganisation der Waffen-SS, und damit auch die Verbrechen, mit denen diese Organisation Millionen Menschen in ganz Europa umbrachte. Zur Waffen-SS gehörten ausdrücklich auch die SS-Wachverbände der KZ. Prompt forderte der „Verband deutscher Soldaten“ (30 000 Mitglieder, die SS-HIAG gehört dazu) in einem Brief an Minister Wörner: Fortan habe die „Verurteilung und Diffamierung der ehemaligen Waffen-SS zu unterbleiben“, damit die „ewigen Werte deutschen Soldatentums“ bewahrt und

fortgeschrieben werden könnten. Wörner schreibt gerade an einem neuen Traditionserlaß, in dem die „vorbildlichen soldatischen Leistungen“ aus der Zeit 1933–45 hervorgehoben werden sollen. Und der ehemalige Adjutant Hitlers, der SS-Obersturmbannführer Schulze-Krossens, machte 1983 auf einem Treffen der SS-HIAG klar, wohin der Marsch der deutschen Blut-Geschichte gehen soll: „Wir waren einst Bollwerk gegen einen Gegner, gegen den heute die NATO steht.“

Zusammen mit Faschisten haben der CDU nahestehende Professoren, wie Prof. Arndt, Heidelberg, im letzten Dezember einen „Deutschlandrat“ gebildet, der in einer Erklärung fordert, daß „wir Deutsche ... uns wieder auf die Grundsätze nationaler Politik besinnen: ... Dazu gehört auch die Entkriminalisierung unserer Geschichte.“ Für eine solche „Entkriminalisierung“ haben die Neonazis ihre „Auschwitzlüge“ verbreitet. In dem Faschistenblatt „criticon“, aber auch in der FAZ verbreitet der Funktionär der Sudeten-deutschen Landsmannschaft A. Schickel seine Hetze gegen „Zahlenfiktionen“, mit denen die Verbrechen der deutschen Imperialisten begründet worden seien.

Die Errichtung eines „freien Deutschland in einem freien Europa“,



Antifaschisten trieben am 16.2. in Brackwede Neonazi Kühnen auf die Toilette (Bild). Polizei holte ihn dort raus. Kühnen hatte mit Duldung von L. Funcke, der Ausländerbeauftragten der Regierung, rassistische Hetzreden gehalten.

das die CDU/CSU fordert, die Neonazis sprechen von „Großdeutschland in einem freien Europa“, hat als eine Voraussetzung das Umlügen der Geschichte des deutschen Imperialismus.

Eine andere Voraussetzung ist eine „starke Wirtschaft“. Die Gewerkschaften stehen im Weg. Minister Lambsdorff bereitet staatliche Unterdrückungsmaßnahmen vor, indem er die IG Druck zur „kommunistischen Kaderorganisation“ erklärt. Auf der Handwerksmesse in München denunzierte er die Gewerkschaften: Sie hät-

ten den Knochen „Verhinderung der Stationierung“ abgenagt, jetzt hätten sie den Knochen der 35-Stunden-Woche aufgenommen. Das Ganze sei ein Angriff auf die Regierung. Der Hund nagt den Knochen. Muß er nicht verjagt werden? Die Gewerkschaftsführung mache aus Eigeninteresse der Funktionäre die Wirtschaft kaputt und nehme im Endeffekt den Arbeitern die Arbeitsplätze weg. Diese Sorte Propaganda der Regierung ist doch direkt eine Aufforderung an die Nazi-Banden, die eine entsprechende Propaganda be-

Universität Kiel: NS-Mediziner sollte geehrt werden

Daß rassistisches Gedankengut „wissenschaftlich“ aufpoliert den Beifall der Reaktion findet, ist spätestens seit der Veröffentlichung des „Heidelberger Manifests“ kein Geheimnis mehr. Vor gut einem Jahr sollte der Erstunterzeichner Prof. Schmidt-Kahler aus Bochum an der Kieler Universität einen Vortrag halten, was von fortschrittlichen Studenten verhindert wurde. Zwei vom Präsidium eingeleitete Ordnungsverfahren sind bis heute nicht entschieden.

Das Präsidium der Universität wollte sich nun offenbar nicht auf die Förderung rassistischer Ideologen der Gegenwart beschränken. Am 28. 2.84 sollte im Senat die Einrichtung einer Stiftung beschlossen werden – benannt nach Prof. Catel. Dieser war 1939–45 Chef-Gutachter des NS-Regimes für Kindereuthanasie und für den Mord an 5000 behinderten Kindern verantwortlich. Ab 1943 reichte für die Tötung als „Krankheitsangabe“, daß es sich um „Zigeuner-, Juden- oder Mischlingskinder“ handelte. 1947 als „Entlasteter“ entnazifiziert, wurde Catel 1954 bis 1960 Di-

rektor der Kieler Uni-Kinderklinik, bis er aufgrund öffentlichen Drucks in den gutbezahlten Ruhestand trat. 1962 erschien sein Buch „Grenzsituation des Lebens. Beitrag zum Problem der begrenzten Euthanasie“. Unter Berufung auf die angebliche Anlagebedingtheit „asozialen“ Verhaltens (Mord, Landstreicherei, Bettelei) und dem Hinweis auf die „humane Erlösung idiotischer Kinder als seelenloser Wesen“ lag Catel die Legalisierung der Euthanasie in der BRD am Herzen.

Er starb 1981, nachdem er „in vielfältiger Weise zum Wohle kranker Kinder beigetragen“ hatte, wie es in der Todesanzeige des Präsidiums und des Senats der Universität am 1.5.81 hieß. Zahlreiche Proteste veranlaßten Präsident Griesser – selbst Prof. der Medizin – zu einer Distanzierung von diesem Text. Catel hinterließ eine hübsche Geldsumme, die er testamentarisch für eine Stiftung seines Namens verwandt wissen wollte. Der auf Distanz bedachte Präsident Griesser stand bereits als Vorsitzender des Stiftungsrates fest, die Absegnung durch den Senat schien nur noch Formsache. Eine Woche vor

der Sitzung enthüllte der AStA diese Pläne und dokumentierte mit zahlreichem Material die faschistische Vergangenheit Catels und seine Rolle als Wissenschaftler im Rechtsstaat BRD. Die mobilisierte Presse reagierte bundesweit, auch das polnische Fernsehen berichtete über diesen Skandal. Letzteres war für die Kieler Uni-Spitze besonders peinlich, da laufende Patenschaftsverhandlungen mit einer polnischen Universität von polnischer Seite prompt auf Eis gelegt wurden.

Angeichts der unerwünschten Veröffentlichungen schaltete das Präsidium für seine Verhältnisse ungewöhnlich schnell. Es zog den Stiftungsplan zurück und drehte auf der Senatssitzung am 28.2. den Spieß um: Die Enthüllungen des AStA bedeuteten Bruch der Schweigepflicht und hätten dem öffentlichen Ansehen der Universität geschadet. Nach wie vor wird beraten, ob die studentischen Mitglieder aus dem Senat ausgeschlossen werden.

Der Stolz des Präsidiums (und der professoralen Mehrheit im Senat) auf faschistische Wissenschaftler ist ungebrochen – nur bekannt darf es nicht werden. Der Schreck der Publizität war nicht nur dem ehemaligen Vize-Präsidenten Becker in die Glieder ge-

treiben, demnächst gegen Streikposten vorzugehen.

Ergeben die angeführten Hinweise, wenn sie auch nur kurz begründet sind, nicht zumindest eines: daß die faschistische Gefahr *nicht* herrührt von einer „dumpfen Masse“ von Unzufriedenen, die sich zusammenrotten, nicht aus dem angeblich in jedem vorhandenen „Hitler in uns“ und nicht aus einem „links schaukelt rechts hoch“. Die Politik der Regierung richtet sich darauf, eine Volksgemeinschaft herauszubilden. Die Gefahr einer Stärkung faschistischer und neonazistischer Gruppen rührt daher, daß die Politik dieser Regierung die vorhandenen faschistischen Kräfte, deren Organisationsstruktur und deren Presse niemals in der Geschichte der Bundesrepublik durch die staatstragenden Kräfte angegriffen und beseitigt worden sind, mobilisiert und stützt. Für die angestrebte Isolierung und Unterdrückung der Arbeiterklasse ist die Mobilisierung der Faschisten und ihres Terrors der Reaktion eingeplant.

(1) siehe: Wer mit wem? Braunzonen zwischen CDU/CSU und Neonazis. Ein Nachschlagewerk für Antifaschisten. bunt-buch-verlag, Hamburg 1981. In dem Buch sind die Verbindungen im Einzelnen belegt. Weiterer Quellenhinweis: Bundestagsprotokoll 10/53; R. Saage, Rückkehr zum starken Staat ed. suhrkamp 1133; „Zimmermann: „Mein Kampf gegen den Neonazismus ...““, Broschüre der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, Hrsg. Kreisgruppe Altona und Elmshorn; Deutsche Volkszeitung/die tat, Nov. 83 bis März 84; Material der VVN zur SS-HAG; Marxistische Blätter 1/83; Nachrichten des BWK, Heft 08, 10.3.84 – (gba, dub, pch, rül)

fahren. Er gab einem Pressevertreter gegenüber der Befürchtung Ausdruck, daß die AStA-Veröffentlichungen suggerieren, die Professoren vertauschten abends ihren schwarzen Anzug gegen das Braunhemd, um das Horst-Wessel-Lied zu schmettern. Wer weiß ??

Dieser Vorgang ist umso bezeichnender, als der Senat vor gut einem Jahr einen studentischen Antrag auf Einrichtung einer anderen Stiftung ablehnte. Sie sollte den Namen des 1933 von den Nazis gefeuerten Prof. Schücking (liberaler Jurist) tragen und die Erforschung der NS-Vergangenheit der Kieler Universität bezwecken. Das Präsidium verwies auf „politische Einseitigkeit“, da dann auch die „Bedrohung“ des Lehrbetriebs Ende der 60er Jahre durch „radikale Studenten“ erforscht werden müßte.

Für den AStA ist die Sache erfreulicherweise nicht erledigt: Zu Beginn des Sommersemesters 1984 wird eine Ausstellung zur Rolle der Hochschulen im Faschismus mit zahlreichen Begleitveranstaltungen organisiert, die schwerpunktmäßig die „Grenzuniversität Kiel“ unter die Lupe nehmen sollen.

Quellenhinweis: AStA-Infos vom 20. und 23.2.1984 mit weiterem Material

Die „Deutschland-Stiftung“: Reaktionäre Verbindungsstelle von CDU/CSU zu Faschisten

„Wir haben lange genug erleben müssen, wie die Begriffe Vaterland und Patriotismus ... als reaktionär ... verteuft wurden ... Deutschland braucht eine Gesellschaftspolitik, die wieder der Achtung vor dem Leben und der Bejahung der Ehe und Familie dient ... 1981 gab es in der Bundesrepublik Deutschland mehr als 70000 „legale“ Abtreibungen ... Für diesen Massenmord an ungeborenen Kindern gibt es hierzulande keine Strafe mehr ... Deutschland braucht im Interesse der gewaltsam von uns getrennten Landsleute einen Neubeginn auf dem Felde der Deutschlandpolitik ... muß den Deutschen jenseits von Mauer und Stacheldraht signalisiert werden, daß Bonn sich wieder als Sachwalter ihrer Interessen ... versteht. Gleiches gilt für jene Deutschen, die noch heute jenseits der Oder-Neiße-Linie leben ... (DGB-Funktionäre) betreiben, gewollt oder ungewollt, das Geschäft Moskaus ... Deutschland braucht wieder ein von sozialer Verantwortung bestimmtes Gemeinschaftsbewußtsein, das dem Egoismus Schranken setzt ... Die eigentlichen Propagandisten der Elitenbogengesellschaft sind jene Gewerkschaftsfunktionäre ..., deren Maßlosigkeit uns in die gegenwärtige Krise gestürzt hat.“

Leitsätze für eine großdeutsche, christlich-reaktionäre bis faschistische Mobilisierung, im November 1982 im „Deutschland-magazin“ veröffentlicht. Die „Deutschland-Stiftung“, die das Magazin herausgibt, ist von Alt- und Neufaschisten durchsetzt. Unter den Stiftungen, Vereinen und Verlagen, über die von Bourgeoisreisen aus in faschistische Organisationen hinein gewirkt und gelenkt wird, nimmt die Stiftung eine Schlüsselstellung ein. Verholfen hat ihr dazu u.a. Kurt Ziesel, 1966 mit Konrad Adenauer einer der Gründer der Stiftung und inzwischen geschäftsführendes Vorstandsmitglied. Von Ziesel ist bekannt, daß er 1931 der NSDAP beitrug und bis 1945 in über 50 meist nationalsozialistischen Blättern tätig war, daß er in Österreich einen 74 ha großen „Erbhof“ besaß, dort polnische Kriegsgefangene zwangsarbeiten ließ, daß er die Einweisung seiner Köchin in ein KZ betrieb. Weiter, daß er nach 1945 in dem „Deutschen Studenten-Anzeiger“ (NPD) publizierte und in Blättern des „Witiko-bund“, der „Aktion Widerstand“ usw. regelmäßig gelobt wird.

Neben Ziesel gehören der Deutschland-Stiftung heute u.a. an: Helmut Lemke, früher u.a. CDU-Ministerpräsident in Schleswig-Holstein, Dr. Max Adenauer, Sohn Konrad Adenauers und früher CDU-Oberstadtdirektor in Köln, der frühere bayerische Wirtschaftsminister Dr. Otto Schnedl (CSU), Walter Wallmann

(CDU), Hans Klein (CSU-MdB), General a. D. W. Schall, früher CDU-Generalsekretär von Baden-Württemberg, heute CDU-Abgeordneter im Europäischen Parlament, dem er 1983 ein „Basisdokument“ für eine „europäische Sicherheitspolitik“ vorlegte, Gerhard Löwenthal vom ZDF-Magazin u.a. Regelmäßige Autoren sind zudem der rechtsradikale General a.D. Heinz Karst, Hans Georg von Studnitz, Paul C. Martin, G. Manousakis (Attaché der griechischen Militärjunta in Bonn in den Jahren 1967 bis 1973).

Heute ist das „Deutschland-Magazin“ zu einer Art inoffiziellen Zentralorgan für CDU/CSU-Funktionäre, aber auch offen faschistische Kreise in Militär, Presse, Schule, Hochschule und den christlichen Kirchen geworden und liefert dieser reaktionären Meute beständige ideologische Anfeuerung und Rückendeckung. Aktionen wie „ein SOS-Kinderdorf in Namibia“ (mit entsprechender Propaganda für die „deutschen Kolonisatoren“), der Aufbau des „Verbrechensopfer-Hilfsvereins Weißer Ring“ (Mitglieder u.a.: ZDF-Zimmermann und Ex-GSG-9-Chef Wegener) oder die „Bewegung für das Leben e.V.“ (für drastische Verschärfung des Abtreibungsstrafparagraphen 218) werden hier erstmals größeren Kreisen im Lager der Union und der Faschisten bekannt gemacht und propagiert. Inzwischen erscheint keine Ausgabe des Deutschland-Magazins, in der nicht wenigstens ein Minister aus dem Kabinett Kohl Artikel veröffentlicht oder sich interviewen läßt. Ein besonders inniges Verhältnis verbindet Ziesel mit Karl Carstens. Seit 1980 hat Ziesel Carstens auf fast jeder seiner Auslandsreisen begleitet, lange vor seiner Mitreise in der Kanzlermaschine Kohls nach Israel.

Zu den (wegen ihrer Anzeigen) öffentlich bekannten Förderern der Stiftung und der von ihr betriebenen Propaganda gehören insbesondere Rüstungsbetriebe: Rheinmetall, Mauser, Heckler & Koch, Diehl, aber auch Daimler-Benz, die südafrikanische Botschaft, der rechtsradikale Sinus-Verlag, der Herder-Verlag, IG-Farben-Nachfolger Hoechst, Wüstenrot, Axel Springer Verlag, Karstadt, „Verein für das Deutschtum im Ausland“ (VDA).

Gut möglich, daß z.B. der Plan für den Aufbau der „Republikaner“ in diesen Kreisen ausgeheckt wurde. Schönhubers Buch „Ich war dabei“ zählt schon lange zu den vom Deutschland-Magazin empfohlenen Werken, neben Publikationen wie „Eurofaschismus und der zweite Weltkrieg. Europas verlorene Söhne“ und ähnlich faschistischem Dreck.

Quellenhinweis: Deutschland-Magazin, Ausgaben 1/82 bis 3/84; H.-D. Bamberg, Die Deutschland-Stiftung e.V., Marburg 1978

Ersatzlose Streichung des §218

Göttingen. Die ersatzlose Streichung des §218 und die volle Kostenübernahme der Schwangerschaftsunterbrechung durch die Krankenkasse fordert die Bezirksdelegiertenkonferenz der HBV. Eine gesetzliche Festschreibung der Pläne, die Kosten einer Schwangerschaftsunterbrechung nicht mehr über die Krankenkassen zu finanzieren, „würde für die betroffenen Frauen und Familien nicht nur eine unerträgliche wirtschaftliche Belastung darstellen, sondern auch die Gesundheit vieler Frauen gefährden, die dann zu illegalen Abtreibungen bei Kurpfuschern gezwungen wären.“

Aktionen gegen NPD-Parteitag in Stade

Hamburg. Am 24./25. März will die NPD in der Stader Schützenhalle ihren Landesparteitag abhalten. Geplant ist ein öffentlicher Aufmarsch der Faschisten am Samstag, den 24. März, in der Stader Innenstadt. Am Sonntag soll dann der eigentliche Parteitag stattfinden. Die örtlichen Behör-

Mit Transparenten für die 35-Stunden-Woche marschierten am 14.3. in Mannheim zahlreiche Gewerkschaftsmitglieder der IG Druck und Papier in den Versammlungsraum, in dem die dritte Runde der Manteltarifverhandlungen mit den Druckkapitalisten begonnen hatte. Zuvor hatten die Gewerkschafter vor dem Verhandlungslokal demonstriert (Bild: Gewerkschafter aus Ludwigshafen). Sie erklärten, sie wollten deutlich machen, „daß die Forderung nach der 35-Stunden-Woche nicht nur eine Forderung unserer Funktionäre ist.“



den haben der faschistischen NPD die Räumlichkeiten besorgt, und die niedersächsische Landesregierung hat Polizeischutz zugesichert. Ohne diese Unterstützung könnte die NPD niemals öffentlich auftreten. Das Bundesverfassungsgericht hat ihr sogar ausdrücklich den Charakter einer demokratischen Partei zuerkannt. Zahlreiche Organisationen und Initiativen haben das Verbot des Landesparteitages der NPD gefordert und zu einer Demonstration am 24. März in Stade aufgerufen.

Abschiebung vorerst verhindert

Köln. Am 8.3. wurde der Student Ekrem Basaran festgenommen und in Abschiebehaft gebracht. Er hat als Schüler in der Türkei in einer oppositionellen Schülergruppe gearbeitet. In der BRD stellte er einen Asylantrag, der jetzt, nachdem er schon im zweiten Semester an der Fachhochschule Köln studiert, abgelehnt worden ist. Sein Studienplatz an der Fachhochschule wurde gestrichen. In Köln wandte sich das Aktionsbündnis gegen Ausländerfeindlichkeit mit einem Telegramm an das Bundeskanzleramt, an das Innenministerium NRW sowie den Ministerpräsidenten NRW wurden Resolutionen geschickt. Die sofortige Gewährung von Asyl für Ekrem und die Aufhebung der Streichung des Studienplatzes werden darin gefordert. Inzwischen wurde bekannt, daß Ekrem vorläufig aus der Abschiebehaft entlassen wurde, weil sein Rechtsanwalt einen Nachasylantrag gestellt hat.

ÖTV: Stadtdirektor soll zurücktreten

Hannover. In einer überraschenden Aktion hat Burgdorfs Stadtdirektor Bindseil (CDU) Bücher in der Stadtbücherei auf pornographischen Inhalt überprüfen lassen und wurde „fündig“. Die seit Jahren gesuchte Gelegenheit zur Unterbindung gewerkschaftlicher Betätigung, vertreten vor allem durch den Bibliotheksangestellten und ÖTV-Personalrat H.-P. Mieslinger, und zur Zensur war endlich gefunden. Ihm wurde fristlos gekündigt. Angriffe gegen Mieslinger 1978 auf Amtsenthebung

aus dem Personalrat waren nur kurzfristig erfolgreich, er wurde wiedergewählt. Androhung von personellen Konsequenzen 1983 wegen Nichtbefolgung dienstlicher Anweisungen reichten noch nicht aus. Wenn auch nicht so offensichtlich wie in dem jetzigen Fall, spielte Zensur auch 1978 und 1983 eine Rolle. So 1978 die Beanstandung der Stadtverwaltung wegen 60 Büchern in der Bibliothek über den Marxismus-Leninismus, 1983 die Entfernung gewerkschaftlicher Hefte aus Spargründen, u.a. des kostenlosen ÖTV-Magazins. Daß die lang angelegte Kampagne ihre Früchte getragen hat, drückt sich in dem Wahlergebnis der am 15.3.84 stattgefundenen Personalratswahlen aus. Die ÖTV-Liste verlor Stimmen und Mieslinger seine Kandidatur zum Personalrat.

„Gemeinnützige“ fordern Tariflohn

München. Es hat sich eine „Initiative für zu gemeinnütziger Arbeit verpflichteter arbeitsloser Sozialhilfeempfänger“ gebildet, die vom DGB unterstützt wird. Ziel der Initiative ist es, für die 1950 Betroffenen „ordentliche, eventuell zeitlich befristete Arbeitsverträge mit tariflicher Entlohnung“ durchzusetzen. Der Sozialreferent der Stadt München, Hans Stütze, hat erklärt, durch die gemeinnützige Arbeit würde „die Verbindung zur Arbeitswelt offengehalten und die psychische Negativwirkung des Nichtgebrauchtwerdens vermieden.“ Die meist stundenweise Beschäftigung wird von der Stadt vermittelt und mit 1,55 DM pro Stunde bezahlt.



Mitglieder des Akafrik (Arbeitskreis Afrika) Münster und der Funga (Frauen und Männer gegen Apartheid) Bielefeld haben Mitte Februar der azanischen Befreiungsorganisation PAC (Pan Africanist Congress) in deren Vertretung in Tansania die Ergebnisse einer Spendensammlung in der BRD übergeben können: ein Ambulanzfahrzeug (Bild), ein Pick-up-Transporter und ein Fahrzeug für landwirtschaftliche Nutzung (Unimog), dazu medizinische Ausrüstung, landwirtschaftliche Geräte und Nähmaschinen für einer Schneiderwerkstatt in Lesotho. Der PAC hat in Tansania Flüchtlingslager eingerichtet, dort sollen die meisten Spenden genutzt werden. Der Vorsitzende des PAC, J. N. Pokela dankte für diese Spenden und betonte dabei, daß der PAC weiter an seiner Auffassung festhalten werde, daß nur das Volk Azanias selbst sich befreien kann, diese Befreiung aber nicht von irgendeiner Macht ausgehen könne. Auch werde sie nicht im „Dialog“ mit der rassistischen Regierung erreicht, wie es einige „Homeland“-Führer gegenwärtig versuchen, sondern nur im Kampf gegen die Regierung und das ganze System der Apartheid. Der PAC feiert in diesem Jahr sein zwanzigjähriges Bestehen.

Internationaler Frauentag Gegen Mütterlichkeitsideologie, Lohnabbau und Kriegsvorbereitungen

Niedersachsen. Der 8. März wurde 1910 auf einer internationalen sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen als Kampftag der Arbeiterbewegung zur Durchsetzung der Forderungen der Frauen proklamiert. In der BRD wird er in den öffentlichen Medien so gut wie totgeschwiegen, denn die Bourgeoisie installierte durch ihr faschistisches Regime als „Ersatz“ den immer wieder von ihr umjubelten „Muttertag“. Gewerkschaften, Frauenbewegungen und sozialistische Organisationen verhalten dem 8. März in den letzten Jahren zu mehr und breiter Öffentlichkeit.

In fast allen niedersächsischen Städten fanden Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag statt. Hauptträger waren die Ortsfrauenausschüsse der Einzelgewerkschaften, die DBG-Kreisfrauenausschüsse, die Demokratische Fraueninitiative (DFI) und z.T. „autonome Frauengruppen“. Überblick aus vier niedersächsischen Städten zu den Veranstaltungen und deren Inhalten:

Braunschweig. Irmgard Tiemann, Vorsitzende des Landesfrauenausschusses des DGB, referierte auf einer Kulturveranstaltung des DGB-Kreisfrauenausschusses vor ca. 250 Teilnehmern. Sie griff in ihrer Rede die Blümsche Absicht „Frauen an den Herd“ als Schaffung einer Reservearmee des Kapitals an, wandte sich gegen das Einreißen der Löhne und der Schutzbestimmungen für Frauen und Jugendliche. Ein Theaterstück, in dem die intensiven Arbeitsbelastungen der Frauen dargestellt wurden, endete mit einem Clara-Zetkin-Zitat: „... der Kapitalist hat ... alles Interesse daran, den Arbeitstag ins Endlose zu verlängern und die Arbeiter mit so lächerlich geringfügigem Lohn abzuspeisen, wie nur irgend möglich. Dieses Bestreben steht in direktem Gegensatz zu den Interessen der Arbeiterinnen ebenso wie zu denen der männlichen Arbeiter. Es gibt also keinen wirklichen Gegensatz zwischen den Interessen der Arbeiter und der Arbeiterinnen; sehr wohl aber existiert ein unversöhnlicher Gegensatz zwischen den Interessen des Kapitals und denen der Arbeiter“ (1889). Die DFI unterstützte die Veranstaltung in Braunschweig.

Hannover. Über 150 Frauen demonstrierten am 8. März zum Rathaus, um gegen die beabsichtigte Schließung des Frauenhauses (s. Politische Berichte 5/84) durch den Stadtrat zu protestieren. Als sie zum Sitzungssaal, wo der

Rat tagte, wollten, wurde Polizei gegen sie eingesetzt. OB Schmalstieg ließ während der Stadtratssitzung Zuschauerinnen von der Tribüne entfernen (Foto), als sie gegen die Schließung demonstrierten.

Am 11.3. organisierte erstmals der DGB eine 8. März-Veranstaltung. Bisher wurde sie von Ortsfrauenausschüssen getragen. 300 Teilnehmer erfuhren durch den DGB-Vorsitzenden Theilmann, daß Clara Zetkin die Frauen zur Gewerkschaftsarbeit aufrief und die Männer aufforderte, sich in der Frau-



Von Polizistinnen ließ OB Schmalstieg (Hannover) am 8. März die Zuschauertribüne im Stadtrat räumen.

enfrage zu engagieren. Die Hauptreferentin Rita Rußland, IGM-Hauptvorstand, kritisierte die Politik der Regierung als spalterisch und arbeiterfeindlich. Im Nordverbund gäbe es nur 1000, die unter die 59er-Gesetzesinitiative fielen. Blüms Vorstellungen (Frau am Herd) symbolisierten die offene Reaktion, sein „Frauenarbeitsschutz“ sei bekämpfungswert. Sie rief auf zur „Aktion Muttertag“ der Gewerkschaften am 12. Mai in Bonn oder auch am Ort. Frauenfragen lösen hieße, eine Gesellschaft ohne Unterdrückung und Ausbeutung zu schaffen.

Hameln. Der DGB-Kreisfrauenausschuß organisierte die Veranstaltung im Kreis Hameln/Pyrmont. Etwa 200 Teilnehmer hörten den Redebeitrag von Elfriede Kreye, Vorsitzende des DGB-Kreisfrauenausschusses. Sie verdeutlichte die Notwendigkeit der 35-Stunden-Woche gerade für Frauen. Diese müßten nervenaufreibende und gesundheitsschädliche Arbeiten am Fließband und am Bildschirm verrichten. In Sketchbeiträgen wandten sich

die Frauen auch gegen die Einberufung in die Bundeswehr, forderten die Beibehaltung der sozialen Indikation bei Abtreibungen und keine weitere Verschlechterung der gesetzlichen Regelungen.

Hildesheim. Zirka 150 beteiligten sich an der DGB-Veranstaltung. Im Hauptreferat einer Gewerkschafterin von „Arbeit und Leben“ wurde die Ausbeutung und Unterdrückung allgemein, die der Frauen speziell angegriffen. Die reaktionäre Regierung betreibt gezielt Lohnabbau, Abbau von Schutzrechten und verstärkte Kriegsvorbereitungen. Darunter zu leiden hätten primär die Frauen, die aus Versicherungsrechten herausgenommen wären. Am schlimmsten seien davon ausländische Arbeiterinnen betroffen, denn bei ihnen komme noch die Ausländergesetzgebung unterdrückend dazu.

In fast allen Redebeiträgen wurde auf die besondere und, unserer Meinung nach, herauszustellende Unterdrückung der Frauen eingegangen. Die Beteiligung an den Veranstaltungen zum 8. März war besser als in den Vorjahren. Die 35-Stunden-Kampagne wird dazu beigetragen haben. In allen vier Städten, deren Berichterstattung uns vorlag, haben sich die gewerkschaftlichen Frauenbewegungen und -gremien ausdrücklich gegen Lohnabbau, Abbau von Arbeitsschutzbestimmungen und gegen Kriegsvorbereitungen ausgesprochen. „Autonome“ und „neue“ Frauenbewegung nähern sich den gewerkschaftlichen Frauengruppen und -organen. Die §218-Kampagne ist ein Brückenschlag – sie darf nicht der einzige bleiben. – (mal)

Prozesse 21.5. Freispruch für Antifaschisten

Hannover. 15 von insgesamt 19 Prozessen, die seit September letzten Jahres vor dem Land- und dem Amtsgericht in Hannover laufen, sind jetzt in erster Instanz abgeschlossen. Die Anklagen gegen die Antifaschisten, die gegen eine sogenannte Kulturveranstaltung der türkischen MHP, der faschistischen „Grauen Wölfe“, in der Stadthalle am 21. Mai 1983 demonstrierten und dabei in einem Polizeiüberfall festgenommen wurden, lauten Nötigung, Beleidigung, (schwerer) Widerstand, Körperverletzung, Gefangenbefreiung.

Der Vorwurf des „versuchten Totschlags“ gegen H. und O. Öner mußte vom Gericht fallengelassen werden, aber erst nachdem die beiden Antifaschisten fast ein halbes Jahr in Unter-

suchungshaft gehalten wurden. Neben einem Freispruch und zwei Einstellungen hat das Gericht Geldstrafen von 100–3000 DM verhängt. Insgesamt belaufen sich die Kosten für die Strafen bisher auf über 12000 DM.

Das Verfahren gegen H. und O. Öner wegen der aufrechterhaltenen Anklagepunkte Nötigung, Widerstand und Körperverletzung läuft schon ein halbes Jahr. Jetzt wird nur noch zwei Stunden pro Woche verhandelt, angeblich wegen Überlastung des Landgerichts. Die Folgen: Das Verfahren, im wesentlichen gelaufen, wird verschleppt, eine längere Zeugenbefragung durch die Verteidigung ist nicht möglich. Die Rechtsanwaltskosten werden immer höher. Bisher betragen die Anwaltskosten für die Prozesse schon 48500 DM.

Für den noch ausstehenden Prozeß gegen M. gibt es bisher keinen Termin.

Ohne Begründung, obwohl die Staatsanwaltschaft bei ihrer Anklage alles andere als schüchtern ist: schwerer Widerstand, Körperverletzung, Beleidigung, Nötigung. Ist dem Gericht die Anklage zu windig? Oder ist dem Gericht unwohl durch die mitgelieferten „abrundenden“ Informationen zur Person des Angeklagten? Bei diesen „Informationen“ wird z.B. gerade auf die Berichte des MAD zurückgegriffen, die kürzlich im Spiegel auszugsweise veröffentlicht wurden – als Beweise für illegale Praktiken des Militärischen Abschirm-Dienstes.

„Gesinnungstäter“ sollen verurteilt werden, so Richter R. in einem der 21.5.-Prozesse. Dagegen fordert das 21.5.-Komitee, das regelmäßig Infos zu den Prozessen erstellt: Einstellung der Prozesse gegen Antifaschisten, Verbot der Grauen Wölfe und ihrer Tarnorganisationen! – (anr)

durch die Mehrarbeitsstundenregelung (bis zu drei unbezahlte Unterrichtsstunden pro Monat zusätzlich sind verpflichtend) ausgedehnt. Durch die Heraufsetzung der Bagatellgrenze für Lernmittel von 1,- auf 5,- DM bis zu der die Eltern diese selbst bezahlen müssen, wurde die Lernmittelfreiheit entscheidend aufgeweicht.

Die GEW hat in den letzten Jahren in Baden-Württemberg in allen wichtigen Punkten Niederlagen einstecken müssen. In der Öffentlichkeit und zum Teil auch in der Mitgliedschaft wird sie als aktionsunfähiger, marktschreierischer Verein gehandelt, dessen Gewerkschaftstagsbeschlüsse zur Makulatur verdammt sind. Die Mitgliederzahl ist von knapp 40000 auf 38000 zurückgegangen, wobei ein gerüttelt Maß davon Schulaufsichtsmitglieder sind, aber vor allem Leute der Altersgruppe 25 bis 35 Jahre.

Das Konzept der GEW, mit den Partnern der SPD/FDP-Koalitionen nach Chancengleichheit beim Durchlaufen der Selektionsgänge des herkömmlichen Schulwesens die Lohnabhängigen gegen die reaktionäre Schulpolitik zu mobilisieren, ist gescheitert. Die Berufung auf das Grundgesetz bei der Kritik der Disziplinierungen bei gleichzeitiger Beteuerung der Verfassungstreue, ohne mit einem Wort die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentum aufs Korn zu nehmen, lassen die Reaktion kalt. Diese bekräftigt vielmehr, die gesamte Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichts und des Verwaltungsgerichts Mannheim im Kreuze, als Leitsatz: „Das Grundgesetz beinhaltet ein Gebot zur Überwältigung für den Lehrer, der sich nicht zum Grundgesetz bekennt.“ (Mayer-Vorfelder)

Ohne eine Kampagne gegen das Beamtenrecht, tragende Säule des imperialistischen Staatsapparats, was eine ideologische Konfrontation beinhaltet,

Schulpolitik Baden-Württemberg

Die Reaktion greift an – Lehrergewerkschaft in der Krise

Stuttgart. Mit Mayer-Vorfelder hat die Reaktion einen deutschen nationalen Reserveoffizier zur Ausrichtung des Schulsystems in den Kultusministersessel gehievt, der sich nicht scheut, auf einer Veranstaltung des Fellbacher Forums beim Absingen der ersten Strophe des Deutschlandlieds zu präsidieren; der während der Friedenswoche vom 17.–21.10.83 demonstrativ mit der 25. Luftlandebrigade in Frankreich an Manövern teilnimmt; der sich zur Abwechslung mal wie im Juli '82 per Hubschrauber vom Truppenübungsplatz zur Villa Reitzenstein einfliegen läßt und im Kampfanzug an der Kabinettssitzung teilnimmt oder einem Lehrerkollegium in Ulm verbietet, das Deutschland-Magazin des Altnazi Ziesel, ein Geschenk des örtlichen BMW-Automobil-Großhändlers, abzubestellen, weil selbiges jeder Bibliothek gut anstehe.

Die Bilanz der Schulpolitik der CDU-Landesregierung in seiner vierjährigen Amtszeit ist trübe: Die „innere Schulreform“, d.h. die Ausrichtung der Lehrinhalte auf die programmatischen Grundlagen der CDU, u.a. in Bezug auf die „Deutsche Frage“ und die „Wehrerziehung“, konnte mit der administrativ durchgezogenen Lehrplanrevision abgeschlossen werden. Die Dreigliedrigkeit des Schulwesens ist durch die Bestimmungen des neuen Schulgesetzes von '83 und entsprechende Lehrpläne verschärft. Die Verfolgung der Lehrkräfte wurde im Vergleich zur Praxis Anfang der 70er Jahre, wo vor allem revolutionäre Kräfte aus dem öffentlichen Dienst gesäubert

worden waren, ausgedehnt auf jegliche oppositionelle, nicht regierungskonforme Äußerung inner- und außerhalb des Schulunterrichts. Dies geht einher mit der Unterdrückung gewerkschaftlicher Tätigkeit und Äußerung, begleitet von entsprechenden Pressekampagnen. Zur Überwachung und Bespitzelung der Lehrer bedienen sich die Schulbehörden zunehmend einer hierauf geeichten CDU-Mitgliedschaft, deren Denunziation als Elternwille deklariert und dem hernach Geltung verschafft wird.

Die Lehrerschaft ist weit gespalten; von 92000 sind 22000 Teilzeitkräfte mit 50–70% des Deputats und Gehalts. Die Arbeitszeit wurde ausgehend von der geltenden 42-Stundenwoche



Maulkorb-Huldigungszug der Stadtschülervvertretung Stuttgart am 16.3.84

ist hier überhaupt nicht weiterzukommen. Ohne flächige Untersuchung der Quantität und Qualität der Arbeitszeitintensivierung der Lehrkräfte kann keine begründete öffentliche Meinung für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit herbeigeführt werden. Das bei der GEW beliebte Anhängen an Kampagnen der Industriegewerkschaften, ohne sich darum zu bemühen, die Forderungen aus den Interessen der Mitglieder zu begründen bzw. die Interessen Dritter, z.B. der Eltern an besserer Kinderausbildung, zu zitieren, führt dazu, daß nur geringe Teile der Mitgliedschaft und noch geringere der nicht gewerkschaftlich organisierten Lehrer für Kampfsschritte gewonnen werden können. Dann bleiben von der Beschlußlage der Gewerkschaftstage abwechselnd Bittbriefe an oder wortradikale Ergüsse über das Kultusministerium in der GEW-Lehrerzeitung übrig.

Quellenhinweis: Materialien gegen die Schulpolitik der CDU, Ergebnisse des AK Schulpolitik der Volksfront Baden-Württemberg - (maz)

Bremen Proteste gegen geplante Schulschließungen

Bremen. Am 15.2. hat der Bremer Senat ein „Ausgleichskonzept“ für die Haushalte der Jahre 1984 bis 1987 vorgelegt, um eine „Finanzierungslücke“ von 1,2 Mrd. DM zu schließen. Durch Einsparungen, höhere Steuern und Gebühren wie auch den Verkauf von Anteilen, Grundstücken und Gebäuden (z.B. stillgelegten Schulen) soll Geld in die Kasse kommen. Der Bildungshaushalt, der 20% des Gesamthaushalts ausmacht, soll dabei 30% der Streichungen tragen. So soll die Schließung von „erheblich mehr als zehn Schulen“ (Bildungssenator Franke) 2,9 Mio. DM plus 4 Mio. DM an Personalkosten sparen. Kürzungen bei Heizungs- und Energiekosten werden mit 10 Mio. DM veranschlagt wie auch die Kürzung der Ausgaben für Lehr- und Lernmittel um 25% auf vier Jahre. Die Reduzierung der Referendarstellen um ein Drittel soll 15 Mio. DM bringen, bei den Subventionen für Schülerfahrkarten sind 2,5 Mio. zu holen, keine Beförderung von Lehrern nach A14 bringt 5 Mio. DM und die Streichung der Überstunden bei Hausmeistern und Putzfrauen 3,3 Mio. DM.

Anfang März präsentierte Franke einen „Schulentwicklungsplan“, der die Schließung von 37 von 140 Schulen vorsieht (einschließlich Teilschließungen). Begründet wurde er hauptsächlich mit sinkenden Schülerzahlen. Damit wurden Versprechungen auf pädagogische Verbesserungen (kleinere Klassen u.a.) bei sinkenden Schülerzahlen vom Tisch gewischt.

Gegen diesen Plan richteten sich sofort Proteste von Schülern, Eltern, Lehrern und ihren Organisationen. Ausgehend von der schlechten Situation an den Schulen wurde die Forderung aufgestellt, daß keine Schule geschlossen werden soll. Schüler an ca. zehn Gymnasien und gymnasialen Abteilungen in Schulzentren der Sekundarstufe II (Klasse 11 bis 13) begannen mit Besetzungsaktionen, die aber den Unterricht nicht beeinträchtigten und deshalb von der Schulbehörde geduldet wurden. Auf der Personalversammlung der Lehrer am 12.3. wurde Schulstreik, keine Schließung von Schulen und die Durchführung pädagogischer Verbesserungen gefordert. Franke beantwortete dies vor 3000 Lehrern mit Drohungen mit dem Beamtenrecht und der möglichen Einsetzung eines Staatskommissars bei weiterer Verschuldung Bremens.

Die CDU hat schon lange vorhergesehen, daß die Schulen bald leerstehen würden und fordert den Erhalt der Gymnasien und die Stärkung gymnasialer Abteilungen in den Schulzentren. Sie kritisiert „Schulschließungen ohne Konzept“. Dagegen sieht die GEW die „Qualität des Bremer Schulwesens“ bedroht und will die Umwandlung weiterer Schulzentren in Gesamtschulen. Franke hat dazu erklärt, daß er das dreigliedrige Schulwesen in Form von Schulzentren erhalten und die drei Gesamtschulen in Bremen möglichst austrocknen will. Die Beschränkung der Proteste auf die Schulschließungen wird es Franke leichter machen, die übrigen Maßnahmen auf jeden Fall durchzusetzen. - (jow)

Öffentlicher Dienst Arbeitszeitverkürzung nach Hamburger Art

Hamburg. Nach Presseveröffentlichungen des Hamburger Senators für Arbeit, Jugend und Soziales, Ehlers, Ende Februar und dem Parteitagebeschuß der Hamburger SPD vom 4. März 1984, bis 1986 3500 Stellen im öffentlichen Dienst zu streichen, gab Ehlers am 6. März bekannt, daß „in von ihm zu beeinflussenden Tarifverhandlungen Arbeitszeitverkürzungen der Vorrang vor Einkommensteigerungen gegeben wird“. Dem Senat komme es darauf an, zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten im Rahmen des festgesetzten Personalkostenetats zu finden.

Der Haushaltsvorschlag sieht für 1984 Einsparungen allein im Personalbereich von insgesamt 104 Mio. DM (durch Stellenstreichungen von 1,5% und Freihalten von Stellen im gleichen Umfang) vor. Senator Ehlers, der zum

1. November 1983 bereits 2705 Arbeitslose in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und 300 Sozialhilfeempfänger über die „Hamburger Arbeit-Beschäftigungs GmbH“ in Bereichen des öffentlichen Dienstes zur Arbeit zwang, wo die regulären Planstellen im Rahmen der „Bewirtschaftung“ gestrichen werden, erstellt immer fantastischere Rechnungen:



ÖTV-Aktion gegen Streichung des Essengeldzuschusses.

Der Abbau einer Pflichtstunde für die Lehrer würde in Hamburg theoretisch 610 neue Stellen bringen. Bei den 27500 Beschäftigten der öffentlichen Unternehmen würde ein Stunde weniger Arbeit 315 neue Arbeitsplätze schaffen. Bei den übrigen 76000 Beschäftigten (ohne Schule und Hochschule) würden es 1950 Arbeitsplätze sein. Bei Durchsetzung der 35-Stunden-Woche wären es fast 11000 und binnen fünf Jahren 32000 neue Stellen.

Das Konzept des Senators bedeutet für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst: Stellenstreichungen, überwiegend durch Rationalisierung oder Wegfall von Aufgaben des öffentlichen Dienstes (u.a. Privatisierung), Wiederbesetzungssperre für Planstellen, weitere Reallohnsenkung, Verschiebung der Besoldungsanpassung und Absenkung der Eingangsgehälter der Beamten, Streichung der Überstunden um 30% sowie Arbeitszeitverkürzung und dadurch eventuell Schaffung von Arbeitsplätzen, die anderswo im öffentlichen Dienst gestrichen wurden.

Der Senatsbeschuß stellt den Versuch dar, die Bewegung für die 35-Stunden-Woche zu schwächen. Mag sich der einzelne von der Arbeitszeitverkürzung eine Erleichterung versprechen, über die Arbeitsintensität ist damit noch lange nichts gesagt und zusätzliche Arbeitsplätze werden schon gar nicht geschaffen. - (raa, veb)

Rekordbilanzen, enorme Rationalisierungen, Ausdehnung der Betriebsarbeitszeit

Heilbronn. Rekordbilanz, enorme Rationalisierung und Neueinstellungen kennzeichnen das Jahr 1983 bei Audi NSU. Mit einem Marktanteil von 7,3% wurde das erklärte Ziel von Audi erreicht, BMW in der Zulassungsstatistik zu überholen. Die insgesamt produzierte Stückzahl wurde um 20% gesteigert, der Umsatz um 23%. Nach der Rekordbilanz 1982 wird der Audi-Vorstand für das Jahr 1983 eine neue Rekordbilanz vorlegen. Seit 1980 wurden in den beiden Werken Ingolstadt und Neckarsulm knapp 2 Milliarden DM, hauptsächlich ohne Kreditaufnahme, investiert. Schwerpunkte, die inzwischen abgeschlossen sind, waren Lackiererei und Rohbau, nächste und zunächst letzte Etappe ist die arbeitsintensive Montage. Der Einsatz von 150 Industrierobotern und einer Vielzahl einfacherer Automaten allein im Werk Neckarsulm, zusammen mit einem Modellwechsel, hat nach Audi-Aussagen zur „modernsten Fertigung, die auch von Anlagen in den USA und in Japan nicht übertroffen wird“ geführt. Trotz deutlich gesteigerter Automatisierung stieg die Zahl der Beschäftigten (im Gegensatz z.B. zu VW) in Neckarsulm um 11%; die Tagesstückzahl aber um fast das Doppelte.

Wichtigste Forderung des Betriebsrats zur Umstrukturierung war, daß keine Entlassungen stattfinden dürfen. Weiter: Abgruppierungsschutz und Umschulung auf neue Arbeitsplätze. Die im neuen, fast vollautomatischen Audi-Rohbau nicht mehr benötigten Schweißer, alle in höheren Lohngruppen als z.B. die Montagearbeiter, wurden hauptsächlich in den Porsche-Rohbau versetzt. (Im Lohnauftrag fertigt Audi die Typen 924/944 für Porsche). Da dort die Tagesstückzahl innerhalb eines Jahres nahezu verdoppelt wurde, fanden auch in diesem Bereich Neueinstellungen statt. Im Audi-Rohbau verblieben im wesentlichen zwei Arten von Tätigkeiten. Ein kleiner Teil von Arbeitern, hauptsächlich jüngere, wurde zur Bedienung, Wartung und Reparatur der Anlage ausgebildet. Ihre Qualifikation und Eingruppierung stieg. Entsprechend hoch die Verantwortung und der Leistungsdruck dieser „Fertigungsteams“, die für Produktion, Qualität und Wartung zuständig sind. Audi strebt mit der Zusammenfassung dieser früher getrennten Tätigkeiten „höhere Identifikationsbereitschaft und verbesserte Arbeitsmotivation“ an. Übriggeblieben sind einzelne Arbeiten, deren Automatisierung zu

teuer wäre: das Einlegen von Einzelteilen in automatische Verteilsysteme, aus denen sich die Roboter dann bedienen können.

Für 170 Millionen DM entsteht in Neckarsulm eine neue Endmontagehalle. Sie soll nach den Werksferien in Betrieb gehen und die Tageskapazität um weitere 50% steigern. Neben schnellerem Materialfluß und geringerer Lagerhaltung wird dort die „Systembreite“, der Platz neben dem Band so verbreitert, daß der spätere Einbau von Robotern möglich wird. Die 35-Stunden-Woche sei machbar, erklärt der Werksleiter, wenn die Aus-



„Wer unter ungünstigen Verhältnissen arbeitet, ermüdet eher und macht Fehler.“ Schwenkgehänge lösen die Überkopparbeit ab und ermöglichen schnelleres Arbeiten.

lastung der teuren Anlagen verbessert wird, spricht Drei-Schicht-Betrieb eingeführt wird.

Daimler-Benz: Steigende Stückzahlen und Personalabbau. Betriebsräte fordern Freischichtregelung

Stuttgart. Eine um 1,4% vergrößerte Belegschaft produzierte 1983 3,9% Personenwagen mehr als 1982. Umfassende Rationalisierungsmaßnahmen bei gleichzeitiger neuer Programmgestaltung steigerten die Intensität der Arbeit. Im Werk Sindelfingen sind

heute mehr als 300 Roboter (Handhabungsgeräte mit bis zu sieben frei programmierbaren Bewegungsachsen) im Einsatz. Ende 1984 wollen die Finanzkapitalisten bei der Daimler-Benz AG bundesweit 500 Roboter zum Schweißen, Spritzen und Lackieren eingesetzt haben. Daimler-Benz ist neben Volkswagen und BMW führend im Einsatz dieser neuen Technik.

In den Daimler-Benz Werken arbeiten die Arbeiter zunehmend an NC-Maschinen, computergesteuerten NC-Maschinen (Transferstraßen, oftmals zu 99% automatisiert) und mit Robotern. Mit Pausendurchfahren, Überstunden, Schichtbetrieb und andauernder Computerüberwachung im Nacken bringen diese Arbeiter Höchstleistungen, womit im Untertürkheimer Werksteil bei gleicher Arbeiteranzahl 1984 40000 Motoren, Getriebe und Achsen mehr von den Bändern laufen werden als 1983. Der Effekt ist dabei, daß steigende Stückzahlen einher gehen mit Personalabbau. Türkischen Arbeitern wurde jetzt angeboten, sich die Betriebsrente auszahlen zu lassen und in die Türkei zurückzukehren. Nach Untersuchungen der IG Metall ist zu rechnen, daß jeder dritte Arbeitsplatz in der Automobilindustrie durch die Rationalisierung entfällt.

Angesichts solcher Aussichten hat der Vertrauensleutkörper (VLK) von Daimler-Benz Sindelfingen zusammen mit den Betriebsräten einen Vorschlag zur 35-Stunden-Woche ausgearbeitet, der allerdings der IG Metall Baden-Württemberg in den Rücken fällt.

Der VLK Sindelfingen fordert die Beibehaltung des 8-Stunden-Tages und statt täglicher Arbeitszeitverkürzung die Gewährung von individuellen freien Tagen, also Freischichten. Hauptgrund für diese Abkehr von der täglichen Arbeitszeitverkürzung ist die Sorge um die Konkurrenzfähigkeit der eigenen Kapitalisten. „Gründe gegen die tägliche Arbeitszeitverkürzung: An Anlagen mit starker technischer Taktbindung entsteht Produktionsausfall durch kürzere Anlagennutzung. Gründe für Freischichten: Kein Produktionsausfall durch kürzere Anlagennutzungszeit, keine Kostensteigerung an den Anlagen.“ Damit wird den Kapitalisten ein enormer Rationalisierungseffekt zugestanden. Bei solcher Unterordnung unter den Profit steht auch der Samstag als Arbeitstag frei zur Verfügung. Das Resultat: Arbeitsplatzabbau und Intensivierung in großem Ausmaß, da die Maschinen länger laufen und sich schneller abschreiben. Steigende Gewinne ermöglichen dann auch steigenden Kapitalexpert ins Ausland. Die 35-Stunden-Woche soll ruhig etwas kosten, und es darf nicht einen Funken Zugeständnis an flexiblere Arbeitszeiten geben! - (bes,ros)

Rationalisierung in der Metallwirtschaft

Ein wahres Trommelfeuer von Rationalisierungsmaßnahmen stürzt zur Zeit auf die Betriebsräte ein. Nach der vorliegenden Untersuchung von der Abteilung „Automation und Technologie“ beim Vorstand der IG Metall zeichnen sich folgende Schwerpunkte von Rationalisierungsstrategien ab:

Neue Technologien. Bestimmte Technologien wie Betriebsdatenerfassung, Bildschirmstationen, spezielle Dialogsysteme sind bei mehr als der Hälfte der erfaßten 1107 Betriebe vorhanden, Technologien, die verschiedene Systeme miteinander vernetzen können, sind „im Kommen“.

Produktveränderung. Die Methoden sind vielfältig: Verringerung der Teile eines Produkts (elektronische Funktionsteile statt mechanischer), Einführung montagefreundlicher Verbindungstechniken (Stekken oder Kleben statt Schrauben), Verwendung neuer Werkstoffe (Kunststoff statt Metall).

Personelle Maßnahmen. Durch die Umschichtung der Arbeitskräfte eines Betriebes sollen sämtliche Reserven mobilisiert werden, Ziel – „olympiareife Belegschaften“.

Veränderung der Betriebsstrukturen: Erhebliche Arbeitsplatzverluste ergeben sich bei Einschränkungen, Verlagerungen oder Stilllegungen von Fertigungsbereichen oder Betriebsteilen. Erweiterungen ohne Einschränkung nannten nur 16% der Betriebe.

Der Verschleiß der Arbeitskraft ist am größten bei Gießerei- und Lackierarbeitsplätzen, Montage- und Bandarbeitsplätzen, bei Akkord- und Schichtarbeitern, aber auch bei Mikroskoparbeit und an Bildschirmarbeitsplätzen. Bei 70% der befragten Betriebsräte gab es Meinungsverschiedenheiten mit der Geschäftsführung. Von der IG Metall forderten die Betriebsräte die Einrichtung von Arbeitskreisen auf Verwaltungsebene, Schulungen für Vertrauensleute wurden nur von einem Drittel der Betriebsräte gefordert. Aber, das wurde in der Untersuchung deutlich: Die Probleme lassen sich nicht mehr auf innerbetrieblicher Verhandlungsebene lösen.

Quellenhinweis: „Maschinen wollen sie – uns Menschen nicht“, Rationalisierung in der Metallwirtschaft, eine Bestandsaufnahme der Industriegewerkschaft Metall, Abteilung Automation und Technologie, Oktober 1983

Mönninghoff Betriebsbesetzung gegen Stilllegungspläne

Hattingen. Vom 31. Januar bis 1. März hat die Belegschaft der Mönninghoff GmbH in Hattingen/Ruhr den Betrieb besetzt gehalten. Die 800 Beschäftigten protestierten damit gegen die Stilllegung des Werkes. Die „Betriebsbesetzung aus Notwehr“ wurde am 1. März unterbrochen, die Auseinandersetzungen um die Stilllegung des Betriebes dauern an.

Bereits im Mai letzten Jahres war ein erstes Mal die Stilllegung von Mönninghoff geplant. Das Flanschenwerk gehörte seit 1980 zur Bomin-Gruppe, die wegen Überschuldung Vergleich anmelden mußte. Die Stilllegung wurde durch eine Landesbürgschaft und Kreditzusagen der Westdeutschen Landesbank und der Bank für Gemeinwirtschaft über 28 Mio. DM abgewendet. Gleichzeitig konnte der Belegschaft jedoch ein „Sanierungskonzept“ diktiert werden, das umfangreiche Rationalisierungsmaßnahmen und Entlassungen von 250 der damals etwas über 1000 Beschäftigten auf Grundlage eines Sozialplans vorsah.

Damit gab sich die West LB nicht zufrieden. Sie verlangte weitere Rationalisierungsmaßnahmen. Sie ist auch bei einem anderen, im Gegensatz zu Mönninghoff modernen und hochspezialisierten Flanschenproduzenten, der Firma Friedrich Geldbach in Gelsenkirchen, engagiert und strebt offensichtlich eine Konzentration auf die profitabelsten Bereiche an. Fünf Tage, nachdem der Betriebsrat sich im Januar die Zustimmung zu einer Verschärfung des Rationalisierungskonzepts abpressen ließ, erklärten die West LB und die Bank für Gemeinwirtschaft trotz der Landesbürgschaft die Einstellung der Zahlungen der restlichen Kreditgelder. Mönninghoff beantragte am 25. Januar den Vergleich.

Daraufhin erklärte die Belegschaft am 31. Januar den Betrieb für besetzt. Die Produktion wird weitergeführt: Aufträge für mehrere Wochen liegen noch vor. Mehrere Tausend demonstrieren in Hattingen, innerhalb von zwei Tagen trafen 80 Solidaritätsadressen ein. Anfang Februar wurde ruchbar, daß die Banken für die Auszahlung der zum 10. Februar fälligen Januar-Löhne keinen Pfennig herausrücken wollen. Betriebsräte und die IG Metall erklärten daraufhin, daß sie die Betriebsbesetzung auf jeden Fall bis zur Auszahlung der Löhne weiterführen wollen.

Am 21. Februar schließlich meldete Mönninghoff den Anschlußkonkurs an. Dadurch erhält die Belegschaft An-

spruch auf Konkursausfallgeld für Januar und Februar. Verhandlungen zwischen den beteiligten Banken, NRW-Landeswirtschaftsminister Jochimsen, Belegschaftsvertretern und der IG Metall führten zu dem Ergebnis, daß die Produktion in der Schmiede und der Presserei auch offiziell bis zunächst zum 30. Juni mit 330 Beschäftigten weitergeführt werden soll. Hierzu gewährt die Landesregierung erneut eine Bürgschaft, diesmal über 8 Mio. DM. Die anderen Beschäftigten werden „freigestellt“.



„Banker sind Henker“ – in Hattingen weitverbreitete Meinung

Ohne Zweifel ist damit die Stilllegung nicht verhindert, und dies war von Anfang an auch kaum zu erwarten. Die IG Metall fordert jetzt die Gründung einer Fortführungsgesellschaft, die neben der Weiterführung der rentablen Bereiche in den Fabrikhallen von Mönninghoff Umschulungsmaßnahmen durchführen soll. Die Tatsache, daß das niedrige Arbeitslosengeld für viele der jetzt „freigestellten“ offenes Elend bedeutet, hat die IG Metall bis jetzt überhaupt nicht aufgeworfen. – (wof)

Elektroindustrie Expansion mittels Lohnsenkung

Bad Salzdetfurth/Hildesheim. Spätestens Ende 1985 soll eine neue Fertigungshalle bei fuba in Betrieb genommen werden. Ca. 30 Mio. DM wollen Hans Kolbe und seine Kommanditisten investieren, um ihre hervorragende Ertragslage auszubauen. Die niedersächsische Wirtschaftsministerin Breuel überzeugte sich vor Ort von der Kreditwürdigkeit des Unternehmens und erklärte anschließend die volle Unterstützung der Landesregierung, „die marktorientierte, innovative Geschäftspolitik des soliden mittelständischen Un-

ternehmens zu stärken“. (Aushang am Schwarzen Brett)

Die Produktionsumstellungen bei fuba stockten Mitte 1981, weil die Auftragsgänge für Kabelfernsehanlagen durch die Bundespost zurückgingen. Die Entscheidung der Bundesregierung, daß vorrangig Kupferkabelverteilnetze und nicht die „zukunftsorientierten“ Lichtleitfasersysteme installiert werden, veränderte nicht nur bei fuba die Auftragslage erheblich. „Private Anbieter“ werden ihre Sendungen ins Kabelnetz einspeisen, die Satellitenübertragungstechnik wird spätestens 1986 zum Einsatz kommen. fuba mischt kräftig mit. 1983/84 haben die fuba-Manager auf diesen Gebieten immerhin dem Bosch-Konzern die führende Rolle streitig gemacht – so billig konnte keiner der acht Hersteller anbieten.

Innerhalb von drei Jahren sank die Beschäftigtenzahl um 250 auf 900. Im Rahmen der „Arbeitsplatzvernichtungsangst“ setzte die Geschäftsleitung den Betriebsrat zunehmend unter Druck. Sie bot den Kunden Lieferfristen unter drei Monaten an. Alle anderen Hersteller lehnten ab! Mit diesen „existenzabhängigen“ Terminen konnten die Kapitalisten Überstunden, Schichtausdehnung und Sonderschichten durchsetzen. Sie erpreßten durch Einstellungszusagen und Umwandlung von Zeit- in reguläre Arbeitsverträge. 250 Einstellungen folgten. Vorausgegangen waren Produktionsumstellungen, u.a. Einsatz von Bestückungsvollautomaten, die zu weiterer Arbeitsergliederung führten. 200 neueingerichtete Fertigungsarbeitsplätze (in Zweischicht) werden alle mit Lohngruppe eins bezahlt.

Diese „marktorientierte Geschäftspolitik“ will die Landesregierung fördern. Mit der Zusage weiterer Lohnsenkungen? – (mal)

Siemens Bauelemente 400 Mio. DM für ein neues Halbleiterwerk

München. Siemens ist flüssig wie nie zuvor. Und wird es mehr von Tag zu Tag. Auf dem Halbleitersektor versucht der Siemenskonzern, technologisch mit Japan und USA gleichzuziehen, um Weltmarktanteile am großen Speichergeschäft zu erzielen.

Der Siemenskonzern hat dem Bereich Bauelemente 400 Mio. DM nicht rückzahlbar zur Verfügung gestellt, um den 1 und 4 Megabit Speicherbaustein zu entwickeln und eine Produktionsstätte aufzubauen. Dieser Baustein beinhaltet 1 bzw. 4 Millionen Schaltzustände auf einer Fläche von ca. 50 mm². Entwickelt wird in Mün-

chen Perlach, die Produktion soll 1985/86 in Regensburg aufgenommen werden.

Ähnlich ist Siemens bei der Entwicklung und Produktion des 64 k-Speichers verfahren. Entwicklung in München, mit Forschungsmitteln vom Bundesforschungsministerium, Produktion in Villach, Österreich. Das Lohngefälle zwischen München und Österreich liegt bei ca. 30%. Die Urlaubszeit in Österreich ist geringer und, wie Siemens hervorhebt, die Bereitschaft zu Überstunden und Samstagsarbeit ist hoch.

Doch bei dem neuen Megabit-Speicherprojekt können die Siemens-Kapitalisten die Produktion nicht ins deutschsprachige Ausland verlagern. Die Bundesregierung will bei einer For-



In der Halbleiterfertigung bei Siemens-München-Freimann

schungsmittelvergabe eine Produktion im Inland sehen. Daraufhin wurde Regensburg als Standort ausgesucht. Nicht aus Wohltätigkeitszwecken für ein Werk, das in den letzten vier Jahren um die Hälfte der Belegschaft gekürzt wurde. Eine Stadt wurde ausgesucht, wo Siemens schon eine Halbleiterproduktionsstätte hat. Kenntnisse für diese Produktion sind vorhanden. Die Belegschaft, um die Hälfte gekürzt bei hoher örtlicher Arbeitslosigkeit, ist nach Siemensansicht eingeschüchtert. Das Lohngefälle zwischen München und Regensburg bewegt sich zwischen 15 und 20%. Und noch ein Punkt ist wichtig für die Siemens-Kapitalisten: Die Produktion solch kleiner Strukturen erfordert einen Reinraum bester Klasse. Die Beschäftigten in den Reinstäumen sollen sich diesen Zwängen unterordnen: Acht Stunden lang in einem Reinraumanzug voll maskiert arbeiten, damit ja keine Partikel beim Arbeiten erzeugt werden. In München hat es die Geschäftsleitung schwer, diese Vollmaskierung durchzusetzen. In Regensburg sollte das bei einem neuen Beschäftigtenstamm „einfacher“ werden. – (ger)

Wohnungsbaupolitik 15 Mio. DM für Eigenheimbildungswettbewerb

Schleswig. Innenminister Claussen gab im Oktober 1983 bekannt, daß die Landesregierung von Schleswig-Holstein 1984 13 300 Wohnungen fördern wolle; dabei besonders selbstbewohnte Eigenheime. Die schleswig-holsteinische Landesregierung hat schon immer viel Wert auf die Eigentumsbildung in Form von Eigenheimen gelegt. So beträgt die Quote in Schleswig-Holstein 43% gegenüber 40% im Bundesdurchschnitt.

Die Kosten eines Eigenheimes stiegen von 66 000 DM (1962), auf 154 500 DM (1972), sodann auf 339 200 DM (1982). Die Anträge auf Zwangsversteigerung von Wohnungs- und Grundstückseigentum in Schleswig-Holstein lagen 1980 bei 1746; 1981 bei 1750; 1982 bei 3523 und 1983 bei über 4000, wobei die Versteigerungen wertmäßig meist zwischen 250 000 bis 400 000 DM lagen.

Im November 1983 wurde vom Innenminister ein Wettbewerb für Architekten, Bau- und Wohnungskapitalisten ausgerichtet. Die sollten bis zum März 1984 Vorschläge unterbreiten, wie es möglich ist, für höchstens 200 000 DM Eigenheime zu erstellen. Der Quadratmeterpreis darf nicht über 1250 DM liegen, die Gesamtwohnfläche nicht unter 85 qm. Es sind 96 Projektvorschläge eingegangen, für die Landesinnenminister Claussen 15 Mio. DM locker gemacht hat.

Was steckt hinter dem Programm für Privatbesitz in Form von Eigenheimen? Der Renner, womit die CDU u.a. die Bundestagswahlen 1983 gewonnen hat, war die drastische Senkung der Zinsen. Diese drückten viele Lohnabhängige nicht mehr so stark. Eigentumsbildung war wieder eher möglich, wenn auch über starke Verschuldung bei den Banken.

Die Mietsteigerungen lagen in den Jahren 1981 bei 4,3%, 1982 bei 5,0% und 1983 bei 5,6%, also deutlich über der allgemeinen Steigerung der Lebenshaltungskosten, die 1983 bei 2,4% lag.

Wohin das Programm der Landesregierung zielt, Familien mit drei Kindern z.B. können bis zu 76 000 DM zinsverbilligte Kredite bekommen, ist dennoch kurzfristiger Natur vielleicht bis zu den übernächsten Wahlen. Denn Häuser, die im Erstellungspreis um die Hälfte billiger sind als sonst von den Kapitalisten verlangt, halten nicht nur zur Hälfte weniger. Sie verschleißten um ein vielfaches schneller. Die Nebenkosten werden im Verhältnis steigen und eine überhöhte Verschuldung ist die Folge. – (ale)

Arbeitsbedingungen eines Zivildienstleistenden: „Ihr könnt froh sein, daß ihr Zivildienst leisten dürft“

Dortmund. Bericht eines Zivildienstleistenden, der in einem Krankenhaus Dienst leistet. Der Zivildienstleistende erhält einen Einberufungsbescheid mit der Anordnung, an einem Einführungslehrgang teilzunehmen. Während dieses Lehrgangs ist er in der Zivildienstschule kaserniert. In dem Einberufungsbescheid ist vermerkt, daß er in der dienstlichen Unterkunft zu wohnen hat, d.h. er muß im Schwesternwohnheim wohnen und bekommt deshalb die Miete für seine Wohnung nicht bezahlt. Daher wendet er sich an das Unterhaltungsamt. Da er aber vor

Pflichtkursen „staatsbürgerlicher Unterricht“ und „Erste Hilfe“. Die Pflichtkurse unterscheiden sich von den anderen Kursen dadurch, daß der ganze Einführungslehrgang wiederholt werden muß, wenn sie nicht besucht wurden, sei es bedingt durch Krankheit oder durch andere Gründe. 3. Aufklärung über finanzielle und rechtliche Dinge während des Lehrgangs. Am nächsten Tag wird in der Gruppe der Stundenplan besprochen. 1. Woche: Gruppenarbeit mit Dienstsport. Ausnahme Freitag: Gespräch mit dem Leiter der Zivildienstschule über Aufga-

Grundpflege. 4. Woche: Auswertung der Gruppenarbeit: Jeder erzählt noch einmal von seiner Arbeit. Ein Großteil der Gruppe arbeitet im Mobilen Sozialen Hilfsdienst (MSHD). Ihre Aufgabe ist es, Hilfsbedürftigen wie Querschnittgelähmten oder älteren Menschen im Haushalt zu helfen. Die ZDLer müssen für sie einkaufen, kochen, die Wohnung sauber halten und Pflegedienste wie Waschen der Patienten ausführen. Einige arbeiten im Altenheim und müssen dort auch Pflegedienste wie Waschen und Füttern der Patienten ausführen. Fast alle müssen in der dienstlichen Unterkunft wohnen, weil sie keine Heimschlaferlaubnis haben.

In der darauffolgenden Woche beginnt die Arbeit in der Einsatzstelle für die nächsten 15 Monate. Die Anweisungen der ersten beiden Tage sind längst vergessen. Daher nochmalige Einweisung: Instrumente desinfizieren, Räume aufräumen, Einräumen von Wäsche, Spritzen usw. Die ersten drei Tage verlaufen ruhig, man bekommt ständig ein paar Aufgaben dazu. So geht es vom Einräumen von Spritzen zum Aufziehen von Spritzen, Umbetten von Patienten, Vorbereiten von Infusionen, Bereitlegen von sterilen Instrumenten usw. Da nicht erklärt wird, welchen Zweck diese Aufgaben haben, wird am Anfang viel falsch gemacht. Es werden nur die praktischen Abläufe erklärt, z.B. daß man sterile Instrumente nicht anfassen darf, aber nicht, warum nicht. So kann es passieren, daß eine sterile Stelle berührt wurde, die nicht gezeigt wurde, und der Patient unterliegt der Gefahr, infiziert zu werden. Sobald solche Aufgaben ausgeführt werden, hat man die gleiche Arbeit zu leisten wie ein ausgebildeter Pfleger. Da überall Personal fehlt, wird man schnell zu Arbeiten herangezogen, die ein ZDLer nicht ausführen kann, weil er nicht darin ausgebildet ist. Im übrigen dürfte er sie von den Bestimmungen des Bundesamtes für den Zivildienst über die Tätigkeiten eines ZDLers her nicht ausführen. So kann es schon in der ersten Woche vorkommen, daß der ZDLer einem Patienten eine Spritze geben muß, ohne zu wissen, was er gespritzt hat. Dies passiert nur, weil im Notfall zu wenig Personal vorhanden ist. Wenn sich der ZDLer daraufhin beim Vertrauensmann beschwert, werden diese Aufgaben zwar für ca. eine Woche zurückgedrängt, dafür bekommt man in dieser Woche aber auch den Druck der Vor-



Der Zivildienstleistende wird als billige Arbeitskraft eingesetzt

der Einberufung kein eigenes Einkommen hatte (Schulentlassung und dann arbeitslos), wird ihm keine Mietbeihilfe gewährt. Mit der Begründung: „Sie können ja während ihrer Dienstzeit bei ihren Eltern wohnen.“

Am Einberufungstag muß der Zivildienstleistende bei der Dienststelle erscheinen, wo ihm seine Einsatzstelle zugewiesen wird. Daraufhin erklärt der Leiter der Einsatzstelle die Tätigkeiten, die der ZDLer auszuführen hat. An den ersten beiden Tagen erklären die Pfleger und Schwestern, wie die Arbeit auszuführen ist. Am dritten Tag beginnt der Einführungslehrgang mit einer Übersicht über den Ablauf des Lehrgangs. Der sieht folgendermaßen aus: 1. Einteilung in Gruppen mit dem gleichen Aufgabenbereich (z.B. ZDLer, die im Krankenhaus arbeiten, gehen in die „Medizinergruppe“). 2. Aufklärung über die Teilnahme an den

ben des Zivildienstes. Ergebnis: „Ihr könnt doch froh sein, daß ihr hier Zivildienst leisten dürft. Im kommunistischen Machtbereich wärt ihr längst im Gefängnis.“ Kein Wort über das neue Zivildienstgesetz oder die Behandlung von Totalverweigerern. 2. Woche, erste Hälfte: Staatsbürgerlicher Unterricht. Der Referent gibt sich sehr liberal. Sogar so liberal, daß er Kritik und Fragen unbeantwortet im Raum stehen läßt, um dann schnell wieder die bürgerlichen Theorien und Ansichten als absolut hinzustellen. Zweite Hälfte: Gruppenarbeit. 3. Woche, erste Hälfte: Erste Hilfe. Angeblich so wichtig, daß bei Nicht-Teilnahme der ganze Lehrgang wiederholt werden müßte. Einem ZDLer, der einen Tag krank war, wurde gesagt, daß er den Kurs jederzeit beim Roten Kreuz oder ASB umsonst nachholen kann; zweite Hälfte: Gruppenarbeit, Ausbildung in

Kriegsdienstverweigerung von 1960 bis heute

Seit 1960 gibt es das Gesetz zur Kriegsdienstverweigerung. Seitdem unterliegt der Kriegsdienstverweigerer der Gewissensprüfung. Ein Prüfungsausschuß beim Kreiswehersatzamt, bestehend aus einem Vorsitzenden, einem benannten Beisitzer und zwei gewählten Beisitzern, entscheidet über den Antrag, als Kriegsdienstverweigerer anerkannt zu werden.

In diesem Prüfungsverfahren soll das Gewissen des Verweigerers durch Fragen zur Notwehr und Nothilfesituation (z.B.: „Was würden sie tun, wenn ein Flugzeug über ihrer Stadt eine Bombe abwerfen will und sie sind der Einzige, der mit einer FLAK umgehen kann?“) geprüft werden. Für die Entscheidung der Prüfungskommission ist es irrelevant, wie man antwortet. Sie entscheidet danach, wieviel Zivildienstleistende noch gebraucht werden. Man hat nur eine Chance anerkannt zu werden, wenn man gezielt die Antworten lernt, die die Kommission hören will. Wenn man in der ersten Verhandlung nicht anerkannt wird, besteht die Möglichkeit, in Berufung zu gehen.

Die zweite Instanz ist dann die Prüfungskammer für Kriegsdienstverweigerer. Diese beiden Instanzen sind kostenlos. Die dritte Instanz ist das Verwaltungsgericht, wo Gerichtskosten anfallen.

Am 1. August 1977 trat ein Gesetz zur Aussetzung des Prüfungsverfahrens in Kraft, das keine Gewissensprüfung mehr vorsah. Dieses Gesetz wurde allerdings am 13. April 1978 durch eine Klage der CDU/CSU

beim Bundesverfassungsgericht, für verfassungswidrig erklärt und die Gewissensprüfung wieder eingeführt. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts betont den Vorrang der Bundeswehr vor dem Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung.

Seit dem 1. Januar 1984 ist nun ein neues Gesetz in Kraft, das sogenannte Kriegsdienstverweigerungs-Neuordnungsgesetz (KDVNG). Nach diesem Gesetz muß ein Antrag beim Kreiswehersatzamt eingereicht werden, der die Berufung auf den Artikel 4 Abs. 3 Satz 1 des Grundgesetzes enthält.

Dem Antrag muß ein Lebenslauf, ein Führungszeugnis sowie eine Darlegung der Beweggründe für die Gewissensentscheidung beigelegt sein. Außerdem muß der Antragsteller mindestens 17½ Jahre alt sein. Wenn der Antrag vollständig ist und die Beweggründe, die der Kriegsdienstverweigerer angibt, dem Bundesamt für Zivildienst genehm sind, entfällt die Gewissensprüfung und der Antragsteller wird als Kriegsdienstverweigerer anerkannt.

Soldaten, die während ihrer Dienstzeit Antrag auf Kriegsdienstverweigerung stellen, unterliegen gleich der Gewissensprüfung. Eine wesentliche Neuerung des Gesetzes ist die Verlängerung der Dienstzeit der anerkannten Verweigerer von 16 Monate auf 20 Monate. Dieses Gesetz tritt am 30. Juni 1986 außer Kraft, wenn der Gesetzgeber bis dahin nichts anderes bestimmt hat.

Quellenhinweis: Kriegsdienstverweigerungs-Neuordnungsgesetz, Bundesamt für Zivildienst

gesetzten zu spüren. Danach geht es mit den gleichen Aufgaben weiter. Die Pfleger und Schwestern können nicht verstehen, daß dort jemand arbeitet, der nicht ausgebildet völlig neu im Krankenhaus arbeitet. Wenn man eine Aufgabe ablehnt, weil man einfach nicht weiß, wie diese auszuführen ist, wird man gleich als faul abgestempelt und bekommt gleich noch einige Aufgaben dazu. Nach weiteren vier Wochen muß man schon wieder eine Spritze geben. Die gleiche Situation: Notfall, kein Personal abkömmlich, der ZDLer muß eine Spritze geben. Da die offizielle Beschwerde nicht fruchtete, geht der ZDLer diesmal direkt zu dem Pfleger, der es auftrag. Der Pfleger antwortete daraufhin: „Stell dich nicht

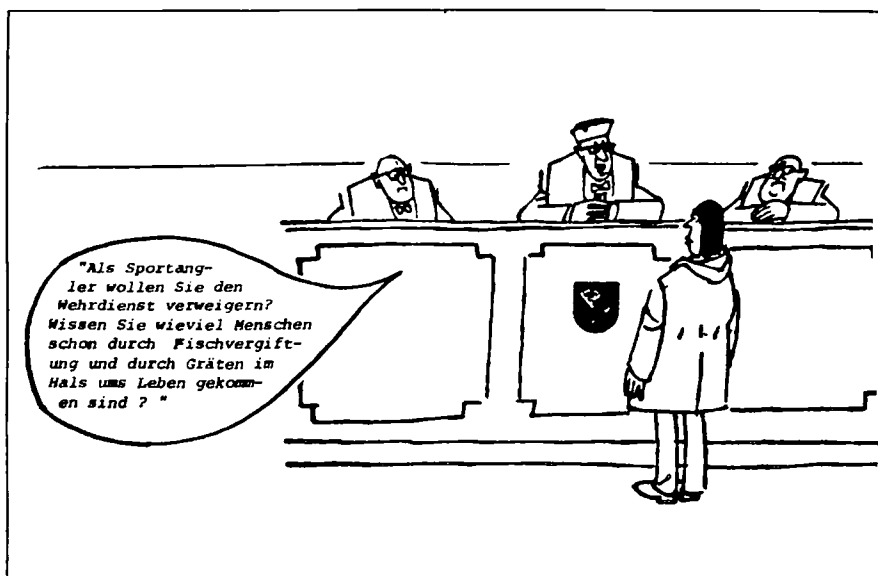


Aktionen vor dem Bundesamt für Zivildienst

so an. Ich muß auch andauernd Spritzen geben, ohne zu wissen, was sie bewirken.“

So geht es die ganze Dienstzeit über. Man bekommt Aufgaben übertragen, ohne erklärt zu bekommen, welchen Zweck sie haben. Hauptsache man führt sie aus. So passieren eine Menge Fehler, die sich immer nachteilig für den Patienten auswirken. Wenn man sich weigert oder beschwert, wird man als faul bezeichnet und bekommt noch mehr Aufgaben dazu. Außerdem steht man während dieser ganzen Zeit immer noch unter dem gleichen Status wie ein Soldat. Befehlsverweigerungen haben drakonische Strafen zu Folge, von Geldstrafen bis zu Gefängnis. Man hat also einen Dienst zu leisten, der dem eines Pflegers gleich kommt, und das für 7,50 DM pro Tag.

Dies alles passiert nur, weil zu wenig Personal eingestellt wird. Dies Defizit soll durch billige ZDLer kompensiert werden. Eine Möglichkeit, die Interessen gemeinsam zu vertreten, gibt es nicht, da die ZDLer nicht in die Gewerkschaft aufgenommen werden. Durch den Personalrat können sie auch nicht vertreten werden, weil sie dort nicht mitwirken dürfen. - (axg, hek)



Die Gewissensprüfung besteht aus unsinnigen Fragen

Am 27.1.83 streikten bundesweit ca. 11000 Zivildienstleistende gegen das von der Regierung in aller Eile durchgebrachte Gesetz zur „Neuordnung des Rechtes der Kriegsdienstverweigerung und des Zivildienstes“.

Da es für Zivildienstleistende verboten ist zu streiken, war dies ein bewußter Verstoß gegen die §§ 26 und 27 des Zivildienstgesetzes. Das Bundesamt für den Zivildienst, zuständiger Minister Heiner Geißler, reagierte daraufhin mit harten Disziplinarstrafen. So erhielten die Streikenden Geldbußen in Höhe von durchschnittlich 80 DM (ca. 30% des Monatslohnes eines ZDLers.)

Es wurden Streikfonds eingerichtet. U.a. wurde die Aktion „Geißler läßt Zivildienstleistende bluten“ durchgeführt. Hierbei spendeten Zivildienstleistende Blut und gaben das Geld für den Streikfond.

Dienstzeit

Die Dienstzeit ist jetzt ein Drittel länger als der Grundwehrdienst. Das bedeutet jetzt 20 Monate gegenüber 15 Monaten Wehrdienst. Ausnahmen machen nur die Verweigerer, die ihren Antrag vor dem 1.7.83 eingereicht haben. Sie werden auch weiterhin 16 Monate Dienst tun. Bei einer möglichen Verlängerung des Wehrdienstes auf 18 Monate betrüge der Zivildienst dann automatisch 24 Monate.

Damit ist dann der Rahmen, der sich aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 13.4.78 ergibt, ausgeschöpft. Darin heißt es zur Ausgestaltung eines Zivildienstes, der ein Prüfungsverfahren ersetzen könnte: „Hierzu gehört insbesondere die vom quantitativen Ausbau des Dienstes abhängige Gewißheit, Ersatzdienst leisten zu müssen, die Dauer des Dienstes, die Art der zu erfüllenden Aufgaben und die rechtliche und tatsächliche Ausgestaltung des Dienstverhältnisses ... Außer der Pflicht, Waffendienst zu leisten, kann er (der Gesetzgeber, der Verf.) alle Pflichten und Belastungen, welche die Wehrdienstleistenden treffen, in gleichem Maße auch den Zivildienstleistenden auferlegen. So kommt etwa in Betracht, den Zivildienst auf bis zu 24 Monate zu verlängern.“

Obwohl im Grundgesetz vorgesehen ist, daß der Ersatzdienst die Dauer des Wehrdienstes nicht überschreiten darf, ist bereits seit 1973 der Zivildienst länger. Begründet wird das mit der Möglichkeit, Wehrpflichtige nach Diensten zu Wehrübungen heranzuziehen.

Billige Arbeitskräfte

In welcher Weise die Zivildienstleistenden in steigendem Maße als billige Arbeitskräfte eingesetzt werden, ist besonders 1976 deutlich geworden.

Wegen der beabsichtigten Aussetzung der Gewissensprüfung für Kriegsdienstverweigerer, die ab 1. Oktober 1976 gelten sollte, wurde die Zahl der Zivildienstplätze drastisch erhöht. Durch das Scheitern des Gesetzes setzte aber der erwartete Zustrom nicht ein. Im September 1976 waren annähernd 50 Prozent der Zivildienstplätze nicht besetzt. Die erheblichen Schwierigkeiten, die sich in den verschiedenen Sektoren des sozialen Bereiches daraus ergeben, zeigen exemplarisch, welche Bedeutung die Zivildienstleistenden bereits damals hatten. Das Bayerische Rote Kreuz meldete den dringenden Bedarf von 400 Zivildienstleistenden. Seine Vertreter wiesen darauf hin, wenn nicht sofort Zivildienstleistende zugeteilt würden, seien sie gezwungen, Arbeitslose einzustellen. (Protokoll der Sitzung des Beirates für Zivildienst v. 7.9.76) Daraufhin wurde dem Bayerischen Roten Kreuz auch Zivildienstleistende aus Norddeutschland zugeteilt.

Die Stellung des DGB dazu: „Unsere grundsätzliche Position ist, daß dem Ersatzdienst nur solche Aufgaben und Einsatzbereiche zugeteilt werden dürften, die nicht privatwirtschaftlichen bzw. fiskalischen Interessen dienen. Die Tätigkeiten in diesen Einsatzbereichen müssen grundsätzlich ... arbeitsmarktpolitisch neutral sein.“ „Durch die Öffnung im Bereich der Sozialpflege wurde ja im Grunde genommen ein Eingriff in den Arbeitsmarkt vorgenommen. Aber wir meinen, einen Einsatz von Ersatzdienstleistenden wegen der besonderen Gemeinnützigkeit dieser Bereiche akzeptieren zu müssen. Aber die Grenze muß von uns als DGB dort gesetzt werden, wo ... in neue Arbeitsmarktgebiete hineingestoßen wird.“ (H. Viethoff, Vertreter des DGB beim Bundestagshearing 1971)

Zivildienstüberwachung

Die Überwachung durch das Bundesamt für den Zivildienst ist bis zum 32. Lebensjahr verlängert worden. Es wird jetzt von den Meldeämtern jeder Wohnsitzwechsel direkt gemeldet. Wozu diese stärkere Überwachung dient, ist in der Begründung zum Entwurf über das Gesundheitssicherstellungsgesetz dargelegt. „Innerhalb der Zivilverteidigung wurde dem Sanitäts- und Gesundheitswesen kaum die Beachtung geschenkt, die sie im Ernstfall verdient ... In der gleichen Weise ist die Meldepflicht für die Berufe des Gesundheitswesens und ehemalige Zivildienstleistende behandelt ... Voraussetzung einer funktionierenden Organisation ist selbstverständlich die Zusammenarbeit der zuständigen Behörden aller Ebenen mit den Dienststellen der Bundeswehr, insbesondere der Territorialheeres.“

Dienstunterkünfte

Seit Bestehen des Zivildienstes ist immer wieder versucht worden, die Zivildienstleistenden in Kasernen und Zwangsunterkünften zu stecken. Am 1.10.69 wurde das Lager Schwarmstedt bei Hannover in Betrieb genommen. 14 Baracken umgeben von Maschendrahtzaun. Durch einen Streik am 20. Januar und durch die breite Unterstützung u.a. durch den Bundesvorstand des DGB wurde das Lager kurze Zeit später wieder aufgelöst.

Seit 1979 fordert das Bundesamt jedoch wieder stärker von den Trägern die Einrichtung von Dienstunterkünften. Jetzt ist in Karlsruhe eine Dienstunterkunft für Zivildienstleistende gebaut worden mit 45 Plätzen. Wenn dies auch noch keine Kaserne ist, so ist jedoch das Bestreben groß, die Zivildienstleistenden in Gemeinschaftsunterkünften unter Kontrolle zu bringen. Die Zahl der Zivildienstplätze mit Dienstunterkunft ist bereits in den letzten Jahren stark gestiegen.

Zivildienstplätze

Um die Stellen für die Zivildienstleistenden zu vermehren und ihren Einsatz günstiger zu gestalten, sollen jetzt auch verstärkt Plätze im Bereich Landschaftspflege eingerichtet werden. Schon jetzt werden Zivildienstleistende zur Pflege von Grünanlagen in Dortmund herangezogen. Sie sind auch billiger als Sozialhilfeempfänger.

Bereits Anfang 1971 war versucht worden, zwei Ersatz-

dienstleistende zur Feuerwehr in Düren einzuberufen. Zahlreiche Protestaktionen und ein bundesweiter Streik am 1.4.71 konnten den Einsatz in diesem Bereich bisher verhindern.

Um auch die Abschreckung von der Schwere des Dienstes her wirkungsvoller zu machen, sollen alle Stellen im Bereich 04 (Verwaltung) gestrichen werden. „Die Beschäftigung von Zivildienstleistenden muß von ihrer körperliche und psychischen Belastung so gestaltet werden, daß diese nicht zu einer offensichtlichen Ungleichbehandlung gegenüber den Wehrdienstleistenden führt.“

Der Einsatz von Zivildienstleistenden bei der unmittelbaren pädagogischen Betreuung von Kindern und Jugendlichen darf nur anerkannt werden, soweit das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit dies durch besonderen Erlaß zuläßt.“

Totalverweigerer

Nicht das Gericht, sondern Wörner selbst will die Haftstrafen für Totalverweigerer festlegen. Wörner hat „vor dem Petitionsausschuß (des Bundestages, der Verf.) auf die grundsätzliche Haltung seines Ministeriums hingewiesen, wonach solche Verweigerer (gemeint Totalverweigerer, der Verf.), die zu Freiheitsstrafen von weniger als einem Jahr – selbst ohne Aussetzung zur Bewährung – verurteilt sind, nicht (aus der Bundeswehr, der Verf.) entlassen würden.“

So wird denn ein Totalverweigerer, der auch die Prozedur der Kriegsdienstverweigerung ablehnt, zunächst wegen „Fahnenflucht“ oder „Befehlsverweigerung“ bei der Bundeswehr etwa 65 Tage in den Arrest gesteckt. Es folgt das Zivilverfahren mit Haftstrafen zwischen acht und 18 Monaten. Ruft die Bundeswehr solche Verweigerer erneut ein, so geht es von vorne los. Das Bundesverfassungsgericht hat trotz des Mehrfachbestrafungsverbotes die Mehrfachbestrafung von Totalverweigerern für Rechens erklärt.

Christoph Rosenthal aus Göttingen, gerade vom Amtsgericht Itzehoe zu acht Monaten Haft verurteilt, erklärte: „Wir totalen Kriegsdienstverweigerer lehnen es ab, uns für den Kriegsdienst erfassen und mustern zu lassen, der Wehrpflicht – sei es als Wehrdienst oder Zivildienst – Folge zu leisten ... und uns für den Kriegsdienst mit oder ohne Waffe einplanen zu lassen.“

Polizei gegen britische Bergarbeiter

Mit mehr als 10000 Polizisten versucht die britische Regierung unter Margret Thatcher, in den mittelländischen Kohlebergwerken ihr Antistreikgesetz durchzusetzen. Die Bergarbeitergewerkschaft hatte alle 188000 Bergleute in den Streik gerufen, um gegen die geplante Stilllegung von 20 Zechen mit etwa 20000 Entlassungen zu protestieren. Die britischen Kohlereviere sind unterschiedlich von dieser Schließung betroffen, entsprechend uneinheitlich ist die Reaktion der Bergleute in den verschiedenen Bezirken. Während der Streik in Schottland, Wales und Nordengland geschlossen steht, gingen Urabstimmungen der Gewerkschaft in drei anderen Bezirken gegen Streik aus. Streikposten hatten versucht, die Arbeiter dieser Bezirke für Streikbeteiligung zu gewinnen. Nach den neuen Gewerkschaftsgesetzen sind diese Streikposten illegal, deshalb der Polizeieinsatz. Hoffnungen der Regierung, den Streik damit zerschlagen zu können, haben sich bislang nicht erfüllt. Am 21. März arbeiteten

Polnische Kirche für Kreuze in Schulen

Wenn die polnische katholische Kirche anfängt, eine gesellschaftliche Gruppe zu unterstützen, kann man sicher sein, daß sie etwas zur Fesselung der Arbeiterbewegung und gegen eine von der Kirche unabhängige staatliche Ordnung unternimmt. Ihre genau zum Zeitpunkt des außerordentlichen Parteikongresses der PVAP unternommene Kampagne, wieder Kreuze in den Schulen aufzuhängen und sie in der Landwirtschaftsschule Garwolin zu verteidigen, zeigt an, daß sie, nachdem sie ihr Bestes getan hat, um die Gewerkschaft „Solidarität“ zu er-



ledigen, sich nun über die Landjugend hermacht. Die Regierung besteht darauf, die Trennung von Kirche und Staat einzuhalten und hat die Schule auf unbestimmte Zeit geschlossen. Ihre Position ist jedoch

schwach. Sie hat in der Vergangenheit immer neue Kompromisse mit der Kirche in Schulfragen geschlossen. Aktuell kommt hinzu, daß der Mitgliederverlust der PVAP sich vor allem bei der Jugend bemerkbar macht. Vermutlich gedenkt die Kirche, den Konflikt zu schüren und überzuführen in den Kommunalwahlkampf, in dem sie ihren gestärkten Einfluß in der Gesellschaft, die sie hartnäckig als „katholische Nation“ bezeichnet, durch Mandate dokumentieren will. Die Kommunalwahlen waren bereits verschoben und von den Wahlen zum Parlament abgetrennt worden. Nun sind nur die Kommunalwahlen auf den 17.6. festgelegt.

nur 38 von 174 Zechen, und von diesen 38 produzierten acht nur sehr wenig.

Türkei: Hungerstreiks gegen Folterungen

Die politischen Gefangenen im Militärgefängnis Diyarbakir haben ihren Hungerstreik gegen die Folterungen und die Haftbedingungen beendet. Bei einer Inspektion im Gefängnis

hatte Generalstabschef Ürgü medizinische Versorgung und die Erfüllung ihrer wichtigsten Forderungen zugesichert. Elf Gefangene waren während des Hungerstreiks gestorben. Die 1500 Gefangenen des Militärgefängnisses Mamak in Ankara setzten ihren Hungerstreik fort, den sie Mitte Februar gegen die Folterungen begonnen hatten. — In der BRD finden Unterstützungsaktionen statt.

Südafrika/Azania: Zwangsvertreibungen

Das südafrikanische Regime bedroht die 5000 Einwohner des Ortes Mgwali mit der Zwangsumsiedlung in ein ödes Gebiet in der Ciskei, einem der zum „Homeland“ erklärten Reservatgebiete. Im Rahmen seiner Unterdrückungspolitik hat das Regime die Schwarzen insgesamt zu Angehörigen der verschiedenen „Homelands“ erklärt und führt systematisch Vertreibungsaktionen durch. Der Ort Mgwali liegt in einem Gebiet, in dem nur Weiße wohnen sollen. Gegen ihre Vertreibung haben sich die Bewohner von Mgwali seit vier Jahren gewehrt. Sie weigerten sich, den Paß der Ciskei anzuerkennen und Steuern an die vom Regime eingesetzte Regierung der Ciskei zu zahlen. Am 17.2.84 verhaftete das Regime 15 Mitglieder des Einwohnerkomitees. Einen Tag zuvor hatte das Regime 3000 Bewohner des Ortes Mogopa in ein „Homeland“ zwangsumgesiedelt.

Spanien: Lohnleitlinien durchbrochen

Im Januar hatte die Regierung für die beginnenden Lohnverhandlungen eine Lohnleitlinie von 6,5% aufgestellt. Der anschließende Versuch, die Gewerkschaften auf einen Sozialpakt zur Durchsetzung dieser Lohnsenkungspolitik zu verpflichten, scheiterte. Als Antwort darauf nötigte die Vereinigung der spanischen Arbeitgeberverbände (CEOE), den Gewerkschaften Einzelver-

handlungen über 3600 Tarifverträge auf. Seitdem führten die spanischen Gewerkschaften örtliche Generalstreiks, betriebliche und Branchestreiks für Lohnforderungen zwischen 10 und 12% durch. Viele dieser Streiks richteten sich zugleich gegen die von Regierung und Kapitalistenverbänden betriebene Politik der „industriellen Strukturreform“. Gegen den Streik der Beschäftig-

ten der Madrider Untergrundbahn setzte die Regierung Militär zum Streikbruch ein. Bisher wurden rd. 140 Tarifverträge für etwa 1 Mio. Arbeiter (rd. 10% der Beschäftigten) abgeschlossen. Kapitalistenverbände und Gewerkschaften bestätigten, daß Abschlüsse zwischen 6,5% und 8% liegen, also über der Lohnleitlinie der Regierung. Nach einer Auswertung der Comisiones Obreras für 60 Industriebetriebe und 61 Betriebe des Dienstleistungssektors beträgt die durchschnittliche Tarifierhöhung in der Industrie 8,1%, in den öffentlichen Diensten und dem Dienstleistungsbereich 8,13%. Die Metallarbeitergewerkschaft der UGT meldet eine durchschnittliche Erhöhung in der Metallindustrie von 7,88%. In vielen Verträgen sind Revisionsklauseln enthalten, durch die sich die voraussichtliche Laufzeit der Verträge auf 6 bis 8 Monate verkürzt. Nächste Verhandlungen stehen in der Textilindustrie und für die Beschäftigten der Bahn und der Post an. Auch hier rufen die Gewerkschaften zu Streiks auf.



Grönland: Parlament für EG-Vorschlag

Mit einer Stimme Mehrheit unterstützte das Parlament die von den Außenministern der EG beschlossenen Regelung, nach der die dänische Kolonie in Zukunft als „überseeisches“ Gebiet assoziiert sein soll. Das Parlament legte Neuwahlen für Juni fest. Die Inuit Atagatitig hatte erklärt, daß sie nur zustimme, damit überhaupt Schritte für den Austritt Grönlands aus der EG eingeleitet würden.

BRD-Imperialisten wünschen Beseitigung der europäischen Grenzen

Die westdeutschen Imperialisten führen die bei den Aktionen von Fernfahrern an der österreichisch-italienischen bzw. französisch-italienischen Grenze begonnene Kampagne zur „Beseitigung der europäischen Grenzen“ fort. Alfred E. Bayer, Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, schwärmt im „Bayernkurier“:

„Den Teilnehmern an der nächtlichen Verhandlung in Kiefersfelden wird sicherlich unvergeßlich bleiben, wie die Kraftfahrer aus zehn Nationen für sich in Anspruch nahmen, Bürger der EG zu sein ... Es hat sich hier ein europäisches Wir-Gefühl dokumentiert, von dem die Bürokratie der Mitgliedstaaten bedauerlicherweise häufig noch weit entfernt ist.“

Der von der BRD gestellte EG-Kommissar Karl-Heinz Narjes, Mitglied der CDU, bezeichnet die Aktionen am Brenner als „Geschenk des Himmels“ und meldet nächste Forderungen an: „Nicht Lockerung, sondern Abschaffung der Grenzkontrollen bleibt das Ziel“. Damit solle die „Vollendung des europäischen Binnenmarktes“ erreicht werden. Narjes hat dazu dem EG-Ministerrat konkrete Vorschläge vorgelegt, die von einer Erhöhung der Freigrenzen für Reisende bei Tabak und Alkohol bis hin zur Erhebung der Mehrwertsteuer durch Binnenzollämter reichen.

Das Ziel dieser Kampagne ist nun keineswegs, daß jeder Urlaubsreisender mehr Zigaretten und Schnaps unverzollt mitbringen kann. Das habe der EG-Kommissar Narjes bloß vorgeschlagen, so das „Handelsblatt“, im Hinblick auf die „Direktwahl zum Europa-Parlament, die man den Bürgern mit Konzessionen bei der Grenzabfertigung schmackhaft machen möchte, um das befürchtete Fiasko bei der Wahl, nämlich eine extrem niedrige Wahlbeteiligung, zu vermeiden“.

Die Kampagne gegen „Grenzschikanen“, „Bürokratismus“ und für „Beseitigung der europäischen Grenzen“ ist chauvinistisch, reaktionär und dient ausschließlich den Interessen der BRD-Imperialisten. Tatsächlich verfolgt die BRD mit der Forderung nach Beseitigung der Grenzkontrollen handfeste Interessen der westdeutschen Kapitalisten, wie erste Erfolge der „Grenzen auf“-Kampagne zeigen.

Die italienische Regierung hat sich am 3. März gegenüber dem westdeutschen Verkehrsminister Dollinger bereit erklärt, die EG-Richtlinie zur Erleichterung der Grenzkontrollen vom

1.12.83 nicht, wie zunächst vorgesehen, erst 1987, sondern bereits zum 1.1. 1985 anzuwenden. Diese Richtlinie sieht vor: nur noch Stichprobenkontrollen, Anerkennung der Dokumente des anderen Staates (z.B. Lebensmittelzeugnisse u.ä.), Öffnung der Grenzabfertigung an Werktagen mindestens zehn Stunden, bei Leer- und Transitfahrten 24 Stunden täglich. Inzwischen hat auch die französische Regierung durch ihren Verkehrsminister Fitermann zugesichert, sie werde diese EG-Richtlinie bereits ab 1.1. 1985 in Kraft setzen. Die Autobahngebühren sollen in Frankreich „mittelfristig“ abgeschafft werden.



„Das sind die Kandidaten der SPD für ein starkes und solidarisches Europa.“ (SPD-Wahlaufruf: mit L. Fellermeier als „Grenzen weg“-Propagandist)

Die BRD-Imperialisten würden als größte Warenexporteure in andere EG-Staaten am meisten von einer Beschleunigung des Warenverkehrs und einer vollständigen Beseitigung von Zöllen und Abgaben profitieren. Der Warenexport der BRD in andere EG-Staaten belief sich 1981 auf 186 Mrd. DM, während Frankreich und die Niederlande als nächstfolgende jeweils nur 110 Mrd. DM in die übrigen EG-Staaten exportierten. Auch bei der Wareneinfuhr aus anderen EG-Staaten liegen die BRD-Kapitalisten mit 175 Mrd. DM vor Frankreich mit 123 Mrd. DM an erster Stelle.

Eine deutliche Senkung der Transportkosten und ein rascherer Kapitalumschlag hätte für die BRD-Kapitale noch einen Vorteil. EG-Kommissar Narjes benennt als weitere „Kosten des fehlenden Gemeinsamen Marktes ... den Verzicht auf Arbeitsteilung oder

auf große Serien“ – bei dem vergleichsweise hohen Ausbeutungsstandard, den die BRD-Monopole erreicht haben, versteht sich, daß dann beispielsweise die westdeutsche Automobilindustrie die „große Serie“ fertigt und so die französischen Kapitalisten niederkonkurriert.

Schließlich: Sind die Grenzen weg, wer will dann noch von unverschämter Einmischung sprechen, wenn etwa der westdeutsche EG-Kommissar, wie geschehen, von der italienischen Regierung fordert, „den Zöllnerstreik durch Verhandlungen rasch (zu) beenden oder die Beamten dienstrechtlich zur Dienstbefüllung“ zu verpflichten? Dieses von Narjes geforderte Streikverbot für die Zöllner hat immerhin bewirkt, daß die italienische Regierung am 7. März die Zollbeamtengewerkschaft nach zwei Tagen zur Aufgabe ihrer erneuten Aktion „Dienst nach Vorschrift“ an der österreichisch-italienischen Grenze zwingen konnte – wobei das „Handelsblatt“ auf direkte westdeutsche Einflußnahme auf die italienische Regierung verweist: „Auch der Druck der internationalen Meinung hat die Zollbeamten schließlich bewogen, ihren Streik abzubrechen.“

Quellenhinweis: Handelsblatt v. 8.3. – 12.3.84; FAZ, 5.3.84; Bayernkurier, 10.3.84; Statistisches Jahrbuch der BRD 1983 – (alk)

Frankreich

Wachsender Widerstand gegen Reallohnsenkung

„Mauroy – was ist Wandel ohne Kaufkraft?“ Tausendfach richteten Beschäftigte des öffentlichen Dienstes am 8.3. diese Frage an den Ministerpräsidenten. Zum ersten Male seit 1979 streikten ca. 1,5 Mio. Lohnabhängige des öffentlichen Sektors einheitlich im ganzen Land für 24 Stunden; Zehntausende demonstrierten in zwölf Städten. Wenige Tage zuvor hatte sich der zuständige Minister Le Pors (PCF) in den Lohnverhandlungen geweigert, den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes mehr als einen einprozentigen Lohnnachschatz für 1983 (wirksam ab 1.4.84) zuzugestehen. Alle Gewerkschaften brachen daraufhin die Verhandlungen ab und verweigerten Verhandlungen über Erhöhungen für 1984 vor Vorlage eines besseren Angebots. Zudem forderten sie die Rückkehr zur automatischen Anpassung der Löhne an die Preissteigerungsrate, deren Aufgabe die Regierung 1983 durchgesetzt hatte.

Auf durchschnittlich 4000 FF (1200 DM), d.h. ca. 2,8%, schätzte die CGT die 1982/83 erlittene Reallohnsenkung. Das staatliche Statistikinstitut INSEE mußte diese Behauptung implizit be-

stätigen, als es für den Durchschnitt aller Lohnabhängigen Reallohnverluste von 1,3% in 1983 konstatierte.

Die Reaktion der Regierung auf die ziemlich wirkungsvollen Aktionen vom 8.3. ist widersprüchlich. Während Ministerpräsident Mauroy davon sprach, daß „sich etwas Ernstes ereignet hat“, und Le Pors weitere Verhandlungsbereitschaft bekundete, erklärte Wirtschaftsminister Delors „die Kontinuität der Wirtschaftspolitik für unabdingbar“, schloß jede Rückkehr zur Lohnindexierung aus und gab für 1984 eine Lohnleitlinie von 5% (in Höhe der erwarteten Inflationsrate) vor.

Delors scheint zu hoffen, die relative Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung vom 8.3. aufweichen zu können. Denn hatten einerseits alle Gewerkschaftsbünde von der CGT bis hin zur rechtssozialdemokratischen FO und der christlichen CFTC zur Verteidigung des Reallohns und zum Streik aufgerufen, so zeigte sich die der Sozialistischen Partei nahestehende CFDT gespalten. Während etliche ihrer Einzelgewerkschaften den Streik aktiv trugen, lehnte ihre „Union der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes“ einen nationalen Streik ab. Der Vorsitzende der CFDT griff die Ziele der Streikenden an, indem er den Kampf für die 35-Stunden-Woche gegen die Lohnforderungen stellte. Für den Fortgang wird einiges davon abhängen, ob sich diese Position in der CFDT durchsetzt.

Quellenhinweis: L'Humanité, div. Ausgaben – (pel)

Rücktritt Trudeaus Gelingt die konservative Machtübernahme?

Der am 29. Februar angekündigte Rücktritt des kanadischen Premierministers Trudeau nach fünfzehn Amtsjahren hat die lebhaft Auseinandersetzung um den Kurs der kanadischen Regierung verschärft. Die Konservativen sind von einem Jahr mit ihrem neuen Amtsbewerber Brian Mulroney angetreten, um die Geschäfte zu übernehmen.

In den Meinungsumfragen sind sie seit Monaten führend, wenn auch ihr Vorsprung in den letzten Wochen wieder zurückging. Mulroney, der seit seiner Nominierung nichts anderes tut als wahlkämpfen, ist Anwalt aus Québec und war leitender Angestellter eines Bergbauunternehmens. Mitte Juni wird die Liberale Partei Trudeaus Nachfolger wählen, der dann auch das Amt des Premiers übernimmt; mit Neuwahlen wird im Herbst gerechnet.

Die amerikanische Wochenzeitschrift Newsweek kommentierte: „Wer immer auch an Trudeaus Stelle

tritt, die Reagan-Regierung wird hoffen, daß Mulroneys Konservative ihn schlagen. Die Reagan-Anhänger haben Trudeau nicht vergeben, daß er die US-Politik in Mittelamerika kritisiert und sich gegen die Grenada-Invasion ausgesprochen hat. Sein Versuch, das ausländische Eigentum an Kanadas Energiequellen zu begrenzen, hat die republikanischen Marktwirtschaftler verärgert.“

Sehr groß sind die diesbezüglichen Erfolge nicht gewesen. 1970 waren



Der Konservative Mulroney beim Wahlkampf.

35,7% aller Kapitalanlagen in Kanada in auswärtigem, vor allem US-Eigentum; 1980 waren es noch 27%. Da das Kanadialisierungsprogramm im wesentlichen eine Ausweitung des staatlichen Sektors bedeutete, hat es auch nicht den ungeteilten Beifall der kanadischen Bourgeoisie gefunden, obgleich die Regierung Trudeau es aus der Besteuerung der Massen finanzierte. Und die Profite sind den Kapitalisten zu niedrig, mit derzeit 8,7% des Bruttosozialprodukts, während sie im längerfristigen Durchschnitt bei 10,5% lagen und der Stand vor der letzten Rezession 12,6% betrug.

Gleichzeitig haben die arbeitenden Klassen erst recht keinen Grund, die Politik der Regierung Trudeau zu unterstützen – als Trudeau an die Macht kam, verfügten die ärmsten 40 Prozent der Bevölkerung über 15,6 Prozent des Nationaleinkommens; jetzt sind es 15,5 Prozent. Das Krisenbewältigungsprogramm Trudeaus sieht zahlreiche Subventionen für die besitzenden Klassen vor. Im Haushaltsentwurf 1984/85, der am 16. Februar im Parlament eingebracht wurde, ist eine steuerliche Förderung der Gewinnverteilung an Angestellte durch einen zehnprozentigen Steuernachlaß vorgesehen sowie ein Fonds zur Förderung des privaten Handels mit der Dritten Welt. Seit zwei Jahren bestehen Begrenzungen für

Lohn- und Gehaltserhöhungen im öffentlichen Dienst, die jetzt nur schrittweise aufgehoben werden sollen.

Die Konservativen haben bereits in acht der zehn kanadischen Provinzen die Regierungsgewalt und sind zuversichtlich, sie jetzt auch auf Bundesebene zu erringen. Die Volksverarmung wird dadurch beschleunigt werden.

Quellenhinweis: Archiv der Gegenwart 16.2.84; Neue Zürcher Zeitung 7.3.84; Maclean's, div. Ausgaben bis 12.3.84; Newsweek 12.3.84 – (mfr)

Brasilien Freisprüche für Gewerkschaftsführer

Am 8.3.84 wurden der ehemalige Vorsitzende der Metallarbeitergewerkschaft von Sao de Bernardo und jetzige Vorsitzende der Arbeiterpartei (PT), Luiz Ignacio da Lula da Silva (bekannt als „Lula“), sowie vier weitere Gewerkschaftsführer vor dem Militärgericht in Manaus freigesprochen. Sie waren angeklagt wegen Verstößen gegen das Staatsschutzgesetz. Das Militärgericht hatte ihnen vorgeworfen, die Teilnehmer einer Bauerndemonstration 1980 in Brasilia zum Mord an dem Mörder eines Bauernführers aufgerufen zu haben. Dieser Prozeß war von den Militärs initiiert worden, nachdem Lula und die anderen in der gleichen Angelegenheit bereits vor zivilen Gerichten freigesprochen worden waren.

Der Internationale Metallarbeiterbund hatte gegen die neuerlichen Versuche, die brasilianische Gewerkschaftsbewegung und deren politische Vertreter vor Gericht abzuurteilen, protestiert und einen Prozeßbeobachter geschickt. Die nationalen Metallarbeitergewerkschaften wurden aufgefordert, Protestschreiben an die jeweiligen brasilianischen Botschaften zu senden. In Brasilien wandten sich alle Oppositionsparteien gegen diesen Prozeß.

Trotz dieses Freispruchs lasten die Niederlagen im Kampf gegen die vom IWF diktierten Lohnsenkungen Ende 1983 auf der brasilianischen Arbeiterbewegung. Mit Massendemonstrationen und -streiks sowie mit Unterstützung verschiedener Oppositionsparteien wurden vier Lohnsenkungsgesetze verhindert. Den regierenden Sozialdemokraten der PDS gelang es im November mit Hilfe der brasilianischen Arbeiterpartei (PTB) das Lohngesetz Nr. 2065 im Parlament durchzubringen. Danach sollen zukünftig die Löhne nur um 87% des Verbraucherindex steigen: Die unteren Löhne um 100%, die höchsten um 50%. Durch die Veränderung des Verbraucherindex – Minister D. Netto strich Waren wie Benzin u.a. aus dem Warenkorb heraus –

erzielte die Regierung neben der Spaltung der Lohnabhängigen auch beträchtliche Lohnsenkungen für die unteren Löhne. Der geschätzte Reallohnverlust beträgt bei den Löhnen bis 325 DM/Monat (= 67% der Lohnabhängigen) etwa 12%; bis 540 DM (16%) ca. 17% und bis 1 100 DM (11%) 25%.

Quellenhinweis: tageszeitung vom 2. u. 11.3.84; IMB-Pressemitteilung; Lateinamerika-Nachrichten Nr.121 - (sie)

Südafrika/Mosambik Imperialisten erzwingen Sicherheitsabkommen

Am 16.3. unterzeichneten die Präsidenten Mosambiks, Machel, und der Republik Südafrikas, Botha, ein Sicherheitsabkommen. Das Abkommen verpflichtet beide Staaten, zu verhindern, daß ihr jeweiliges Territorium „als Basis, Durchgangsgebiet oder in irgendeiner anderen Weise von einem anderen Staat, Regierung, fremdem Militär, Organisationen oder Individuen, die Gewaltakte, Terror oder Aggression gegen den anderen Staat planen oder vorbereiten, benutzt wird“. Die Regierung Mosambiks erwartet, daß damit die südafrikanische Unterstützung der Terrorbanden der RNM aufhört. Mosambik soll dafür militärische Aktionen der südafrikanischen Befreiungsorganisation ANC von seinem Territorium aus nicht mehr zulassen, allerdings bleibt die Vertretung des ANC in Maputo bestehen.

Die westdeutsche Presse kommentierte hämisch, die Regierung Mosambiks habe die Unterstützung des Befreiungskampfes in Südafrika jetzt einstellen müssen, weil ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten aufgrund „marxistischem Mißmanagement“ plus Dürrekatastrophe zu groß geworden seien.

Tatsächlich jedoch hat der systematische Terror Südafrikas die Regierung Mosambiks gezwungen, das Sicherheitsabkommen zu unterzeichnen. Die RNM unternahm gezielt Bombenanschläge auf Eisenbahnlinien und Straßentransporte. Damit störten die von Südafrika ausgehaltenen Banden nicht nur die Lebensmittelversorgung im Landesinnern. Zugleich verhinderten sie die Entwicklung der von Sambia, Zimbabwe und Mosambik gemeinsam betriebenen Eisenbahngesellschaft, die die Abhängigkeit von Transporten über Südafrika verringern soll.

Welchen Schaden diese Bandentätigkeit anrichtete, zeigt der Rückgang der Teeausfuhr von 20 000 Tonnen (1981) auf rund 15 000 t (1983), nachdem die RNM eine Teefabrik niedergebrannt und immer wieder die Arbeiter auf den Feldern angegriffen hatte.

Die Republik Südafrika ergriff auch direkt Maßnahmen zur wirtschaftli-

chen Schwächung Mosambiks. So entließen südafrikanische Kapitalisten in großer Zahl mosambikische Arbeiter in den Goldminen (jetzt noch 40 000 gegenüber 127 000 im Jahr 1975).

Das Sicherheitsabkommen mag der Regierung Mosambiks die Terrorbanden vom Halse schaffen. Ob damit jedoch der Aufbau einer selbständigen Wirtschaft gesichert ist, scheint fraglich. Die Imperialisten haben mit der von der Republik Südafrika betriebenen Destabilisierung Mosambik zwingen können, das Land für ihr Kapital zu öffnen. Gemischte Arbeitsgruppen der beiden Staaten beraten jetzt engere wirtschaftliche Zusammenarbeit (im „Kölner Stadt-Anzeiger“ war zu lesen, jetzt könne auch die BRD-Entwicklungshilfe aufgenommen werden, die wegen der fehlenden „Sicherheit für deutsche Techniker“ zurückgehalten wurde). Förderung des Tourismus durch Öffnung der Grenze und eine Steigerung des Verkaufs von Strom aus dem in portugiesischem Besitz befindlichen Kraftwerk Cabora Bassa an Südafrika. In der südafrikanischen Presse werden solche wirtschaftlichen Abkommen zwischen Mosambik und Südafrika als Möglichkeit begrüßt, den Wirtschaftszusammenschluß der an Südafrika angrenzenden Länder in der SADCC zu schwächen.

Quellenhinweis: Facts and Reports, Press cuttings on Southern Africa, A - D/84 - (alk)

Iran/Irak Arabische Liga droht dem Iran

Die westlichen Imperialisten versuchen, die irakische Regierung in ein Bündnis zu zerren, das ihnen ermöglicht, sowohl den Irak unter ihre eindeutige Vorherrschaft zu zwingen und die aus der iranischen Revolution hervorgegangene Regierung Khomeini durch eine den Imperialisten genehme zu ersetzen. Und zwar auf eine Weise, die in beiden Ländern ein Erstarken der anti-imperialistischen und revolutionären Kräfte verhindert. Zum Beleg dafür seien im folgenden einige Zitate aus der internationalen Presse angeführt.

Nachdem der Iran in der vergangenen Woche durch ausländische Experten feststellen ließ, daß der Irak völkerrechtlich geächtetes Giftgas einsetzt, führte der Irak als Gegenkampagne halbwüchsige iranische Kriegsgefangene vor. Die US-amerikanische Zeitschrift „Times“ teilt mit, daß der irakische Giftgaseinsatz längst bekannt war und rechtfertigt ihn mit den Interessen der Imperialisten in der Region:

„Seit Januar war die Reagan-Administration sicher, daß Irak Senfgas einsetzte ... Während der frühen Jahre des Krieges

haben die U.S. ihre Neutralität beibehalten. In den letzten Monaten jedoch haben sich die U.S. leicht auf den Irak zubewegt ... Der Grund: Wenn Saddam Hussein fallen und durch eine fanatische schiitische Moslemregierung ersetzt werden sollte, wären andere Regierungen in der Region bedroht, einschließlich der von Kuwait und vielleicht sogar Saudi-Arabien.“

Die französischen Imperialisten haben mit der Lieferung von fünf Flugzeugen vom Typ „Super Ententard“ ihre Unterstützung für den Irak öffentlich demonstriert. Die französische Zeitung „Les Echos“ hält einen irakischen Sieg in absehbarer Zeit für möglich und kommentiert verbittert das Vorgehen der USA, die die Giftgaseinsätze sofort öffentlich rügten, nachdem sie nicht mehr zu leugnen waren:

„Der ‚große Satan‘ hat dem Regime von Ayatollah Khomeini einen unschätzbaren Dienst erwiesen, als er den Irak beschuldigte, chemische Waffen einzusetzen. Soviel Ehrlichkeit ist man von Washington sonst nicht gewöhnt, wenn amerikanische Interessen auf dem Spiel stehen. Deshalb ist seine Unterstützung für Teheran ziemlich verdächtig. Vor etwa zwei Wochen hatte die amerikanische Regierung indirekt Partei für den Irak ergriffen ... Die Vorwürfe gegen Bagdad scheinen dazu bestimmt zu sein, beide Länder gleich zu behandeln und sich für die Zeit nach Khomeini die Zukunft offen zuhalten ...“

Die BRD hat von Giftgas verwundete iranische Soldaten aufgenommen und sogleich dem Irak das Angebot gemacht, auch von dort Verwundete aufzunehmen. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ hält es für einen Fehler, wenn die Bundesregierung jetzt der iranischen Regierung Gelegenheit geben würde, ihre Position zu stärken:

„Zu den Empfängerländern von iranischen Patienten, die Schäden durch chemische Reizstoffe erlitten haben, ist nun die Bundesregierung hinzugekommen ... Ihrem kriegsführenden Entsenderstaat geht es ... um ein Unternehmen in psychologischer Kriegsführung ... Die Islamische Republik Iran, sonst jedem Modernen abhold, weiß nur zu gut, daß geschickt genutzte Fernsehkameras mitunter wirksamere Kriegswaffen als Maschinengewehre sind.“

Der Irak hat sich am 14. März der Unterstützung der arabischen Liga versichert. Er konnte eine Resolution durchsetzen, in der die Außenminister dem Iran drohen: „Der Iran wird davor gewarnt, den Krieg gegen den Irak, ein Mitglied der Liga der arabischen Staaten, das alle Friedensbemühungen positiv aufgenommen hat, fortzusetzen; die arabischen Staaten müßten sonst ihre Beziehungen mit dem Iran einer Überprüfung unterziehen.“

Die arabische Liga ist gespalten über diesen Krieg. Die Außenminister Syriens und Libyens, die im Bündnis mit dem Iran stehen, waren nicht anwesend, der algerische Außenminister enthielt sich der Stimme.

Quellenhinweis: Time v. 19.3.84; Les Echos v. 15.3.84; FAZ v. 19.3.84; l'Unita v. 16.3.84; Beschluß der arabischen Liga, eigene Übersetzung - (uld)

Türkei

9,04 DM Lohn am Tag – Traum-paradies für Imperialisten

Noch bevor Außenminister Genscher Anfang März in die Türkei reiste, hatte die BRD bei der zuständigen EG-Kommission einen Antrag auf Annullierung der Freizügigkeit für türkische Arbeiter in EG-Ländern eingereicht. Es ging nur noch darum, der türkischen Regierung die Bedingungen zu diktieren. Es deutet sich an, daß die türkische Regierung weiterhin Visa zur Einreise in EG-Länder erteilen wird, was die Einschränkung der Freizügigkeit beinhaltet. Genscher konnte die Reise kühl und ohne großen Aufwand durchführen, denn zwei Bedingungen der Politik der BRD-Imperialisten und ihrer Regierung gegenüber der Türkei sind erfüllt.

Die Bundesregierung hat Anfang Februar den Türkeibericht vorgelegt. 130 Mio. DM Projekthilfe werden der türkischen Bourgeoisie für Vorhaben im Energiebereich gezahlt. 20 Mio. DM für die Modernisierung der Eisenbahnen, 20 Mio. DM für den Aufbau von Klein- und Mittelbetrieben „flankierend zu den Beschlüssen der Bundesregierung über die Rückkehr von Gastarbeitern und zu der Reintegrationshilfe im Jahre 1983 in Höhe von 13 Mio. DM für zurückkehrende türkische Gastarbeiter.“ Mitte 1984 wird ein neues Militärhilfeabkommen mit 130 Mio. DM abgeschlossen, der Haushaltsausschuß und der Auswärtige Ausschuß werden vor Abschluß um Zustimmung gebeten werden. Laut Genscher gibt es Fortschritte bei der „Demokratisierung“ in der Türkei: „Seit Anfang Juni '83 fanden keine Vollstreckungen (Todesstrafe) mehr statt. Sie bedürfen jetzt wieder der Zustimmung des Parlamentes.“ Hauptsache, es gibt wieder ein Parlament, was die Unterdrückung der türkischen und kurdischen Bevölkerung rechtsstaatlich durchführt, Todesurteile rechtsstaatlich bestätigt. Die Aufhebung der Gewerkschaftsfreiheiten wie Verbot von Generalstreik, Solidaritätsstreik, Betriebsbesetzung und langsam Arbeiten, Maßnahmen, die die Streiks in bestimmten Branchen ganz verhindern, Verbot und Verfolgung von DISK werden kommentiert: „Ob die Gewerkschaften trotz der restriktiven Gesetzgebung in der Lage sein werden, die Arbeitnehmerinteressen wirkungsvoll zu vertreten, muß abgewartet werden.“ Die Gesetzgebung der Militärjunta ist durchgesetzt, die neue Regierung, die mit den Gesetzen arbeiten wird, installiert. Die kämpfende Arbeiterbewegung im Gefängnis und von

Vernichtung bedroht; klar, daß die Imperialisten warten können, ob die Maßnahmen greifen.

Kaum waren die Fortschritte der „Demokratisierung“ der Türkei im Parlament amtlich bekannt gegeben, fand schon eine große Zusammenkunft der türkischen und westdeutschen Bourgeoisie in der BRD statt. Vom 28.2. bis 2.3.84 traf man sich in Köln, Hamburg und Stuttgart bei Investitionskonferenzen unter Vorsitz des ehemaligen BDI-Präsidenten Rodenstock. 100 türkische Kapitalisten und Regierungsbeamte boten den anwesenden 200 BRD-Kapitalisten und Regierungsbeamten 40 Projekte zwecks Kapitalbeteiligung in der Türkei an. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) meldete am 15. März in seinem Verbandsblatt: „Großes Echo auf deutsch-türkisches Investitionssemi-

Techniker, Ingenieure und Manager anbieten, die ihren Kollegen in vielen industrialisierten Ländern ebenbürtig sind, aber es wird Sie weniger kosten, sie in der Türkei anzuheuern ...“ An einer anderen Stelle bietet er den westdeutschen Imperialisten an: „... Die Türkei könnte ein ähnlicher Landstrich für die westlichen Konzerne sein, wie Süd-Asien für die Japaner.“

Lohnentwicklung

Jahr	Nominal-lohn pro Tag/TL	Index für Lebenshaltungskosten	Reallohn pro Tag in TL
1978	207,93	876,3	23,74
1979	294,31	1433,1	20,54
1980	426,96	2784,1	15,24
1981	524,00	3897,7	13,91
1982	697,00	5083,0	13,79
1983	920,00	7500,0	12,26

Quelle: Türkei-Infodienst Nr. 77, Statistiken des türkischen Handelsministeriums
920 Türkische Lira (TL) sind 9,04 DM (1 DM = 101,75 TL) pro Tag, das sind ca. 180 bis 190 DM durchschnittlicher Lohn im Monat. Der Reallohn beträgt nach dieser Tabelle 12,26 TL, das sind 0,12 DM pro Tag; Index: 1965 = 100

Der staatlich festgesetzte Bruttomindestlohn betrug 10000 TL (98,28 DM)



Unterdrückung der Opposition – nunmehr „rechtsstaatlich“.

nar.“ Diese Mitteilung verwundert nicht, wenn man die Rede von Namik Kemal Kilic, dem Geschäftsführenden Direktor der neugeschaffenen Abteilung für Auslandsinvestitionen im Staatsplanungsamt an die in Köln anwesenden westdeutschen Kapitalisten kennt. Kilic: „... (die Türkei) kann Ihnen zuallererst ein großes Reservoir an relativ billigen, hart arbeitenden und disziplinierten Arbeitern anbieten. Darüberhinaus kann sie Ihnen ihre eigene ausgebildete Arbeitskraft als

im Monat. Die oberste Schiedsstelle hat inzwischen die Lohnerhöhung für die Bereiche bekanntgegeben, in denen die Tarife 1984 nicht auslaufen. Die Lohnerhöhung beträgt 2000 TL oder 19,66 DM im Monat. Insgesamt beläuft sich der Mindestlohn damit auf 117,94 DM im Monat (nominal). Die „Küchenausgaben“ einer türkischen oder kurdischen Familie betragen nach Angaben verschiedener türkischer Quellen bereits umgerechnet 390 DM im Monat. Oft reicht der Lohn noch

nicht einmal aus, die Miete zu zahlen. Die Preise der Waren sind in der Türkei insgesamt niedriger als in der BRD, trotzdem geben die Angaben über die Löhne einen Eindruck über die Verelendung der arbeitenden Bevölkerung.

Gleichzeitig wird deutlich, daß ein Ziel der Bundesregierung mit der Rückkehrprämie an ausländische Arbeiter wie auch mit der obengenannten „Reintegrationsprämie“ war und ist, sich eine Schicht Arbeiter zu schaffen, die für ein bißchen mehr Lohn für die Imperialisten in den türkischen Fabriken als Facharbeiter oder Techniker arbeiten. Und die 20 Mio. DM für den Aufbau der Klein- und Mittelbetriebe stellt vermutlich nichts anderes als den Versuch dar, sich eine Mittelschicht zu rekrutieren, die die Interessen der BRD-Imperialisten in der Türkei wahrt. Ob dieser Plan klappen wird, ist nicht entschieden.

Herr Kilic bietet den BRD-Imperialisten als erstes Investitionsmöglichkeiten in der Landwirtschaft: Saatindustrie, Geflügelindustrie, Industrie zur

Verarbeitung von Fleisch und Gemüse für den Europäischen Markt und den Nahen und Mittleren Osten. Dieses Vorhaben soll zum Aufbau einer Plantagenwirtschaft führen. Bei ca. 65% Bauern und Landarbeitern wird die Kapitalisierung der Landwirtschaft aber auch eine ungeheure Freisetzung von Arbeitskraft nach sich ziehen. Schon jetzt kann man davon ausgehen, daß die Zahl der Arbeitslosen in der Türkei ca. 6 Millionen beträgt, zumeist ehemalige Landbevölkerung. Die Arbeitslosen versuchen, auf den „Arbeiter-Märkten“ Arbeit zu finden. Sie arbeiten dann als Bau- oder Transportarbeiter für fast umsonst, viele können sich keine Wohnung leisten und schlafen unter Brücken, in Parks oder auf der Straße. Viele kleine Kapitalisten entlassen ihre Arbeiter und suchen sie sich auf den „Arbeiter-Märkten“ zu Niedrigstlöhnen. Dieses Heer von freigesetzter Arbeitskraft wird sich auch in den von der türkischen Bourgeoisie geplanten Freihandelszonen wiederfinden. Diese Freihandelszonen sind teilweise in wenig industrialisierten Gebie-

ten, wie an der Schwarzmeerküste, vorgesehen. Herr Kilic, nachdem er den Imperialisten alle Vorteile und Steuererleichterungen sowie freie Gewinne versprochen hat und den Aufbau von Freihandelszonen und Freihandelshäfen angekündigt hat, zu den westdeutschen Imperialisten in Köln: „Wie Sie sehen, das ganze Land ist praktisch eine Freihandelszone für export-orientierte Investitionen.“

Der Plan der Imperialisten wird langsam deutlich: Die Türkei soll für sie ein Niedriglohnparadies im Stil von Südafrika werden, ein Gefängnis für die Arbeiter, armen Bauern, Landarbeiter und kleinen Selbständigen. Die türkische Bourgeoisie eine Kompradorenbourgeoisie, die alle Befehle ausführt. Militärputsch und „Demokratisierung“, Rückkehrhilfen, Kapitalexport und Türkeihilfe sind alles Teile dieses langfristig angelegten Planes.

Quellenhinweis: Invest Opportunities in Turkey, Namik Kemal Kilic, Ph.D., Acting Director of Foreign Investment Department, State Planning Organisation of Turkey, Ankara 1984; Bundestagsdrucksache 10/998 vom 10.2.84; Tatsachen aus der Türkei März '84; Türkei-Informationen seit Februar 1984 – (eve, uld)

Unterstützung für die verfolgten Gewerkschafter in der Türkei ist dringlich!

Mehr als 1 000 Funktionäre und Mitglieder des Fortschrittlichen Gewerkschaftsbundes der Türkei (DISK) sitzen zur Zeit noch in Untersuchungshaft, mehrere Hundert sind zu Haftstrafen zwischen sechs und 20 Jahren verurteilt. Insgesamt hat die Militärregierung über 6 000 Gewerkschaftsmitglieder und Funktionäre des DISK gerichtlich verfolgt. Allein in den vergangenen drei Monaten wurden 300 neue Verfahren gegen Gewerkschaftsmitglieder und Funktionäre bekannt. Das Militärgericht von Ankara hat in das Verfahren gegen den Vorstand von DISK, das mit 52 Angeklagten begann, inzwischen 95 weitere Gewerkschaftsfunktionäre einbezogen, indem es die Verfahren gegen die Vorstände mehrerer Einzelgewerkschaften und gegen Funktionäre in zentralen Einrichtungen von DISK mit dem Hauptverfahren zusammenzog. So will das Gericht den Prozeß, der am 24.12. 1981 begann, unabsehbar verlängern und die Angeklagten noch vor dem Urteil durch die grausamen Bedingungen der Haft vernichten. Für 65 der Angeklagten hat die Staatsanwaltschaft die Todesstrafe beantragt, den anderen drohen Haftstrafen von mindestens zehn Jahren. Die Junta führt die meisten Prozesse gegen Gewerkschaftsmitglieder wegen Tätigkeiten vor dem Putsch, zunehmend aber auch, weil die Angeklagten versucht hätten,

nach dem Putsch die alten Gewerkschaften als illegale Organisationen weiterzuführen.

Am 3. März führten die im Exil lebenden Funktionäre aus Anlaß des 17. Jahrestages der Gründung des DISK eine gemeinsame Veranstaltung durch. Auf dieser Veranstaltung schlug K. Daysal den europäischen Gewerkschaften vor, eine Kampagne zur Unterstützung der Arbeiterbewegung in der Türkei zu führen. Er erklärte:

„Zum Schluß meiner Ausführungen möchte ich als geschäftsführendes Vorstandsmitglied des DISK die nationa-



„Demokratisierung“ erreicht – wenn der DISK zerschlagen ist. Bild: Angeklagte im DISK-Prozeß

len und internationalen demokratischen Kräfte aufrufen, sich für den Erfolg unseres Kampfes um folgende Forderungen einzusetzen und ihre Solidarität weiter zu steigern:

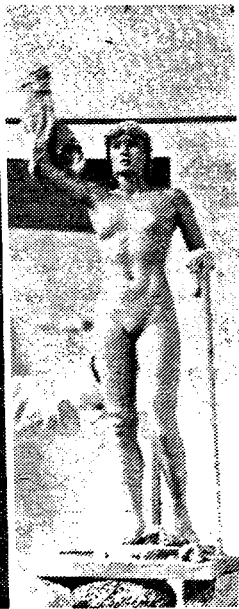
- Der DISK-Prozeß muß eingestellt, alle verhafteten Arbeiter und Gewerkschafter müssen unverzüglich freigelassen werden; – das Verbot von DISK und den Mitgliedsgewerkschaften sowie aller demokratischen Organisationen muß aufgehoben werden. Es muß die freie Betätigung wieder gewährleistet werden. Die Einschränkung gewerkschaftlicher Rechte muß beendet werden; – sofortige Beendigung der Unterdrückung der kurdischen Völker; – sofortige Abschaffung der Folterungen, Hinrichtungen und der unmenschlichen Behandlung in den Gefängnissen; – und als vorrangigste: Die Erlassung einer Generalamnestie, Freilassung aller antifaschistischen Gefangenen.“

Der DGB ist aufgefordert, diesem Aufruf zu folgen. Er hat diese Veranstaltung im Unterschied zu anderen europäischen Gewerkschaften nicht unterstützt, Gründe dafür waren beim DGB-Vorstand nicht zu erfahren. Der frühere ÖTV-Vorsitzende Kluncker hingegen nimmt als Präsident der Internationale der Gewerkschaften der öffentlichen Dienste an dem Prozeß gegen den Vorstand der entsprechenden DISK-Gewerkschaft in der Türkei teil und fordert zur Unterstützung des DISK auf.

Quellenhinweis: Türkei-Infodienst, Ausgaben 1–6 1984; Pressemitteilungen des Weltgewerkschaftsbundes



A. Breker, „Flora“, 1943



A. Breker, „Olympia“, 1984



A. Breker, „Künder“, 1941



J. Karsch, „Der gute Weg“, 1940

Nazikunst

Ausstellung gegen faschistische Plastik in der Düsseldorfer Kunsthalle

„Skulptur und Macht – Figurative Plastik im Deutschland der 30er und 40er Jahre“, erarbeitet von einer Studentengruppe der Berliner Akademie der Künste und gezeigt in der Düsseldorfer Kunsthalle, war nach „Kunst im Dritten Reich“ (Kunstverein, Frankfurt 1974) und „Widerstand statt Anpassung“ (Badischer Kunstverein, Karlsruhe 1980) die dritte wichtige Ausstellung über Kunst im Faschismus seit Kriegsende. In der Zeitung „Unsere Zeit“ (18.2.) wird richtig auf den Mangel der Ausstellung hingewiesen: Die Wirkung der Nazikunst als Klassenkunst wird nicht voll deutlich, wenn diese angeblich „realistische“ (weil figürliche) Kunst nicht vor allem der antifaschistischen Kunst gegenübergestellt wird.

Der Nutzen der Ausstellung und des Kataloges liegt dennoch darin, daß sie durch Gegenüberstellung von bürgerlich-figürlichen Skulpturen (von Marcks, Karsch, Kollwitz, Barlach, s. Bild oben rechts) und Großfotos von Naziplastiken beim Betrachter den Sinn dafür schärft, wie die Nazi-Ideologie – gerade auch in der Aktplastik – zum Ausdruck kommt. Wie notwendig es ist, solche Unterscheidungs-

kriterien (ikonografische Merkmale) zu erforschen, zeigen die vielen heutigen Bildträger für reaktionäre und faschistoide Ideologien (Conan der Barbar, Superman, Bodybuilding-Ästhetik, Mißwahlen usw.). Aber auch die Dreistigkeit, mit der die reaktionäre Presse im rechten Wendewind den faschistischen Vorläufern dieser heutigen Trivialliteratur, den Hitler-Bildhauer Arno Breker, von seiner Vergangenheit reinwäscht, zeigt die Notwendigkeit eines solchen Ausstellungskonzepts.

In „Bild am Sonntag“ (11.3.) rechtfertigt sich Ulrike Meyfarth dafür, daß sie dem Nazi-Künstler „nackt Modell gestanden“ hat. War Breker im ersten „Bild“-Artikel zu dieser Sache (s. Pol. Ber. 21/83) noch „Hitlers Bildhauer“ (kleingedruckt, aber immerhin), so hat er in diesem mit „Hohe Kunst“ apostrophierten Lügen-Pamphlet schlicht „keine NS-Vergangenheit“. Dann schwärmt U. Meyfarth über Brekers „von niemandem (heute) erreichte künstlerische Höhe“, darüber, daß „jeder Sportler geehrt sei, das Ideal von Schönheit und Leistung umsetzen zu helfen in eine Skulptur, die Jahrtausende überlebt“. Er sei „absolut

der GröÙte“!

Das Motiv der Meyfarth mag eine Mischung aus etwas übergeschnappter Eitelkeit, Elitedenken und Dummheit sein. Interessanter sind die Absichten der „Bild“-Profis, die ihr den Artikel diktieren werden. Breker „verherrliche die kreative Kraft, die Leistung, den sportlich-gesunden Körper“. Fast wörtlich schreiben das auch die Nazi-Kunstkritiker über Brekers Plastiken, die Ausdruck von rassischem Größenwahn, militärischer Aggression und der „natürlichen“ Geschlechterrollenverteilung im faschistischen Staat waren: der männliche Akt als „Ausdruck des Wehrwillens“, der weibliche in der Pose „typisch weiblicher Anmut“ (s. Bild oben links). Die Pose der Meyfarth-Plastik ist dagegen eine Variation der Haltung des „Künder“ von 1941. Das paßt besser zu ihrer Rolle, die sie so sieht: „Wir leben in einer Leistungsgesellschaft und der Sport ist Ausdrucksmittel für Leistung.“ Die Plastik oben rechts war hingegen nicht als Ausdrucksmittel der Nazi-Ideologie brauchbar, allerdings auch nicht als künstlerisches Mittel des Angriffs auf die Nazis. –

(güv)

Ausländerpolitik als Krimistaffage

Vorweg: Wer von dem Krimi „Einer muß tot“ spannende Lektüre erwartet, sieht sich getäuscht. Oder wer hofft, daß der Romanstoff – eine emanzipierte Lehrerin verliebt sich in einen türkischen Arbeiter, der ohne Aufenthaltserlaubnis in der BRD ist, schamlos ausgebeutet wird und ständig auf der Flucht vor den Ausländerbehörden ist – zu einer vielleicht auch nur vorsichtigen Anklage gegen die Ausländerpolitik des BRD-Imperialismus verarbeitet ist, wird ebenfalls enttäuscht. Stattdessen hat die Autorin das aktuelle Thema zum beliebigen Hintergrund der lang ausgewalzten Selbstfindungsprobleme der Hauptfigur, der besagten aufgeklärten, finanziell unabhängigen, grün orientierten Lehrerin gemacht. Sie gerät in eine tiefe Krise, als sie feststellen muß, daß sie ihre Beziehung zu Ahmet, dem türkischen Arbeiter, nicht so einfach auflösen kann, weil sein Verbleib in der BRD, seine Existenz daran hängen. Die Beziehung wird für sie zur Fessel, und am Ende ist Ahmet erschlagen, und die Lehrerin wird dafür von den türkischen Freunden Ahmets getötet. In diese „Beziehungskiste“ sind Szenen auf dem Ausländeramt, mit der Polizei eingewoben, es wird aus den Ausländergesetzen zitiert – aber objektivistisch und ohne jeden Vorwurf gegen die herrschenden Verhältnisse. Stattdessen das Fazit: Menschen aus so unterschiedlichen Kulturen und mit so unterschiedlicher Bildung passen nicht zusammen.

Helga Riedel: Einer muß tot, rororo-Thriller 2656; 5,80 DM – (wom)

Ein Märchen als Agententhriller

Der Ullstein Verlag hat den Roman „Kratatit“ in der Reihe „Ozeanische Bibliothek 1984“, welche die „bemerkenswertesten Anti-Utopien der Neuzeit“ enthalten soll, als Taschenbuch neu herausgegeben. Der tschechische Autor Karel Capek hatte ihn schon 1924 als Fortsetzungsgeschichte in einer Wiener Zeitung veröffentlicht. Der Roman würde sich von einem spannenden Agententhriller mit allem, was dazu gehört wie Action, Liebesgeschichten usw., nicht unterscheiden lassen, wenn in die Handlung nicht ein phantastisches Märchen eingewoben wäre.

Die Handlung: Der Sprengstoffchemiker Prokop erfindet einen Sprengstoff von unvorstellbarer Zerstörungskraft, Krakatit, der durch „Zerfall der Materie“ wirkt, vergleichbar also mit der später entwickelten Atombombe. Prokop muß sich gegen die Mächtschaften verschiedenerer Chemiekonzerne zur Wehr setzen, die versuchen, die alleinige Verfügung über den Sprengstoff zu bekommen. Die an vielen Stellen spürbare Kritik insbesondere des deutschen junkerlichen Militarismus ist dabei erfrischend zu lesen. Das Märchen: Ein Wissenschaftler ist auf der Suche nach der Erkenntnis der Natur der Materie. Die Darstellung unterscheidet nicht klar zwischen Realität und Fiebertraum. Der Wissenschaftler kann die Struktur der Materie durch die Fingerkuppen spüren. Während er Gefahr läuft, die Kontrolle über sein Produkt, den Sprengstoff Krakatit, zu verlieren, ficht er einen beständigen Kampf zwischen seinem Drang nach Erkenntnis und seinem Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Welt aus. Schließlich geschieht ein Wunder. Prokop kann allen Nachstellungen sowohl der deutschen Militaristen als auch eines anarchistischen Industriellen entkommen. Der einzige, der ihm das Geheimnis der Synthese des Sprengstoffes hat stehlen können, verursacht eine gewaltige Katastrophe. Er fliegt mitsamt allem bis dahin hergestellten Sprengstoff und der Sprengstoffabrik in die Luft. Prokop vergißt das Verfahren zur Herstellung von Krakatit und findet seine innere Ruhe.

Karel Capek, Krakatit, Ullstein Buch Nr. 20445, 1984, 7,80 DM – (clm)

Faschismuskritik: eher liberal

Lion Feuchtwanger ist ein Autor, der schon früh in seinen Romanen auf den verbrecherischen Charakter des Hitler-Faschismus hinwies. Der 1936 erstmals erschienene Roman „Der falsche Nero“ enthält treffende Karikaturen auf die Führung der deutschen Faschisten: Hitler, Göring und Goebbels. Z.B. die Gestalt des falschen Nero – er steht für Hitler – ein Töpfer in der syrischen Ostprovinz des römischen Imperiums, der durch eine Intrige des Senators Varro (eine Verkörperung des deutschen Bürgertums) als angeblich wiedergekehrter Kaiser Nero zum Herrscher über die

arabischen Provinzen Roms wird: Feuchtwanger charakterisiert die schmierigenkomödiantische Art, mit der Hitler seine demagogischen Auftritte inszenierte, wie er sich als von der „Vorsehung“ auserlesen gab und wohl auch selbst daran glaubte. Der Statthalter des falschen Nero ist eine gelungene Darstellung von Goebbels. Er wird dargestellt als einer, der das politisch Notwendige mit persönlicher Bereicherung zu verbinden weiß: Ein Pogrom, veranstaltet zur Beseitigung und Einschüchterung der Opposition, bringt ihm das Vermögen eines Fabrikanten ein.

Feuchtwanger macht damit das Gebahren und den persönlichen Charakter der Führungsfiguren des deutschen Faschismus lächerlich – im übrigen aber verliert man bald die Lust an der Lektüre, da sich der Autor in verschiedene Legenden verstrickt, die den Hitler-Faschismus als historisches Unglück darstellen; das zwar durch die Bourgeoisie herbeigeführt, aber von ihr so schrecklich nicht gewollt war. Der falsche Nero, obwohl als Geschöpf von hinter ihm stehenden Interessen dargestellt, gerät außer Kontrolle, „das Geschöpf macht sich selbständig“. Seine Herrschaft ist nicht mehr von politischen Notwendigkeiten bestimmt, sondern zunehmend von Größenwahnsinn und persönlicher Bereicherungssucht seines engsten Anhangs. Schließlich stürzt der falsche Nero in einem Volksaufstand aller Schichten. Feuchtwanger stellt so die Faschisten als lächerliche Emporkömmlinge dar, die sich in ihrer Brutalität und ihrem Bereicherungstrieb schließlich selbst gegen ihre Auftraggeber wenden. Varro, der den falschen Nero schuf, ist am Ende froh, sein nacktes Leben gerettet zu haben. Mag sein, daß Feuchtwanger bei der Abfassung seines Romans die Hoffnung hatte, das deutsche Bürgertum von seiner Begeisterung für den Hitlerfaschismus abbringen zu können – so lautet der Vers eines Spottliedes gegen den Hitler-Nero: „Ein Töpfer, der gehört in die Rote Gasse / Zu seiner Töpfermasse, / Nicht zur Herrenklasse.“ Bei heutiger Lektüre fällt einem aber ein, daß die deutsche Bourgeoisie ihre Verantwortung für die Verbrechen des Hitlerfaschismus u.a. mit der Legende vom „wild gewordenen Kleinbürger Hitler“ zu vertuschen versucht.

Lion Feuchtwanger, Der falsche Nero, Fischer 5364, 12,80 DM – (alk)

BRD-Geschichtswissenschaft

Preußisch-deutsche Lügen über den Zollverein

Am 18. Januar wurde in der Paulskirche in Frankfurt von dem Leiter des Instituts für das Recht der EG an der Universität Köln, Ex-Nazi-Kader und BRD-Präsident Carstens, CDU, eine Ausstellung „Als die Schranken fielen – Der deutsche Zollverein. Entwicklung vom Wiener Kongreß 1815 bis zur Vollendung der deutschen Zolleinheit 1890“ eröffnet. Acht Wochen wurden vermittelt dieser Ausstellung vor allem der Schuljugend Schwindeleien über die Einrichtung des Zollvereins als Ergebnis „fortschrittlicher preußischer Zollpolitik“ (1) nahegebracht.

„Wie ein roter Faden ziehen sich die Auseinandersetzungen um Zölle und Finanzen durch die Geschichte der Menschheit. Erst kürzlich auf dem EG-Gipfeltreffen in Stuttgart zeigte sich, daß es selbst bei einer fortschreitenden wirtschaftlichen Einigung Europas großer Anstrengungen ... bedarf, um die *verschiedenen Interessen* der EG-Mitgliedstaaten ... auf einen Nenner zu bringen ... Die Schaffung eines deutschen Zollvereins hatte mit Gewißheit epochale Bedeutung, wenn man bedenkt, daß zum *ersten Mal* die Regierungen großer und kleiner deutscher Staaten *freiwillig* auf bedeutende Teile ihrer Rechte und ihrer Souveränität im Interesse der Gemeinschaft *verzichteten* ...“ (1).

Der Zollverein wurde 1834 in Wirkung gesetzt. Es ist eine von dem Preußenhistoriker Treitschke im vorigen Jahrhundert aufgebrachte Legende, daß der Zollverein ein von Preußen initiiertes „Mittel zur Hebung der allgemeinen Wohlfahrt“ gewesen sei. Tatsächlich war Preußen in der Lage, durch sein ausgedehntes Territorium die entwickelteren Staaten wie Sachsen oder die Stadtstaaten wirtschaftlich abzuschneiden oder aber mittels Durchgangszöllen von ihrer Entwicklung schmarotzerhaft zu profitieren. Die preußischen Zölle in Höhe von einem halben Taler auf jeden Zentner Durchgangsware waren die höchsten im Gebiete der Staaten, die später im Deutschen Reich zusammengefaßt wurden.

Nachdem sich 1828 auf Initiative Hessen-Darmstadts Preußen und Hessen-Darmstadt – das in der Rückständigkeit seiner von G. Büchner im „Hessischen Landboten“ beschriebenen feudalen Verhältnisse dem Hohenzollern-Staat genau glich – zu einer Zollunion zusammengeschlossen hatten, bildete sich in Ablehnung der preußischen Abschnürungspolitik der „Mitteldeutsche Handelsverein“, dem Hannover, Sachsen, Kurhessen, Frankfurt/Main, Bremen u.a. angehörten. Die Auswirkungen des preußisch-hessischen Zusammenschlusses auf Frankfurt werden zeitgenössisch wie folgt geschildert:

„Offenbachs (Hessen-Darmstadt zugehörig) Aufstieg hielt an ... namentlich litten der Frankfurter Leder-, Glas-, Metall- und Farbenhandel darunter; auch der Tuchhandel ließ bedenklich nach, und die Kolonialwaren, deren Vertrieb früher eine der wichtigsten Seiten des Frankfurter Handels gewesen war, suchten auf anderen Wegen Absatz ... Wir wollen ein freier Handelsplatz sein und nicht eine preußische Zollstadt.“ Erst 1836 schloß sich Frankfurt dem mittlerweile gegründeten Zollverein an. Aus einer Eingabe von 1840 der – dem mit der entwickeltesten Textil- und Bergbau-/Hüttenindustrie ausgestatteten Königreich Sachsen angehörigen – Handelsinnungen Dresden, Pirna u.a. erschließen sich die Folgen des Beitritts wie nur je bei einem kleinen EG-Staat:

„Alle unsere Verhältnisse und Einrichtungen, in Handel und Gewerbe, Produktion und Konsumtion ... wurzeln in dem deutschen Zollverein und müßten, wenn diese Grundlage *wieder entzogen* werden würde, notwendig einen Umsturz erfahren, der die Wohlfahrt des Ganzen in Frage stellen würde ...“

Gegen die preußische Zollpolitik stellte der Handelsverein kein Mittel mehr dar, nachdem Preußen durch politischen und wirtschaftlichen Zwang die norddeutschen und von Preußen umschlossenen Staaten in eine Zollunion einerseits gepreßt hatte, andererseits die thüringischen Kleinstaaten Meiningen und Coburg als – einseitige – Transitstationen benützen konnte und so die durch den Mitteldeutschen Handelsverein gebildete Schranke nach Süden durchbrochen hatte. Auf dieser Grundlage war die Gründung des Zollvereins möglich. Von „freiwilligem Verzicht“ also keine Rede.

Die „fortschrittliche Rolle“ Friedrich Lists als des Führers derjenigen Bourgeois, die schon 1819 im Auftrage des Deutschen Handels- und Gewerbevereins eine Bittschrift an den Bundestag um „Aufhebung der Zölle und Mauten im Innern Deutschlands“ richteten, wird auch in der Ausstellung behauptet. Reaktionär sind die Auffassungen Lists, weil zwar viel von „Nation“ und „mitteleuropäischem Wirtschaftsraum“ die Rede ist, aber nichts von den tatsächlichen Gründen der Rückständigkeit Preußens und dem ländlichen und städtischen Elend der Massen: die Gewerbefreiheit wird erst 1850 völlig hergestellt; die grundherrliche Gerichtsbarkeit 1877 aufgehoben; die preußischen Zollkämpfer hoben erst 1821 die Binnenzollgrenzen der preußischen Provinzen auf; die Ablösung der Feudallasten war 1865 vollzogen. Unterdrückung ersetzte die kapitalistische Konkurrenz.

F. Herre faßt in einem Aufsatz „Deutsche Europapolitik ...“ die Position der BRD-Bourgeoisie zusammen: „Zollverein gleich EWG, preußische Führung gleich bundesdeutsche Führung – Ergebnis: europäische Einigung“. Bemerkenswert noch, daß Herre die Einigung auf ganz Europa ausgedehnt sehen will.

Quellenhinweis: Geheimes Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz, Ausstellungskatalog; West-Berlin 1984; G.F. Knapp, Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter ..., 2.A. München 1927; F. Engels, Die Rolle der Gewalt in der Geschichte, MEW, Bd. 21; J. Sircisand, (Hrsg.), Studien über die dt. Geschichtswiss., 2 Bde., Berlin/DDR 1969, Taschenbuch 1974 – (Igr)

EG-Gründung

Errichtung einer Bastion gegen die Revolutionen in Osteuropa

Daß der Hauptzweck der europäischen Einigungsbemühungen gewesen sei, das friedliche Zusammenleben der Völker in Europa zu sichern und einen neuen Krieg zwischen den europäischen Staaten zu verhindern, ist eine zumindest von der westdeutschen Bourgeoisie gern verbreitete Behauptung. Tatsächlich aber waren von Anfang an die Bemühungen der deutschen wie auch anderer europäischer Bourgeoisien um die „europäische Einigung“ darauf gerichtet, ein Bündnis zusammenzuzimmern, das ihnen die Macht gab, ihren imperialistischen Interessen in der ganzen Welt und mit allen Mitteln Geltung zu verschaffen. Diese Bestrebungen richteten sich bald nach dem zweiten Weltkrieg darauf, dessen Ergebnisse zu revidieren. Alle westeuropäischen Staaten waren geschwächt aus diesem Krieg hervorgegangen.

Wohl hatte vor allem die sowjetische Rote Armee den gewaltsamen Versuch der deutschen Imperialisten, Europa unter ihrer Vorherrschaft zu einen, zum Scheitern gebracht. Diese Niederlage des Faschismus führte aber keineswegs zu einer direkten Stärkung der besitzenden Klassen in den von deutscher Besatzung befreiten Ländern. Vielfach hatten sie mit den faschistischen Besatzungsmächten zusammengearbeitet, Marionettenregierungen unterstützt, oder, wie in Italien, im direkten Bündnis mit den deutschen Faschisten am Krieg teilgenommen. In Osteuropa gingen die Arbeiter und Bauern unter dem Schutz der Roten Armee zur Enteignung der Großgrundbesitzer und der Kapitalisten über. In Albanien, Bulgarien, Jugoslawien, Polen, Rumänien, der Tschechoslowakei und Ungarn entstanden sozialistische und Volksrepubliken, in der sowjetisch besetzten Zone des ehemaligen Deutschen Reiches wurden die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens eingehalten und wurde die Wirtschaft dezentralisiert. Nach Bildung der BRD wurde in der sowjetisch besetzten Zone die Deutsche Demokratische Republik gegründet, die die Enteignung des Monopolkapitals und des Großgrundbesitzes durchsetzte.

Die westdeutsche Monopolbourgeoisie hatte ihre Herrschaft mit Hilfe der westlichen Alliierten, vor allem der USA, in der BRD so festigen können, daß sie ihren Anspruch auf das Gebiet der DDR, Teile Polens, der UdSSR und der Tschechoslowakei grundgesetzlich festschreiben konnte. Die italienische Bourgeoisie war durch die im Kampf gegen den imperialistischen Krieg erstarkte Arbeiterbewegung so geschwächt, daß sie einem Friedensvertrag zustimmen mußte, in dem sie von Italien beanspruchtes Gebiet an der Grenze zu Jugoslawien an dieses abtreten und auf alle Ansprüche gegenüber Albanien und afrikanischen Staaten verzichten mußte. Die österreichische Regierung schloß 1955 nach jahrelangen Verhandlungen den Staatsvertrag mit den alliierten Mächten, in dem sie zusicherte, daß Österreich neutral bleiben und in keinem Bündnis mit der BRD zusammen vertreten sein werde. Die französische Regierung war durch den Kampf der Völker der französischen Kolonien in Indochina und Tunesien, Marokko und Algerien in Bedrängnis geraten. Die französische Re-

gierung mußte die Truppen aus Vietnam abziehen und Tunesien und Marokko in die Unabhängigkeit entlassen. Trotz der Stärke der Arbeiterbewegung im Inneren Frankreichs, die verfassungsmäßig abgesicherte soziale und politische Rechte erreichen konnte, hatte die französische Bourgeoisie die Zugehörigkeit der Kolonien zur „Französischen Union“ durchsetzen können. Gegenüber Algerien wollte sie dessen Verbleiben erzwingen und führte seit 1955 einen Krieg gegen die Unabhängigkeitskämpfer.

Diese Lage nutzte die (west)deutsche Bourgeoisie, um die eigene Beteiligung an einem Bündnis der europäischen Bourgeoisien zu erzwingen, die sie noch wenige Jahre zuvor bekriegt hatte. 1951 gelang es ihr, gemeinsam mit Frankreich, Belgien, den Niederlanden und Luxemburg, die Montan-Union zu gründen. In einer gemeinsamen Erklärung taten die beteiligten Regierung kund, dieses Bündnis stehe „allen europäischen Völkern offen, die frei über sich bestimmen können“. Eine der ersten Maßnahmen dieses Bündnisses war die Reglementierung von Kohleinfuhren aus Polen, schließlich zählte das polnische Volk nicht zu den „freien Völkern“, und die Entfaltung einer Wirtschaftsblockade konnte dazu beitragen, die polnische Wirtschaft in Schwierigkeiten zu bringen. Dieses Bestreben bestätigt die Durchführung und Beschlußfassung einer Konferenz der „Europäischen Bewegung über Mittel- und Osteuropa“ im Januar 1952. Die Konferenz wurde organisiert von Abgeordneten verschiedener europäischer Parlamente in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, die gesamte BRD-Delegation, obwohl noch im Beobachterstatus befindlich, nahm daran teil. Außerdem beteiligten sich ehemalige Mitglieder der gestürzten osteuropäischen Regierungen. Die Konferenz beschloß eine Politische Erklärung, in der es heißt:

„Die Teilung Europas, wie sie gegenwärtig besteht, ist sowohl vom moralischen als auch vom politischen und wirtschaftlichen Standpunkt unhaltbar. Die Konferenz ist fest davon überzeugt, daß dieser Zustand nicht von Dauer sein kann und darf ... 5. Die Konferenz hofft, daß die Integration Westeuropas mit einem gemeinsamen Markt und geeigneten internationalen Körperschaften bis zum Zeitpunkt der Befreiung der osteuropäischen Länder so weit fortgeschritten sein wird, daß sie sich sofort daran beteiligen können ... Sofern supranationale Körperschaften und Behörden notwendig sind, sollte den befreiten Ländern der Beitritt offenstehen, und sie sollten zur Teilnahme aufgefordert werden. Dies betrifft besonders die Kohle- und Stahl-Gemeinschaft ...“

Gleichzeitig mit der Gründung der Montan-Union betrieb die Bundesregierung die Gründung der „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“, die über eine integrierte europäische Armee verfügen sollte und mit deren Hilfe die westdeutsche Bourgeoisie alsbald wieder mit Truppen in den beteiligten europäischen Staaten präsent sein wollte. Das Vorhaben scheiterte 1954 am Einspruch der französischen Nationalversammlung gegen das geplante Vertragswerk. Eine Änderung, die der damalige französische Außenminister Mendès-France vorgeschlagen hatte, scheiterte am Widerspruch der Bundesregierung. Er schlug u.a. vor, daß die zukünftige westdeutsche Armee nicht außerhalb der BRD stationiert sein dürfte, wohl aber andere Truppen in der BRD. Das Bündnis solle sofort aufhören zu bestehen, wenn Deutschland wiedervereinigt sei. Adenauer erklärt dazu in seinen Memoiren, dies hätte eine „Demütigung der Bundesrepublik“ bedeutet.

Zunächst schien es, als seien damit die Möglichkeiten der deutschen Bourgeoisie auf die Beteiligung an den bestehenden Organen beschränkt und den westdeutschen Bestrebungen nach weitergehender Vereinigung der europäischen Staaten eine deutliche Grenze gesetzt. Die Regierung der UdSSR konnte mit ihren Vorschlägen für eine europäische Friedensordnung Wirkung bis in die französische und britische Regierung hinein erzielen, die beide zeitweilig bereit waren, einem Vorschlag zuzustimmen, der eine entmilitarisierte Zone innerhalb Deutschlands an der Ostgrenze vorsah. Einen entscheidenden Schritt zur Durchsetzung ihrer Pläne konnte die Bundesregierung unternehmen, als die britische und die französische Regierung mit einem gemeinsamen militärischen Vorgehen vergeblich versuchten, die Verstaatlichung der Suez-Kanal-Gesellschaft durch Ägypten rückgängig zu machen, und es den westlichen Imperialisten gleichzeitig mißlang, den von inneren und äußeren Konterrevolutionären angeheizten Aufstand in Ungarn für einen Einmarsch westlicher Truppen zu nutzen. Vom Juli bis zum November 1956 traf sich Adenauer mindestens einmal im Monat mit dem französischen Außenminister. Als am 6. November das britische Kabinett die Beendigung der Intervention beschloß und der britische Außenminister dauernden telefonischen Kontakt mit dem französischen Außenminister in Paris hielt, wollte Adenauer in Paris. Er konnte noch am selben Tag die

Zusage des französischen Außenministers zur Gründung der europäischen Atomagentur (Euratom) und der Vorbereitung einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft erreichen. Er bot in einem Augenblick deutlicher Schwächung der französischen Regierung die politische Unterstützung der BRD beim Aufbau einer französischen Atomstreitmacht an, die er bis dahin an die Zustimmung Frankreichs zu einer westdeutschen Atomstreitmacht geknüpft hatte.

Am 12. November 1956 beschloß das Ministerkomitee des Europarates eine politische Resolution, in der sich die Minister sowohl zur Kanalfrage als auch zu den Ländern Osteuropas in einer Weise äußerten, die ein Zeugnis dafür ablegt, daß sie entschlossen waren, die erlittenen Niederlagen durch gemeinsames Vorgehen wieder rückgängig zu machen:

„1. Die Versammlung stellt fest, daß die Haltung der ägyptischen Regierung bei der Nationalisierung der Suez-Kanal-Gesellschaft mit dem Geiste internationaler Zusammenarbeit unvereinbar ist ... Jede Veränderung der Lage am Suezkanal interessiert die westlichen Staaten. Sie haben das Recht, von Ägypten die gleichen Garantien über die Kanalschifffahrt zu verlangen, wie sie durch die Konvention des Jahres 1888 gewährleistet wurden.“ Hinsichtlich der osteuropäischen Staaten begrüßte die Konferenz „die Manifestationen des Unabhängigkeits- und Freiheitswillens in Osteuropa und spricht den Opfern der Unterdrückung ihr tiefstes Mitgefühl aus. Wenn auch die wirtschaftliche und soziale Struktur Kompetenz dieser Länder bleibt, so haben doch die westlichen Länder ein *Recht* darauf, daß die Freiheit des Volksentscheides in diesen Gebieten wiederhergestellt wird.“ (Hervorhebung d. d. Verf.) Die sechs in der Montan-Union zusammengeschlossenen Staaten holten sich auf der Konferenz die Unterstützung für die Gründung einer „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“, die Versammlung „beglückwünschte“ die Staaten zu ihren Vorbereitungen in dieser Hinsicht.

Die Sowjetunion und die mit ihr verbündeten Staaten hatten sich von Anfang an gegen die Bemühungen der alten europäischen Bourgeoisien gewandt, eine Einigung Europas unter imperialistischer Fuchtel durchzuführen. Die Regierung der UdSSR hatte in verschiedenen Vorschlägen für einen Friedensvertrag mit

Deutschland zunächst versucht, eine Einbeziehung Westdeutschlands in die NATO und die damit verbundene Wiederaufrüstung zu verhindern. Als dies mißglückte und außerdem während der Unruhen in Ungarn offenbar wurde, daß die westlichen Imperialisten nur auf eine passende Gelegenheit warteten, dort einzufallen, schlossen die verschiedenen osteuropäischen Staaten untereinander militärische Beistands- und Freundschaftsverträge, und gründeten 1957, nach Aufnahme der BRD in die NATO, den Warschauer Pakt. Die Pläne zur Gründung von Euratom und EWG wies die sowjetische Regierung am 16. März 1957 mit einer Erklärung zurück, die im „Archiv der Gegenwart“ wie folgt zusammengefaßt ist:

„In der Erklärung wird einleitend darauf hingewiesen, daß die Sowjetunion eine wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa auf gesamteuropäischer Grundlage anstrebe, da dadurch die gestörten traditionellen Handelsbeziehungen wieder hergestellt, die europäischen Staaten einander nähergebracht und das Gefühl der Sicherheit der europäischen Völker gestärkt würden. Bei den Plänen zur Schaffung des Euratoms und des Gemeinsamen Marktes, die in deutlichem Widerspruch zu diesen Zielen ständen, springe vor allem ins Auge, daß sämtliche Partner Mitglieder der militärischen NATO-Gruppierung seien, so daß diese Institutionen offenbar den aggressiven Zielen der NATO untergeordnet würden. Das würde eine weitere Vertiefung der Spaltung Europas zur Folge haben und neue große Hindernisse für die Wiederherstellung der nationalen Einheit des deutschen Volkes aufwerfen, da Westdeutschland noch stärker in die exklusive militärische Gruppierung hineingezogen würde. Es sei nicht zu bezweifeln, daß revanchesüchtige Kreise in Westdeutschland das Euratom dazu benutzen würden, rascher mit der Erzeugung eigener Kernwaffen zu beginnen ... Im Rahmen der beiden geplanten Institutionen würden die wirtschaftlich starken Staaten, vor allem Westdeutschland, den schwachen Ländern ihre Bedingungen diktieren.“

Eine Warnung, die sich nur zu schnell als wahr erweisen sollte.

Quellenhinweis: Jahrbücher für Internationale Politik, hrsg. von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Ausgaben für die Jahre 1955, 1956-58, 1959; Europa-Archiv, Nr. 8/1952; Archiv der Gegenwart, Ausgaben 1955 bis 1960, Stichworte: Europa, UdSSR, Suezkanal; Adenauer, Memoiren 1953-1958, Stuttgart 1967 - (uld)

Bleistiftzeichnung



Fußgängerzone Hamburg-Altona, dat, Kunstgruppe Hamburg, 1983

Druckindustrie: Nettolohnentwicklung und Rationalisierung

Tabelle 1: Bruttolohnentwicklung in der Druckindustrie:

Jahr	ARBEITER			ANGESTELLTE		
	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen
1977	2325	2503	1580	2706	3100	1982
1978	2429	2607	1663	2865	3274	2107
1979	2537	2724	1762	3030	3460	2231
1980	2663	2853	1879	3252	3705	2396
1981	2758	2953	1957	3408	3868	2520
1982	2871	3065	2061	3538	3994	2639
1983	3053	3248	2182	3723	4179	2752

Tabelle 2a: Nettolohn Steuerklasse III, 2 Kinder

Jahr	ARBEITER			ANGESTELLTE		
	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen
1977	1657	1773	1170	1911	2184	1433
1978	1765	1880	1262	2050	2334	1554
1979	1850	1969	1341	2166	2465	1650
1980	1926	2047	1416	2307	2618	1755
1981	1977	2102	1461	2394	2712	1826
1982	2046	2168	1522	2468	2778	1897
1983	2166	2290	1610	2585	2894	1979

Tabelle 2b: Nettolohn St.kl. III / 2 K. in % des Bruttolohns

Jahr	ARBEITER			ANGESTELLTE		
	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen
1977	71.3	70.8	74.1	70.6	70.5	72.3
1978	72.7	72.1	75.9	71.6	71.3	73.8
1979	72.9	72.3	76.1	71.5	71.2	74.0
1980	72.3	71.7	75.4	70.9	70.7	73.2
1981	71.7	71.2	74.7	70.2	70.1	72.5
1982	71.3	70.7	73.8	69.8	69.6	71.9
1983	70.9	70.5	73.4	69.4	69.3	71.9

Tabelle 3a: Nettolohn Steuerklasse IV, 2 Kinder

Jahr	ARBEITER			ANGESTELLTE		
	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen
1977	1506	1593	1105	1692	1879	1331
1978	1592	1676	1179	1794	1987	1427
1979	1694	1784	1249	1922	2126	1529
1980	1751	1838	1320	2016	2223	1616
1981	1816	1911	1364	2122	2339	1694
1982	1874	1966	1425	2175	2385	1756
1983	1963	2052	1499	2253	2456	1818

Tabelle 3b: Nettolohn St.kl. IV / 2 K. in % des Bruttolohns

Jahr	ARBEITER			ANGESTELLTE		
	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen
1977	64.8	63.6	69.9	62.5	60.6	67.2
1978	65.5	64.3	70.9	62.6	60.7	67.7
1979	66.8	65.5	70.9	63.4	61.4	68.5
1980	65.8	64.4	70.3	62.0	60.0	67.4
1981	65.8	64.7	69.7	62.3	60.5	67.2
1982	65.3	64.1	69.1	61.5	59.7	66.5
1983	64.3	63.2	68.7	60.5	58.8	66.1

Die nebenstehenden Tabellen behandeln die Entwicklung von Durchschnittslöhnen in der Druckindustrie von 1977 bis 1983. Es handelt sich um die durchschnittlichen Monatslöhne, die das Statistische Bundesamt aufgrund der vierteljährlichen Effektivlohnhebungen errechnet und im Statistischen Jahrbuch veröffentlicht (Tabelle 1).

In den Tabellen 2 und 3 werden getrennt für die Steuerklassen III und IV die Nettolöhne dargestellt und ins Verhältnis zu den Bruttolöhnen gesetzt. Deutlich und durchweg ist inzwischen die Abzugsbelastung größer als 1977, wo die letzte sog. große "Steuerentlastung" ins Werk gesetzt wurde. Wie ungefährlich diese Reform für die weitere Steigerung der Steuerbelastung gewesen ist, zeigt die Senkung der Nettolohnquote der folgenden Jahre. Nach einer Auswirkung der sog. kleinen "Steuerreform", die 1981 in kraft trat, muß man schon etwas suchen. Sie drückt sich jedoch im besonderen in den Werten der Tabelle 3b für das Jahr 1981 aus. Während besser gezahlte Beschäftigte eine leichte Steigerung ihrer Nettolohnquote verzeichnen konnten (Angestellte Männer, etwas geringer auch Arbeiter Männer), mußten dagegen die am niedrigsten gezahlten Beschäftigten mit einer deutlichen Steigerung ihrer Abzugslast die Kosten tragen.

Der Versuch, mit Hilfe des Index des Statistischen Bundesamtes für die Lebenshaltung in der Tabelle 4 zu einer Aussage über die Entwicklung der Kaufkraft zu kommen, erweist sich als offensichtlich nicht möglich. Für die Druckindustrie wird dieser Frage in weiteren Berichten im Nachrichtendienst nachgegangen. In den besonders für 1983 überraschenden und auch etwas unterschiedlichen Ergebnissen der Tabelle 4 schlagen die Folgen der Rationalisierung und entsprechenden Beschäftigungsveränderung durch. Weil überproportional schlecht bezahlte Arbeiterinnen entlassen worden sind, steigt der Durchschnitt der verbliebenen Arbeiterinnen im Lohn. So erlaubt die Entwicklung der Kaufkraft des Durchschnittslohns doch einen deutlichen Rückschluß auf die Wirkungen der Rationalisierung und darauf, wer die Folgen davon direkt zu spüren bekommt: die relativ am schlechtest bezahlten Teile der Belegschaften.

Der krasse Einschnitt für das Jahr 1983 drückt so gesehen mehr aus als nur eine aus mangelnder Berechnung folgende Ungenauigkeit. Man kann sagen, daß hier die in den Vorjahren auch schon erkennbare Absenkung des Reallohns deutlich überlagert wird (und dem Scheine nach sich umkehrt) durch Rationalisierungsfolgen. Und dafür gibt es ja auch ausreichend Anhaltspunkte: im April des Jahres 1982 verkündeten Schmidt und Genscher die zehnprozentige Investitionszulage. Ab Oktober legten Kohl und Genscher weiter drauf. Die Kapitalisten haben sich die Gelegenheit zu verbilligten Investitionen von Millionendingern wie z.B. den Rollenoffsetmaschinen nicht entgehen lassen. Dafür durften in deutlichem Umfang am relativ schlechtest bezahlte Lohnabhängige stempeln gehen. Die IG Druck hat für 1983 errechnet: Produktivitätssteigerung von 5,2%, Entlassungen: 9000. (haj)

Tabelle 4: Kaufkraft des Nettolohns für St.kl. IV / 2 K., 1977 = 100

Jahr	ARBEITER			ANGESTELLTE		
	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen
1977	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
1978	102.9	102.4	103.9	103.2	103.0	104.4
1979	105.2	104.7	105.7	106.2	105.8	107.4
1980	103.1	102.3	105.9	105.6	104.9	107.6
1981	100.9	100.4	103.3	105.0	104.2	106.5
1982	98.9	98.1	102.5	102.1	100.9	104.8
1983	100.6	99.4	104.7	102.7	100.9	105.4

Neue Lohnstruktur Druckindustrie: Abgruppierungen vorprogrammiert

Als 1980 dem Hauptvorstand der IG Druck und Papier eine detaillierte Effektivlohnuntersuchung des Bundesverbandes Druck in die Hände fiel, hätten die Methoden kapitalistischer Lohnfindung eigentlich gut studiert werden können: Während es der IG Druck gelungen war, seit 1958 den Tariflohn der untersten Lohngruppe von 58 auf 74% an den Facharbeiterecklohn heranzuführen, differenzierten die Kapitalisten die Löhne im übertariflichen Bereich immer stärker. Während ein Beschäftigter der Lohngruppe 1 im Durchschnitt knapp 5% Übertarif erhält, sind es beim Facharbeiter 22%. Der Bundesverband Druck hatte sorgfältig nach Tätigkeiten differenziert, wobei sich ergab, daß umso mehr Übertarif gezahlt wird, je höher die "Verantwortung" des Arbeiters für Maschinerie und Material angesiedelt ist. Ganz unten rangiert die Tischarbeit in der Buchbinderei, ganz oben die Aufsicht über teure Maschinerie, wie Maschinenehrer an Rotationen oder Operetor am elektronischen Bildherstellungssystemen. Anstatt diese Methoden kapitalistischer Lohnfindung einer gründlichen Kritik zu unterziehen und demgegenüber eine neue Lohnstruktur entsprechend der tatsächlichen Verausgabung von Arbeitskraft zu verlangen, reduzierte die IG Druck ihre Forderungen auf die tarifliche Absicherung der gezahlten Effektivlöhne. In einer "Expertenkommission" wurde gemeinsam mit dem Bundesverband Druck eine "Rangfolge" der Tätigkeiten vereinbart, der tatsächlich nur eine Kriterium zugrunde liegt: Wieviel konstantes Kapital wird vom jeweiligen Arbeiter bewegt. Folglich findet sich nervlich und körperlich belastende Tätigkeit unten in der Skala, Überwachungs- und Steuerungsaufgaben sind hingegen ganz oben angesiedelt.

Der Bundesverband Druck setzte sofort nach: Er schlug ein Tariflohngefüge vor, bei dem ca. 40000 Hilfsarbeiter und 10000 Facharbeiter (bei insgesamt 164000 Beschäftigten) abgruppiert würden. Diese Entwicklung setzt sich bei weiterer Einführung neuer Technologien fort, bei denen stets einige wenige die Aufsicht, der Mehrheit aber die monotone, belastende Teilarbeit aufgebürdet wird. Es ist bezeichnend, daß in den gegenwärtigen Schlichtungsverhandlungen die Vorstellungen über die Tariflöhne vor allem bei den oberen Facharbeitern, nicht aber bei den Hilfsarbeitern weit auseinanderklaffen.

(chs)

Die Reaktion will die IG Druck isolieren und zerschlagen

Die Reaktion hat ihre Absicht, die Gewerkschaftsbewegung zu spalten und zu zerschlagen, inzwischen immer deutlicher kundgetan. Der Hauptstoß der Reaktion richtet sich zunächst offenbar gegen die IG Druck und Papier, die in einem schwierigen Arbeitskampf zerschlagen werden soll und gegen die sich die konzentrierte Hetze der Bourgeoispolitiker und der bürgerlichen Medien richtet. Graf Lambsdorff eröffnete den Angriff, indem er in der Bundestagsdebatte am 23.2. IG Druck als marxistische Kaderorganisation bezeichnete und damit der Pressemeute das Stichwort gab.

"Meine Damen und Herren, die Kampfansagen, die wir überall hören, sind der falsche Weg. Schon die **Drohungen mit Streiks** sind ein Investitionshemmnis ... Wir sind dafür, daß wir starke Gewerkschaften unter verantwortungsbewußter Führung haben. Daß diese Forderung nach der 35-Stunden-Woche, eine Verminderung um fünf Stunden, bei vollem Lohnausgleich nicht durchgesetzt werden kann, für die jetzt an den Straßenrändern demonstriert wird, weiß ja jeder von Ihnen, und das wissen wohl auch die Gewerkschaftsvorsitzenden ... Wir sind für starke verantwortungsbewußte Gewerkschaften. Wir können uns glücklich schätzen, daß wir die bei uns im Lande im wesentlichen gehabt haben. Diese Qualifizierung, die ich unseren Gewerkschaften, und zwar DGB und DAG, aus voller Überzeugung zuteil werden lasse, erfordert eine Ausnahme: Ich halte die IG Druck und Papier für eine marxistische Kaderorganisation, in der inzwischen entschieden worden ist, daß zwölf Vorstandsfiguren ohne Urabstimmung darüber entscheiden können, ob gestreikt wird, ob Sie und wir morgens noch eine Zeitung lesen dürfen oder nicht ... (Beifall bei FDP und CDU/CSU - Widerspruch bei den Grünen)

Wenige Wochen später setzte das Handelsblatt nach:

"Wenn sich die deutschen Gewerkschaften mit ihren Forderungen mitunter auch in den Wolken verlieren, so konnte man sich bislang doch darauf verlassen, daß sie beim Abschluß mit festen Beinen auf dem Boden der Realitäten standen. Die Tarifdaten der letzten Jahre sind im volkswirtschaftlichen Verteilungsrahmen geblieben, und dort, wo sie diesen Rahmen sprengten, haben sich beide Tarifparteien über die zur Verfügung stehenden Spielräume geirrt.

Selbst die Forderung der IG Metall nach einer 35-Stunden-Woche, so verstiegen sie auch ist, ließe sich auf den Kompromiß zurückführen, daß man sich zunächst über den 1984 zur Verfügung stehenden Ver-

teilungsrahmen einigte und es dann der Gewerkschaft überließe, ihn mit Nominallohnsteigerung und Arbeitszeitverkürzung auszufüllen, vermutlich nach einem Arbeitskampf.

Die Forderungen der IG Druck dagegen übersteigen jedes Vorstellungsvermögen. Diese Gewerkschaft fordert für 1984 alles in allem eine Lohnkostenerhöhung von über 40% und darüber hinaus noch ein faktisches Direktionsrecht der Betriebsräte in den Unternehmen, das von den Arbeitgebern nur als die betriebsverfassungsrechtliche Betriebsbesetzung verstanden werden kann. Der Unternehmer wäre, würde ein Manteltarifvertrag in der von der IG Druck gewünschten Form verwirklicht, nicht mehr der Herr in seinem Hause, sondern er hätte vielleicht noch die Funktion des Hauswartes. Ohne Betriebsrat, Gewerkschaft und Einigungsstelle ginge nichts mehr. Die IG Druck will die paritätische Mitbestimmung im Betrieb.

Sie will das natürlich nicht um der bloßen Macht willen, obwohl auch das eine Rolle spielen mag. Aber wer ernsthaft die 35-Stunden-Woche wegen ihrer beschäftigungspolitischen Wirkungen fordert, der muß verhindern, daß diese Arbeitszeitverkürzung durch einen neuen Produktivitätsschub kompensiert wird, ob dieser Schub nun ausgelöst wird durch andere Arbeitsorganisation, durch Überstunden oder durch eine noch modernere Technik ...

Das weiß auch die IG Metall, und Franz Steinkühler hatte ja schon einmal ein solches flankierendes Konzept zur 35-Stunden-Woche bereits für die Tarifrunde 1984 gefordert, mit dem auch die Arbeitsbedingungen fixiert werden sollten. Hans Mayr hat demgegenüber gemeint, man sollte nicht zwei Schritte zugleich tun, wenn man nicht stolpern wolle. Mayr hat sich mit seiner vorsichtigeren Taktik durchgesetzt.

Die IG Druck dagegen glaubt, es sich leisten zu können, mit der Tür in das Haus der Arbeitgeber zu fallen. Für diese wird dann die Tarifrunde 1984 zu einer Existenzfrage. Versagt ihre Solidarität, dann verlieren sie mehr als Geld."

Die Reaktion hat es offenbar darauf abgesehen, die IG Druck, die unter den DGB-Gewerkschaften eher fortschrittliche Positionen vertritt, in die Knie zu zwingen, sie in der Öffentlichkeit und unter den anderen Gewerkschaften zu isolieren und in einem Streik aufzureiben. Hat die Reaktion dabei Erfolge, ist die Gewerkschaftsbewegung insgesamt bedroht.

Quellenhinweis: Plenarprotokoll des Bundestages 10/56; Handelsblatt vom 2.3.84 (wom)



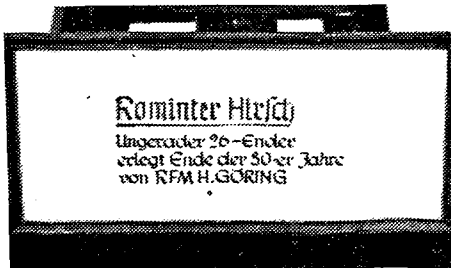
BRD-Europapolitik

Die europäischen Einigungsbemühungen der westdeutschen Imperialisten haben auf der EG-Gipfelkonferenz einen höchst erfreulichen Rückschlag erlitten. Die "Kompromißvorschläge" der Bundesregierung, sorgfältig ausgearbeitet, um die wirtschaftlich schwächeren EG-Mitgliedstaaten wie Irland, Griechen-

land usw. weiter zu schwächen und um die westdeutsche Vormachtstellung in der EG weiter auszubauen, konnten nicht durchgesetzt werden. Der irische Premierminister verließ die Konferenz angesichts der schroffen Erpressungsversuche sogar schon am ersten Tag. Die BRD-Imperialisten aber halten an ihren aggressiven Zielen fest.

Hochschulrahmengesetzänderung

Die Bundesregierung beabsichtigt eine Novellierung des Hochschulrahmengesetzes entsprechend den Vorschlägen einer von ihr eingesetzten Expertenkommission. Danach soll die Forschungsförderung künftig nach dem Grundsatz erfolgen, was wissenschaftlich bedeutsam ist, bestimmt der kapitalistische Geldgeber. "Hochschulen mit Profil" sollen eine Ausbildung mit weitgehend einheitlichem Niveau und einheitlicher Form ersetzen: Den "Begabten" sollen die Universitäten "Steilkurse" anbieten, aber kein Student Anspruch auf einen Mindeststandard bei Inhalt und Art der Ausbildung haben.



"Ostpreußenmuseum"

In Lüneburg wird zur Zeit der Neubau des "Ostpreußischen Jagd- und Landesmuseum" errichtet. Er wird weitgehend vom Bund und Land Niedersachsen finanziert. Der Neubau ist der erste Schritt eines Planes der CDU, für jedes der ehemaligen "Ostgebiete" ein "Landesmuseum" zu schaffen. Begründet wird

dies mit dem Bundesvertriebenengesetz, worin verlangt wird, "das Kulturgut der Vertreibungsgebiete in dem Bewußtsein der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes zu erhalten". Die Volksfront Lüneburg zeigt in einer Dokumentation, daß die CDU mit dem Museum faschistische und re-vanchistische "Kultur" fördert.

Mosambik

Der Aufbau einer von den Imperialisten unabhängigen Wirtschaft in Mosambik ist ins Stocken geraten durch den Terror von aus Südafrika unterstützten Banden und den wirtschaftlichen Druck der Imperialisten. Eine Dürrekatastrophe führt jetzt zur Hungersnot. Das sind Gründe, die die Frelimo-Regierung Mosambiks gezwungen haben, ein Sicherheitsabkommen mit Südafrika zu unterzeichnen. Die Imperialisten werten dieses Abkommen als eine Anerkennung des Existenzrechts der Republik Südafrika durch die Frontstaaten und äußern Hoffnungen, nun Mosambik erneut in neokoloniale Abhängigkeit zwingen zu können.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- Stahl- und Metallindustrie
- Druckindustrie
- Chemie und übrige Industrien
- Handel, Banken, Versicherungen
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- Schul- und wehrpflichtige Jugend
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Kamekestr. 19

Tel.: 0221/51 73 76

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Kamekestr. 19

Tel.: 0221/51 74 57

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – **Nachrichten, Analysen, Protokolle** – herausgegeben vom Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte.

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.

Politische Berichte sowie ein Nachrich-

tenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Kamekestr. 19

Tel.: 0221/51 74 57

Postscheckkonto Köln,

Konto-Nr. 104 19-507

Bankleitzahl 370 100 50

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Claus Udo Monica, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 73 76

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft (S. 2–12): Rüdiger Lötzer; für Spezialberichte (S. 13–17): Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional (S. 18–27): Günter Baumann; für Auslandsberichterstattung (S. 28–33): Ulrike Detjen; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge (S. 34–37): Angela Lux; für Sozialstatistik (S. 38/39): Wolfgang Müller. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.